

Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“  
der Landesregierung

3. Bericht der Landesregierung

gemäß Beschluss des Landtages vom 25. März 2010  
„Rechtsextremismus konsequent bekämpfen“  
(Drucksache 5/632-B)

Inhalt

I	Vorbemerkungen.....	2
II	Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung.....	4
III	Beratungsnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“ .....	18
III.1	Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit .....	19
III.2	Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos.....	20
III.3	Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie .....	25
III.4	Landesstelle für Demokratische Jugendbeteiligung.....	28
III.5	Opferperspektive e.V. ....	30
III.6	Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund e.V.....	33
IV	Ministerien.....	34
IV.1	Integrationsbeauftragte der Landesregierung im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie .....	35
IV.2	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport.....	46
IV.3	Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung .....	50
IV.4	Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft .....	52
IV.5	Ministerium des Innern .....	53
IV.6	Ministerium der Justiz .....	59
IV.7	Ministerium der Finanzen .....	60
IV.8	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	61
IV.9	Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten .....	70
V	Schlussbemerkungen.....	73
	Anlagen .....	75

## I Vorbemerkungen

Die Landesregierung ist mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ 1998 die Verpflichtung eingegangen, sich dauerhaft für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einzusetzen. Mittlerweile ist das Handlungskonzept nicht mehr „nur“ ein Leitbild der Landesregierung. Es hat sich mehr und mehr zu einem Leitbild der Brandenburgerinnen und Brandenburger entwickelt.

Dieser Bericht skizziert einen Ausschnitt dieser Entwicklung und stellt eine Auswahl an Aktivitäten aus dem Jahr 2011 vor. Vor allem der Ausbau und die Intensivierung von Vernetzungen auf allen Ebenen haben das vergangene Jahr bestimmt. Neben all den Bürgerbündnissen, Initiativen und Engagierten in den Kommunen arbeiten mehr als 60 Expertinnen und Experten des landesweiten Beratungsnetzwerks, 31 Kooperationspartner der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“, 16 Lokale Aktionspläne und 28 neue Projekte, die über das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ gefördert werden, an der Stärkung der demokratischen Kultur im Land Brandenburg. Die Bundesprojekte sind eng mit dem Beratungsnetzwerk und der Koordinierungsstelle der Landesregierung verbunden. Sie erproben neue Handlungsfelder zur Stärkung demokratischer Teilhabe und leisten einen wichtigen Beitrag im Rahmen des Handlungskonzepts. Ihnen wird in diesem Bericht ein großer Raum eingeräumt.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei der Vorstellung der Arbeit des landesweiten Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus. Die Träger gehen dieses Mal verstärkt auf konkrete Beispiele ihres Wirkungsfeldes ein, anstatt den Aufbau der Strukturen darzustellen.

Zum Schluss präsentieren die Ministerien ihre Aktivitäten im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“.

Zu Beginn des Berichts steht jedoch die Entwicklung des Rechtsextremismus im Land Brandenburg im Vordergrund: Die seit 2004 rückläufige Entwicklung rechtsextremer Gewaltstraftaten setzte sich 2011 fort. Die Gesamtzahl politisch motivierter Straftaten sank um 56 von 1.466 auf 1.410 Fälle. Damit ist die Politisch motivierte Kriminalität in Brandenburg auf dem niedrigsten Stand seit der Einführung des „Definitionssystems Politisch motivierte Kriminalität“ im Jahr 2001. Den größten Anteil bilden rechtsextremistische Straftaten mit 1.140 Fällen. Die Zahl rechtsextremistischer Gewaltstraftaten hat sich fast halbiert und sank 2011 von 66 (2010) auf 36 Fälle. Damit geht der erneute Rückgang unorganisierter, insbesondere gewaltbereiter Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten auf 420 (-30) Personen einher. Nichtsdestotrotz müssen der Druck der Sicherheitsbehörden sowie das Zusammenwirken mit der Justiz unvermindert fortbestehen und die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten unterstützt werden.

2011 hat sich die Nazifizierung der „National Demokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) so weit fortgesetzt, dass eine Verselbstständigung dieses Prozesses zugrunde gelegt werden kann. Die Partei bemüht sich weiterhin, neonationalsozialistische „Freie Kräfte“ an- und einzubinden. Es ist mehr als fraglich, ob diese besonders vom ehemaligen NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt vorangetriebene

Ausrichtung unter dem Ende 2011 gewählten neuen Vorsitzenden Holger Apfel gestoppt wird. Schließlich setzt Apfel auf seinen offen mit Neonationalsozialistinnen und Neonationalsozialisten kooperierenden Stellvertreter Udo Pastörs.

Da die NPD – trotz Fusion mit der „Deutschen Volksunion“ (DVU) – im Bund wie im Land Brandenburg Mitglieder verlor, ist sie weiterhin auf die Unterstützung neonationalsozialistischer „Freier Kräfte“ angewiesen. Sie dienen als Hilfstruppen beim „Kampf um die Straße“ und sollen so die Schwächen der NPD ausgleichen. Ein Teil der „Freien Kräfte“ verweigert sich dieser Zusammenarbeit. Andere Neonationalsozialistinnen und Neonationalsozialisten sehen dagegen in einer NPD-Mitgliedschaft die Chance, den formal legalen Rahmen einer Partei als Schutzschirm für ihre neonationalsozialistischen Aktivitäten nutzen zu können. Punktuell haben sie ganze Partei-Segmente übernommen, was die Nazifizierung der NPD vorantreibt. Eine besondere Funktion fällt dabei den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) zu. Und nach wie vor machen rechtsextremistische Gewaltstraftäter in der NPD Karriere.

In Brandenburg traten die meisten der ursprünglich 25 kommunalen DVU-Mandatsträger nach der Fusion nicht der NPD bei. Für die NPD Brandenburg war die Einverleibung der DVU auch sonst ein Fehlschlag. Ende 2011 zählte sie inklusive JN 350 (-20) Mitglieder und verfügte über 29 kommunale Mandate. Der Versuch der JN, einen Landesverband zu gründen, scheiterte ebenso. Obendrein verlor die personell ohnehin schwache Parteijugend 15 Mitglieder und zählte Ende 2011 nur noch 25. Trotz allem hofft die NPD, in das Europäische Parlament und in den Landtag Brandenburg einziehen zu können. Sie wird daher versuchen, ihre Aktivitäten auf kommunaler Ebene auszubauen. Ebenso wird die NPD weiterhin nach einer abgeschirmten multifunktionalen Immobilie mit Autobahnnähe im Großraum Berlin-Brandenburg suchen. Bisher sind jedoch alle Versuche wie in Rauen (LOS) oder Biesenthal (BAR) gescheitert. Die weitere Entwicklung in Märkisch Buchholz (LDS) wird beobachtet.

Im Gegensatz zur NPD stieg das neonationalsozialistische Personenpotenzial im Land Brandenburg erneut und lag Ende 2011 bei 410 (+30) Personen. Dieser Prozess wird die Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft in den nächsten Jahren anders und intensiver herausfordern. Schließlich verfügen Neonationalsozialistinnen und -sozialisten im Gegensatz zu unorganisierten gewaltbereiten Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten und Teilen der NPD über ein absolut geschlossenes nationalsozialistisches Weltbild. Der Schwerpunkt neonationalsozialistischer Aktivitäten bleibt der Süden Brandenburgs. Hier trat insbesondere das NPD-ferne neonationalsozialistische Netzwerk „Widerstand Südbrandenburg“ mit seinem Interportal „Spreelichter“ hervor. Dessen Kampagnen wurden 2011 bundesweit kopiert. Von der neonationalsozialistischen Szene konspirativ organisierte Schulungsmaßnahmen dienten dazu, die verfassungsfeindliche Ideologie zu festigen, neue Szenemitglieder zu gewinnen und eine am Dritten Reich ausgerichtete NS-Parallelwelt zu etablieren. Hierbei sind Versuche einer Intellektualisierung deutlich erkennbar. Genutzt wurden – insbesondere vom neonationalsozialistischen Netzwerk „Widerstand Südbrandenburg“ – neue Medien in ihrer gesamten Bandbreite - und zwar auf einem Niveau, das für Szeneangehörige anderer Bundesländer beispielgebend ist. Besondere Aufmerksamkeit ist strategischen Versuchen zu widmen, Kampfsport als

eine Art körperlich-geistige Grundausbildung im Neonationalsozialismus etablieren zu wollen. Damit verändert sich das Gefahrenpotenzial, das ohnehin vom Rechtsextremismus ausgeht.

Brandenburg verzeichnet weiterhin bundesweit die zweithöchste Anzahl rechtsextremistischer Hass-Bands. Im Land ist die Zahl der Konzerte angestiegen. Insbesondere ist hierbei eine Liegenschaft in Oranienburg genutzt worden, die der Szene jedoch seit Ende 2011 nicht mehr zur Verfügung steht. Nach wie vor verlagern brandenburgische Hass-Bands ihre hauptsächlichen Konzertaktivitäten in benachbarte Länder wie Sachsen.

Im Land Brandenburg gab es bis zum Jahr 2004 immer wieder Bezüge zu rechtsterroristischen Aktivitäten (Freikorps, Nationale Bewegung). Nach jetzigem Kenntnisstand war Brandenburg nicht von den Taten des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) betroffen. Die Gruppe fand in Brandenburg keine Unterstützer- oder Sympathisantenbasis. Vielmehr kursieren in der Szene Verschwörungstheorien, die die Existenz der NSU leugnen und sie für eine Erfindung der Sicherheitsbehörden halten, um so den staatlichen Verfolgungsdruck gegen Rechtsextremismus noch weiter zu verstärken.

## II Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung bündelt alle Maßnahmen zur Umsetzung des Handlungskonzepts. Sie ist ein Knotenpunkt zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft und unterstützt regionale wie überregionale Aktive bei der Entwicklung eigener Strategien zugunsten einer starken und lebendigen Demokratie. Dazu berät sie Bündnisse, Vereine und Kommunen, stößt Prozesse an, vernetzt Akteurinnen und Akteure verschiedener Handlungsfelder, begleitet Projekte und vermittelt schnelle Hilfe in konkreten Problemlagen. Dazu gehört es auch, den öffentlichen Raum für bestimmte Themen zu sensibilisieren.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben verfügte die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ im Jahr 2011 über 1.070.000 EUR Landesmittel und rund 338.000 EUR Bundesmittel, die sie für die Förderung anerkannter Strukturen einsetzte, d.h. für die Mobilen Beratungsteams, die Opferperspektive, das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, die Landestelle für demokratische Jugendbeteiligung und die Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie, Brandenburg (RAA Brandenburg).

Gemeinsam mit der Brandenburgischen Sportjugend bilden diese Strukturen das landesweite Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus und damit ein professionelles Unterstützungssystem für demokratiegeleitetes Engagement im Land Brandenburg. Die einzelnen Tätigkeitsschwerpunkte der Mitglieder des Beratungsnetzwerks werden im nächsten Teil des Berichts vorgestellt.

Die Zusammenarbeit mit Bürgerbündnissen, Initiativen, Vertreterinnen und Vertretern kommunaler Gebietskörperschaften, Vereinen und Verbänden sowie haupt- und ehrenamtlichen Funktionsträgerinnen und –trägern hat einen hohen Stellenwert für die Koordinierungsstelle. Die Vielfalt

an Aktionen und Projekten, die in den Regionen durchgeführt werden, ist groß und stellt das Handlungskonzept auf eine breite gesellschaftliche Basis.

Die Koordinierungsstelle förderte 2011 über 50 Projekte mit einem Gesamtfördervolumen i.H.v. rund 150.000 EUR aus Lottomitteln. In vielen Fällen war bei der Antragstellung und Projektplanung sowie Beratung Hilfe notwendig, die die Koordinierungsstelle anbietet.

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ begleitete regelmäßig Aktionen und Projekte in den Regionen. Ermöglicht wurde dies durch ein Sponsoring der Mercedes-Benz Niederlassung Berlin. Sie stellte der Koordinierungsstelle 2011 zum wiederholten Mal ein Fahrzeug zur Nutzung als „Demokratie-Mobil“ für die Dauer von einem Jahr zur Verfügung. Das mit dem Logo des „Toleranten Brandenburg“ versehene Fahrzeug wurde dazu genutzt, um gemeinsam mit den Menschen in den Städten und Dörfern ein deutliches Zeichen für Demokratie und Toleranz zu setzen. Neben der Signalwirkung diente es dazu, mithilfe von Informationsmaterialien und in individuellen Gesprächen die Bürgerinnen und Bürger gegen Rechtsextremismus zu sensibilisieren, die Angebote des landesweiten Beratungsnetzwerks vorzustellen und das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ in die Fläche zu transportieren. Das „Demokratie-Mobil“ wurde sehr gut angenommen und vielfach angefordert. Das Team der Koordinierungsstelle begleitete damit Stadtfeste, Sportevents, Projektstage, Konferenzen, Musikveranstaltungen und Aktionen gegen rechtsextreme Aufmärsche. Insgesamt 58 Termine und über 15.000 Kilometer wurden mit dem „Demokratie-Mobil“ in ganz Brandenburg absolviert. Eine Übersicht der Termine gibt die Anlage 1. Die Koordinierungsstelle unterstützte mit dem Fahrzeug beispielsweise Protestaktionen des Bündnisses „Cottbuser Aufbruch“ gegen die Instrumentalisierung des Jahrestages des Bombenabwurfs auf die Stadt Cottbus durch neonazistische Gruppen am 15. Februar 2011. Sie war ebenso bei Protesten der Bündnisses „Neuruppin bleibt bunt“ anlässlich des Bundesparteitages der NPD in Neuruppin, aber auch bei der Eröffnung der Brandenburger Seniorenwoche sowie beim Lindenfest in Lübbenau, bei der Berufsschultour der DGB-Jugend oder beim Tag des offenen Unternehmens in Spremberg mit dem Mobil präsent.

Mit der Übergabe eines neuen Fahrzeuges im Dezember 2011 durch den Leiter der Mercedes - Benz Niederlassung Berlin kann die „Demokratie-Mobil“ - Tour fortgesetzt werden. Für das Jahr 2012 liegen schon (Stand März 2012) 71 Terminanfragen vor.

Eine offene und tolerante Gesellschaft wird durch vielseitige Kommunikation und Kooperation gefördert. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ setzt auf diesen Effekt und unterhält mit 31 Institutionen Kooperationspartnerschaften (siehe Anlage 2). Die jüngsten Kooperationsverträge sind mit dem Frauenpolitischen Rat des Landes Brandenburg e.V., der Jungen Europäischen Bewegung Berlin-Brandenburg e.V., dem Brandenburger Landfrauenverband e.V. und dem Arbeitslosenverband des Landes Brandenburg e.V. geschlossen worden. Sie sind nicht nur ein Akt der Symbolpolitik, sondern werden durch regelmäßige Treffen und individuell erarbeitete Jahresarbeitspläne mit Leben erfüllt. Darüber hinaus wurden die Kooperationspartner in regelmäßigen Newslettern über Entwicklungen im Land Brandenburg auf dem Laufenden gehalten.

Über die regelmäßig stattfindenden Kooperationspartnertreffen hinaus organisierte die Koordinierungsstelle im April 2011 ein Vernetzungstreffen, das dazu diente, die Angebote des landesweiten Beratungsnetzwerks noch tiefer in die Strukturen der Kooperationspartner zu tragen. Auf der Tagung wurden die RAA Brandenburg, die Mobilen Beratungsteams, die Opferperspektive und das Netzwerk rund um die Koordinierungsstelle vorgestellt. Darüber hinaus stellte der Verfassungsschutz die neueste Entwicklung rechtsextremer Strukturen vor. Einen großen Raum nahm die Präsentation gelungener Beispiele der Zusammenarbeit der Kooperationspartner mit Mitgliedern des Beratungsnetzwerks ein. Sie diente dazu, die anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer dazu anzuregen, sich stärker miteinander zu vernetzen.

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga Brandenburg) und die TMB Tourismus Marketing Brandenburg GmbH sind zwei Kooperationspartner der Koordinierungsstelle, die bereits eng mit den Mobilen Beratungsteams zusammenarbeiten. Sie riefen Ende 2011, als die NPD ihren Bundesparteitag in Neuruppin kurzerhand abhielt, dazu auf, den Teilnehmenden des Parteitages die Unterkunft zu verweigern. Berichten zufolge schlossen sich viele Hoteliers dem Aufruf an und machten trotz Einnahmeeinbußen von ihrem Hausrecht Gebrauch. Sie folgten damit dem Beispiel von Heinz Baumeister, Direktor des Hotels Esplanade Resort & Spa in Bad Saarow, der einem führenden Mitglied der NPD im Herbst 2009 die Unterbringung in seinem Hotel verweigerte. Mittlerweile bestätigte ein Urteil des Bundesgerichtshofs zu diesem Fall, dass Hoteliers Rechtsextreme ablehnen können. Das ist jedoch nur dann möglich, wenn eine Buchungsanfrage noch nicht bestätigt wurde. Dieser Umstand stellt die Hotelbranche vor große Schwierigkeiten, da die meisten Buchungen über große Internetportale vorgenommen und somit nicht direkt durch die Hotels bestätigt werden. Wenn die Hotels erfahren, welche Gäste sich über die Internetportale eingebucht haben, ist es in der Regel schon zu spät, um ein Hausverbot zu erteilen. Der Dehoga und die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ sind um die Lösung dieses Problems bemüht und werden entsprechende Gespräche mit weiteren Partnern führen. Im Frühjahr 2011 wurde Heinz Baumeister mit dem ersten Sonderpreis für Zivilcourage und Gemeinsinn der Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH ausgezeichnet. Der Dehoga Brandenburg wird Mitte 2012 einen Ratgeber für Gastwirte im Land Brandenburg veröffentlichen, der Tipps zum Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen gibt. Die Publikation wird von der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ gefördert.

Der Fußballlandesverband ist seit 2006 Kooperationspartner der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“. Seit 2008 führt er zusammen mit der Landesregierung und dem Landessportbund den landesweiten Spieltag für Menschlichkeit und Toleranz durch. Er steht unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten. Im Jahr 2011 fand er am Wochenende vom 13. bis 15. Mai statt. Auf allen Sportplätzen im Land Brandenburg gaben Aktive, Schiedsrichterinnen und -richter sowie Offizielle und Gäste ein klares Bekenntnis für demokratische Grundwerte ab. Eine von den beteiligten Institutionen erarbeitete Resolution (siehe Anlage 3) wurde jeweils vor dem Spiel verlesen und die Fußballmannschaften vollzogen einen symbolischen Händedruck vor und nach dem Spiel. Im Jahr 2012 ist geplant, diesen Aktionstag auf allen 110, davon 85 mit Förderung des Landes errichteten

Minispielfeldern durchzuführen und dazu neben den Vereinen auch die Schulen einzubinden. Damit soll der Blick stärker auf die Ziele des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ gerichtet werden.

Das Internet und im Speziellen soziale Medien nehmen an Bedeutung zu. Immer mehr Menschen haben eine eigene Facebook-Seite, nutzen Youtube und Twitter oder diskutieren in Blogs. Die Koordinierungsstelle nutzt diese Medien, um über sämtliche Aktivitäten rund um das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ zu informieren.

Auf ihrer Internetseite [www.tolerantes.brandenburg.de](http://www.tolerantes.brandenburg.de) veröffentlichte sie regelmäßig Veranstaltungshinweise, Pressemitteilungen, Publikationen und allgemeine Informationen. Im vergangenen Jahr waren das über 150 Beiträge. Seit April 2011 verfügt sie über eine eigene Facebook-Seite, die unter [www.facebook.com/tolerantesbrandenburg](http://www.facebook.com/tolerantesbrandenburg) zu finden ist. Hier wurden nicht nur die Veröffentlichungen der eigenen Homepage verlinkt, sondern sehr zeitnah von Aktionen vor Ort berichtet und Fotos oder Videos online gestellt. Das ermöglichte die Teilhabe von Außenstehenden. Seit dem Start der Facebook-Seite wurden Beiträge über 280.000 Mal aufgerufen. Mehr als 1.400 Mal kommentierten Fans aktuelle Meldungen.

Im April 2011 veröffentlichte die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ einen neuen Flyer mit einer Auflage i.H.v. 5.000 Stück. In ihm sind die wichtigsten Informationen rund um das Handlungskonzept zusammengefasst: Was steckt hinter dem Leitbild der Landesregierung? Was ist das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus? Welche Hilfsangebote gibt es? An wen kann ich mich wenden, wenn ich mehr Informationen suche oder Beratungen in Anspruch nehmen möchte? Sowohl das Design als auch der Inhalt wurden im Team erarbeitet. Der Flyer wurde an alle Kooperationspartner der Koordinierungsstelle und das Beratungsnetzwerk, an die zuständigen Kolleginnen und Kollegen in den Ministerien und mit dem „Demokratie-Mobil“ verteilt. Er war schnell vergriffen und wurde Ende 2011 nachproduziert.

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ ist nicht nur eine Schnittstelle zur Zivilgesellschaft und Wirtschaft, sie ist auch eine Schnittstelle zum Bund. Ziel ist es, die Förderprogramme des Bundes sinnvoll mit den brandenburgischen Strukturen zu verknüpfen. Besonders die Bundesprogramme „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ sind für das „Tolerante Brandenburg“ von Bedeutung. Deren Umsetzung wird eng von der Koordinierungsstelle begleitet. Sie steht in engem Kontakt mit den zuständigen Regiestellen der Programme, um die Interessen des Landes zu vertreten und über Brandenburger Erfahrungen zu berichten.

Das Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat zum Ziel, Anstrengungen des Bundes, der Ländern und der Kommunen für ein demokratisches Zusammenleben zu bündeln und gemeinsame Handlungsstrategien zu entwickeln. Der Förderzeitraum dieses Bundesprogramms erstreckt sich von 2011 bis 2013 mit einem Gesamtfördervolumen im Land Brandenburg i.H.v. rund 3.9 Mio. EUR.

Ein Schwerpunkt dieses Bundesprogramms ist die „Förderung und Unterstützung qualitätsorientierter Beratungsleistungen in den landesweiten Beratungsnetzwerken“.

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ erhielt 2011 Bundesmittel aus diesem Programm, mit denen die Strukturen des Brandenburger Beratungsnetzwerks in Ergänzung der Landesmittel gefördert wurden. Ursprünglich war entsprechend der Richtlinie eine Förderung i.H.v. maximal 250.000 EUR vorgesehen. Vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen in Bezug auf das Attentat in Norwegen und die NSU-Morde in Deutschland hat der Bund entschieden, diese aufzustocken. Die Koordinierungsstelle beantragte zusätzliche Mittel i.H.v. insgesamt rund 88.0000 EUR und setzte sich Ende 2011 besonders dafür ein, dass das landesweite Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Zuge seiner Ausgliederung aus dem Bildungsministerium Bundesmittel für die Ausstattung seiner neuen Büroräume erhält.

Neben der Verwaltung der Fördermittel für das Beratungsnetzwerk muss die Koordinierungsstelle in regelmäßigen Abständen der Regiestelle „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ Zwischenberichte vorlegen und Beratungsfälle in einem anonymisierten Verfahren melden. Darüber hinaus ist sie dazu verpflichtet, mit den Trägern des Beratungsnetzwerks ein Leitbild sowie eigene Qualitätsstandards zu erarbeiten. Beides befindet sich seit Ende 2011 in Prozess und wird voraussichtlich 2012 fertig gestellt.

Ein weiterer Baustein des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ ist die Förderung Lokaler Aktionspläne. Über das Vorgängerprogramm „Vielfalt tut gut“ wurden seit 2007 bereits zehn Lokale Aktionspläne (LAPs) im Land Brandenburg aufgebaut. Sie befinden sich in den Regionen Uckermark, Barnim, Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Hoher Fläming, Ostprignitz-Ruppin, Fürstenwalde/Spree, Frankfurt (Oder,) Märkisch Oderland und Oberspreewald Lausitz.

Mit dem neuen Bundesprogramm wurden nicht nur die bisherigen LAPs degressiv weitergefördert, sondern sechs neue Lokale Aktionspläne im Land Brandenburg geschaffen. Sie erhalten im ersten Förderjahr 100.000 EUR und in den Folgejahren jeweils 10.000 EUR weniger. Die älteren LAPs erhalten eine Förderung von 40.000 EUR und ab dem zweiten Jahr ebenfalls 10.000 EUR weniger. Eine Übersicht der LAPs ist in den Anlagen enthalten (Anlage 4).

Bei der Auswahl der neuen Lokalen Aktionspläne wurde das Votum des Landes Brandenburg berücksichtigt. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ hat in Abstimmung mit der Integrationsbeauftragten, den Beratungsstrukturen, dem Landkreistag sowie dem Städte- und Gemeindebund eine Empfehlung an die Regiestelle des Bundesprogramms abgegeben. Die neuen LAPs wurden Ende 2010 bzw. Anfang 2011 eingerichtet und sind in folgenden Regionen angesiedelt: Cottbus, Spree-Neiße, Westhavelland (Rathenow), Oberhavel, Regionaler Wachstumskern Prignitz und Teltow Fläming.

Für die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ war es besonders wichtig, die Möglichkeiten des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ im südlichen Raum des Landes zu nutzen, da hier professionelle rechtsextreme Strukturen vorliegen und die Zahl der rechtsextrem motivierten Straftaten hoch ist. Mit der Einrichtung eines Lokalen Aktionsplans jeweils in Cottbus und im Landkreis Spree-Neiße im Jahr 2011 ist das gelungen. Die beiden Lokalen Aktionspläne sind gut in den Verwaltungen angekommen. Sie werden mit hoher Priorität innerhalb der Verwaltung betreut. Die



Begleitausschüsse sind hoch motiviert, interessiert und engagiert. Der Landrat von Spree-Neiße und der Oberbürgermeister der Stadt Cottbus haben Ende März 2012 eine Kooperationsvereinbarung im Rahmen der LAPs unterzeichnet. Außerdem werden verbindliche Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen geschlossen. Der Begleitausschuss wird zunehmend als wichtiges, strategisches Gremium empfunden, das eng mit Projekten z.B. aus dem Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ zusammenarbeitet.

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ begleitet „alte“ wie „neue“ Lokale Aktionspläne und nimmt regelmäßig an Vernetzungstreffen teil. Da sich derzeit sieben externe Koordinierungsstellen der LAPs in Trägerschaft des Vereins „Demokratie und Integration e.V.“ (Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos) befinden, ist die Verbindung zum Brandenburger Beratungsnetzwerk sehr eng. Auch wenn die LAPs für den Verein eine erhebliche personelle Belastung darstellen, da keine Kosten für die Verwaltung der Personalstellen erstattet werden können, ist es dennoch eine lohnende Aktivität. Die LAPs können sich regional frei und entsprechend der Bedarfe der regionalen Kommunen und Landkreisen entwickeln. Die Aktivitäten der Mobilen Beratungsteams, RAA Brandenburg und der LAPs verlaufen koordiniert. Die Landesebene ist über aktuelle Entwicklungen in den Regionen informiert und stellt den LAPs Angebote aus dem Beratungsnetzwerk zur Verfügung.

Die Entwicklung der Lokalen Aktionspläne ist sehr unterschiedlich und hängt von den regionalen Gegebenheiten ab. Die neuen Lokalen Aktionspläne sind erst 2011 gestartet und werden im nächsten Bericht berücksichtigt. Nachfolgend werden die Erfahrungen der älteren Lokalen Aktionspläne dargestellt:

Der Lokale Aktionsplan Dahme-Spree nahm bereits im Jahr 2007 seine Arbeit auf. In der ersten Förderphase bis 2009 wurde sehr viel Engagement in die Mobilisierung von Zielgruppen investiert. Endes des Jahres 2009 wurde die strategische Ausrichtung für die kommenden Jahre weiterentwickelt. Das neue Handlungskonzept beruhte auf zwei Säulen:

- 1.) die offensive Auseinandersetzung mit dem Phänomen „Rechtsextremismus“ und an den im Landkreis Dahme-Spreewald vorhandenen Strukturen und
- 2.) die mittel- und langfristigen Entwicklung und Stärkung von Alternativstrukturen.

Aufgrund der Erfahrungen und Ergebnisse des LAP in den Jahren von 2007 bis 2010 war mit Beginn der zweiten Förderphase die Verankerung auf kommunaler Ebenen nach Einschätzung der Koordinierungsstelle des LAPs bereits spürbar. Die Zielsetzungen und die unterschiedlichen Projektansätze waren innerhalb der Verwaltungsstrukturen und auf der politischen Ebene bekannt. Das führte dazu, dass der Landkreis mit Beschluss des Kreistages den LAP finanziell in Anlehnung der Jahre 2007 bis 2010 unterstützte. Der intensive Dialog auf Ämternetzebene und die zusätzliche Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten garantierten eine pragmatische Zusammenarbeit zwischen den Projektträgern und der Verwaltung. Im Jahr 2011 konnte die Vernetzung der internen Verwaltung intensiviert werden. Auch in der zweiten Förderphase verstand sich der Begleitausschuss als steuerndes und strategisches Gremium, das die nachhaltige Wirkung der bisherigen Arbeit in den Focus gestellt hat. Für die Förderphase ab 2011 wurden drei Handlungsfelder definiert. Im Kontext der

„Wertebildung“ wurden pragmatische Ansätze von Demokratieförderung in der Jugendarbeit verfolgt, um Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu aktivieren. Zudem wurden Projekte umgesetzt, die eine aktive und ergiebige Gestaltung beförderten. Dabei erhielt der Begriff „Heimat“ einen positiven Kontext, wirkte identitätsbildend und ließ sich somit nur sehr eingeschränkt von rechtsextremistischen Kreisen missbrauchen. Das dritte definierte Handlungsfeld „Szene“ setzt sich mit einer nachhaltigen Aufklärung über die Entwicklung der rechtsextremistischen Szene im Fördergebiet Landkreis Dahme- Spreewald auseinander. Im Jahr 2011 wurden bereits Projekte gefördert, die neue Entwicklungen und Tendenzen des Rechtsextremismus erfassen und der rechten Szene aktiv mit zivilgesellschaftlichem Engagement begegnen.

Zum Abschluss des Jahres fand am 16. November 2011 der Fachtag „Moderner Rechtsextremismus im Landkreis Dahme-Spreewald“ in Halbe statt. Die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, von Behörden und Dienststellen, Vereinen, Kommunalpolitik und Sozialarbeit erhielten in einem regen Informationsaustausch aktuelle Informationen zu den modernen rechtsextremistischen Erscheinungsformen im Landkreis. Im Mittelpunkt standen die Fragen wie die Werte der Demokratie im Alltag zu sichern sind, wie sie vermittelt werden können sowie welche Möglichkeiten und Grenzen es gibt.

Der Lokale Aktionsplan Uckermark förderte im Jahr 2011 im Landkreis elf Projekte. Beispielhaft zu nennen ist das Projekt „Demokratische Kultur in Kindergärten und Grundschulen - Anspruch und Wirklichkeit“. Ziel des Projekts ist es, Pädagoginnen und Pädagogen für Manipulationsstrategien und Argumentationslinien sowie für das Auftreten und das Erscheinungsbild von Rechtsextremen zu sensibilisieren. Sie lernen demokratiestärkende Handlungsoptionen kennen, arbeiten aktiv an einer Präventionskultur und üben, vor Ort selbständig zu agieren. Langfristiges Ziel ist es, eine Kindergarten- bzw. Grundschulethik zu schaffen, die für alle Mitarbeitende verbindlich wird.

Im Lokalen Aktionsplan Märkisch-Oderland arbeiten seit 2007 die unterschiedlichsten Akteurinnen und Akteure in vier regionalen Gruppierungen und einem kreisweiten Kooperationsverbund. Die Aktivitäten reichen von Workshops, Seminaren, Bildungsarbeiten bis hin zu Konzerten, thematischen Film- und Informationsveranstaltungen, Theateraufführungen, Politikertalks und öffentlichen Diskussionsrunden und haben in den vergangenen Jahren mehr als 25.000 Menschen der Region erreicht.

Der Landkreis Elbe-Elster erhielt ab 01.01.2007 einen Lokalen Aktionsplan. Die Lokale Koordinierungsstelle war beim Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung - demos angesiedelt. Seit 2007 wurden über den Lokalen Aktionsplan Elbe-Elster rund 60 Projekte gefördert, an denen rund 8.000 Personen teilnahmen. Eines davon ist das Projekt „Fair miteinander.“ Es ist ein Programm zur Koordinierung und Vernetzung von Präventionsangeboten in Schulen und Kitas des Landkreises Elbe-Elster. Ziel des Projekts ist es, Kindergartenkinder dazu zu befähigen, soziale Konflikte selbstständig zu lösen. Ihre Eltern wiederum sollen Grundregeln einer positiven Erziehung lernen und Spielregeln in der Familie und Grenzen in der Erziehung setzen sowie den Umgang mit

Verhaltensproblemen üben. Der LAP Elbe-Elster befindet sich derzeit in der Nachhaltigkeitsphase. Trotz geringer werdender Mittel ist es gelungen, weitere Projekte zu initiieren und zu begleiten.

Der Lokale Aktionsplan Ostprignitz-Ruppin hatte anfangs Startschwierigkeiten durch mehrfach wechselnde Besetzungen der externen Koordinierung und der Trägerschaft. Inzwischen befassten sich der LAP und der Begleitausschuss sehr intensiv mit Konzeptfragen und Zielen und fing damit an, zielführend strategisch und inhaltlich zu arbeiten. Die Vernetzung mit der Zivilgesellschaft und der Verwaltung wurde weiter vorangetrieben.

In Fürstenwalde konnten nach Einschätzung der lokalen Koordinierungsstelle vor Ort positive Impulse und Motivationen der Projektarbeit im Rahmen des LAPs seit 2008 weiter intensiv genutzt werden. Zentraler Projekt-Ansatz ist es, rechtsextremen Strukturen durch die Stärkung Ehrenamtlicher in den Dörfern und einer beteiligenden Unterstützung in der Realisierung von Bürgerideen deutlich etwas entgegen zu setzen. Beispielsweise wurden und werden Ehrenamtliche sowie Jugendliche in der Gemeinde Steinhöfel dabei unterstützt, die bei einem Jugendfachtag Ende 2010 geplanten Projekte gemeinsam zu realisieren. So wurde bei Planungen und Treffen mit Bürgerinnen und Bürgern verschiedener Generationen die Einrichtung einer online Mitfahrzentrale in der Region geplant, die im 1. Quartal des Jahres 2012 unter dem Namen [www.mitfahrzentrale-oder-spree.de](http://www.mitfahrzentrale-oder-spree.de) online geht und so für mehr Mobilität im ländlichen Raum sorgen soll.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der Projektarbeit bildet die sukzessive Etablierung einer tatsächlichen „Beteiligungskultur“ von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde Steinhöfel. Mittels projektbezogener Beteiligungsverfahren (aktuell werden drei Spielplatzinitiativen in der Gemeinde begleitet) werden einerseits die Kinder und Jugendlichen gestärkt, andererseits wirken sie auf die politischen Vertreterinnen und Vertreter ein, um strukturelle Rahmenbedingungen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im politischen Raum zu schaffen.

Der Lokale Aktionsplan „Hoher Fläming“ ist der Zusammenschluss der Städte Treuenbrietzen und Bad Belzig, der Ämter Brück und Niemeck sowie der Gemeinde Wiesenburg/Mark. Die Stadtverwaltung Bad Belzig, vertreten durch die Bürgermeisterin, fungiert rechtsgeschäftlich für den LAP „Hoher Fläming“.

Seit der Gründung des LAPs wurden über 90 Projekte erfolgreich durchgeführt. Die fortwährende Zusammenarbeit im LAP, wie kontinuierliche Treffen des Ämternetzwerks und des Begleitausschusses sowie die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Durchführung von Projekten haben dazu beigetragen, dass extremistische Straftaten in der Region deutlich nachgelassen haben. Alle Akteurinnen und Akteure sind sich der Notwendigkeit bewusst, sich weiterhin wachsam für Demokratie und Toleranz einzusetzen.

Der LAP „Hoher Fläming“ ist in der Region etabliert, der erfolgreiche Wechsel des LAP „Hoher Fläming“ nach Bad Belzig, die Beauftragung der Stiftung SPI „Walter May“, Niederlassung Brandenburg mit der Koordinierung des LAPs und vor allem die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der neu eingerichteten Regiestelle des Fördermittelgebers sind dabei wichtige Indikatoren. Auftaktveranstaltung

für das Jahr 2012 war die Regionalkonferenz des LAP „Hoher Fläming“ am 06. Februar 2012 in Bad Belzig. Über 40 engagierte Menschen diskutierten über ein Kooperationsprojekt mit der Lokalen Aktionsgruppe Fläming - Havel e.V., um durch die Kombination zweier Förderprogramme zusätzliche Fördermittel für 2012 in die Region zu holen und der inhaltlichen Arbeit zur Verfügung zu stellen. Im Ämternetzwerk der beteiligten Kommunen wird zurzeit das Thema der Nachhaltigkeit des LAP für den Zeitraum 2013 und darüber hinaus diskutiert.

Nicht zuletzt werden über das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ im Land Brandenburg zwei Modellprojekte für insgesamt drei Jahre (2011 bis 2013) i.H.v. insgesamt 600.000 EUR gefördert. Träger sind die Heinrich-Böll-Stiftung und die Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein.

Ende 2010 wurde durch das Bundesministerium des Innern das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ gestartet, das den ländlichen Raum in den Fokus nimmt. Ziel des Programms es, die demokratische Praxis in Vereinen, Verbänden und Kommunen und die demokratische Teilhabe von Bürgerbündnissen zu fördern.

Das Programm setzt eine zehnjährige Kofinanzierung voraus. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ setzte sich frühzeitig dafür ein, dass Träger im Land Brandenburg die mit diesem Programm verbundenen Chancen nutzen und Projektanträge stellen. Einige Projekte wurden schon in der Entwicklungsphase tatkräftig durch fachliche Beratung von der RAA Brandenburg, dem Mobilen Beratungsteam und der Koordinierungsstelle unterstützt. Auf diese Weise gelang es, im Land Brandenburg insgesamt 28 Projekte mit einem Gesamtfördervolumen von rund 3,5 Mio. EUR (Förderzeitraum 2011 bis 2013) zu installieren. Im ersten Förderschwerpunkt werden 12 Projekte und im zweiten Förderschwerpunkt 16 Projekte gefördert. Eine Übersicht der Projekte ist in den Anlagen (Anlage 5) enthalten.

Die Projekte aus dem ersten Förderschwerpunkt nehmen innerhalb des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ einen großen Raum ein. Überregional tätige Vereine und Verbände hatten in dieser Kategorie die Möglichkeit, Projekte mit einem maximalen Fördervolumen i.H. v. 200.000 EUR pro Jahr für den Zeitraum 2011 bis Mitte 2013 zu beantragen. In den geförderten Projekten soll die demokratische Praxis innerhalb der Verbände sowie an der Schnittstelle zwischen kommunalen Institutionen und Zivilgesellschaft gestärkt werden. Nachfolgend wird eine Auswahl der Projekte vorgestellt, die eng mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ zusammenarbeiten:

Der Brandenburger Landfrauenverband entwickelte in Zusammenarbeit mit dem Leiter der RAA Brandenburg das Projekt „PEELA – Initiative für politisches und ehrenamtliches Engagement des Brandenburger Landfrauenverbandes e.V.“. Der BLV e.V. verfolgt damit die Zielstellung, die Netzwerkarbeit im ländlichen Raum Brandenburgs mit bestehenden, wie auch mit neuen Projektträgern zu verstärken. Ein Bündnispartner ist die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“, mit der eine Kooperationsvereinbarung am 15. Dezember 2011 unterzeichnet worden ist. Auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin wurde ein gemeinsamer Aktionstag dazu genutzt, um das PEELA-Projekt den

Besucherinnen und Besuchern vorzustellen. Er wurde sehr gut angenommen. PEELA widmet sich folgenden Inhalten:

- Förderung des ehrenamtlichen Engagements im ländlichen Raum
- Mehr (Land)Frauen in die Kommunal- und Landespolitik
- Teilhabe an demokratischen Prozessen
- (Land)Frauen gegen Rechtsextremismus
- Stärkung der innerverbandlichen Partizipation
- Schaffung von Bleibeperspektiven für junge Frauen

Seit vielen Jahren vertritt der BLV e.V. die politische Position gegen Rechtsextremismus. Im Rahmen des Projekts fanden hierzu Informationsveranstaltungen in mehreren Gemeinden Brandenburgs statt, die auf ein reges Interesse der Teilnehmenden stießen. Durch das PEELA-Projekt soll besonders das kommunal- und landespolitische Interesse von Frauen geweckt werden. Hierfür ist ein Angebotskatalog vielseitiger (kultur-)politischer Aktivitäten entstanden, die von den brandenburgischen Landfrauen in den Gemeinden umgesetzt werden.

Der Landesfeuerwehrverband betreibt im Rahmen des BMI – Programms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ das Beratungsprojekt „Ohne Blaulicht“. Es wurde 2011 durch den Landespräventionsrat im Innenministerium und die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ kofinanziert. Im Projekt arbeiten zwei Personen zusammen und bringen verschiedene Kompetenzen ein: Ein Feuerwehrmann bringt die feuerwehrafachliche Kompetenz ein (Herr Steinbeiß, Stadtbrandmeister in Herzberg), und ein Berater vertritt die Beratungskompetenz (Herr Weidlich, MBT Potsdam). Das Projekt sucht die Freiwilligen Feuerwehren im Land Brandenburg auf und stärkt sie in ihrer Rolle als demokratische Akteure im Gemeinwesen. Dabei verbindet sich der „Blick von außen“ durch das Projekt mit den „brennenden Anliegen“ der Freiwilligen Feuerwehren. Die „brennenden Anliegen“ der Freiwilligen Feuerwehren und ihre Bearbeitung werden als Lerngelegenheiten für soziale Kompetenzen und demokratische Haltungen verstanden.

Seit Beginn des Projekts im März 2011 fanden ca. 60 Beratungen mit Personen aus Feuerwehren, Verwaltungen und Gemeinden statt. Dazu kamen ca. 12 Schulungen zu den Themenfeldern „Kommunikation und Konfliktbearbeitung“ sowie „Rechtsextremismus“ und „zivilgesellschaftliches Engagement“. Außerdem gab es ca. zehn Moderationen von thematischen Dienstabenden, Projekttagen, Thementagen und Workshops. Hinzu kamen ca. 20 Präsentationen des Projekts „Ohne Blaulicht“ und des Themas „Feuerwehr als zivilgesellschaftliche Kraft“ in den Gremien des Landesfeuerwehrverbandes und vor Besucherinnen sowie Besuchern von Veranstaltungen. Eine Präsentation fand bei einer deutsch – polnischen Begegnung statt.

Wenn diese Leistungen gelingen, werden in den Feuerwehren

- Fähigkeiten zur Konfliktbearbeitung gestärkt;
- Selbstentwicklungsprozesse angeregt;
- das Bewusstsein für die gesellschaftlichen Funktionen der Freiwilligen Feuerwehren;
- sensibilisiert;
- die kritische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus unterstützt und
- die Zusammenarbeit mit den Lokalen Aktionsplänen gefördert.

Über ihre Kernaufgabe im Brandschutz und Katastrophenschutz hinaus bewähren sich die Feuerwehren auf diese Weise als zivilgesellschaftliche Kraft in den Gemeinden. Denn besonders für die Gemeinden im ländlichen Raum gilt:

Feuerwehr ist mehr als: retten – löschen – bergen – schützen!

„Feuerwehr ist auch: bilden – verständigen – teilhaben – handeln!“

Das Projekt „KomPakt – Entwicklung neuer Kooperationsformen zwischen Kommune, Polizei und Zivilgesellschaft“ wird von der Stadt Königs Wusterhausen in Kooperation mit der Stiftung Sozialpädagogisches Institut durchgeführt. Ziel dieses Projekts ist die Unterstützung von Kooperationsstrukturen zwischen Kommune, Polizei und Zivilgesellschaft. Darüber hinaus beinhaltet es ein Angebot der intensiven Arbeit mit jungen Menschen, die im polizeilichen Kontext bereits auffällig geworden sind. Hier bedarf es der Entwicklung einer Struktur, die die Akteurinnen und Akteure enger zusammenbringt, vorhandene Kapazitäten und Handlungsmöglichkeiten ergebnisorientierter aufeinander abstimmt und Kommunikation sowie Kooperation als angestrebten Regelfall untersetzt, entwickelt und begleitet. Das Projekt bietet die Möglichkeit, einen Rahmen für die Vernetzung von Verwaltungs-, polizeilichem und zivilgesellschaftlichem Handeln modellhaft herzustellen. Dies wird auch dadurch untersetzt, dass die Stadt Königs Wusterhausen die Schnittstelle politischer, verwaltungsrelevanter und zivilgesellschaftlicher Interessenlagen darstellt und gleichzeitig ein Ort ist, an dem relevante Entscheidungen verbindlich getroffen werden können. Der konkrete Austausch zwischen der Polizei und z.B. Jugendarbeiterinnen und -arbeitern läuft sehr kooperativ und wird aber immer im Einzelfall organisiert.

Im zurückliegenden Jahr wurden im Landkreis Dahme Spreewald insgesamt sechs Einzelfälle bearbeitet. Zwei Kontakte kamen über die Polizei zustande, zwei über die Jugendgerichtshilfe und zwei über Eltern. Bei zwei der betreuten Fälle kann über eine einsetzende Loslösung von rechtsextremen Strukturen berichtet werden.

Im Januar 2011 hat der Arbeitslosenverband Brandenburg e.V. (ALV) mit dem Projekt „DEM-TRA-BE-Demokratie verstehen, Transparenz zeigen, Beteiligung eröffnen“ begonnen. Im Zuge dessen wird der ALV ein Handlungskonzept zur Einführung einer demokratischen Vereinspraxis erarbeiten. Das bürgerschaftliche Engagement soll ausgebaut und regionale Engagementfelder neu initiiert werden.

Ungefähr 150 haupt- sowie ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ALV sollen mit dem Projekt so qualifiziert werden, dass sie Menschen mit antidemokratischer Gesinnung schneller erkennen und auf sie eingehen können. Dabei sollen 33 Arbeitslosenservice-Einrichtungen und vier Mehrgenerationenhäuser des ALV langfristig zu Orten demokratischer Praxis weiterentwickelt werden. Ein für den ALV wichtiger, erster Schritt war die Durchführung einer Demokratiekonferenz am 29.09.2011. Während der Konferenz haben die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verbandes zielgerichtet und auf gleicher Augenhöhe über künftige Aktionen beraten sowie lokale Ansätze, Probleme und Handlungsvarianten zusammengetragen. Sie wurden dabei fachlich durch Dirk Wilking vom Mobilien Beratungsteam unterstützt. In verschiedenen Workshops arbeiteten die Mitglieder der Ortsvereine und Kreisverbände erste Arbeitsansätze heraus. Sie wollen künftig eine bessere Anerkennungskultur für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeitende sowie Mitglieder des ALV anregen, mit den Vorstandsmitgliedern vor Ort mehr Präsenz zeigen und Strukturen sowie Angebote zur Vermeidung von Überschneidungen und Interessenkonflikten weiterentwickeln.

Das Projekt „Wir in Rüdersdorf“ wurde im Mai 2011 begonnen. Projektziele sind die Erhöhung der Partizipation am kommunalen Geschehen sowie die bessere Kooperation und Vernetzung der Ortsteile, der bestehenden Initiativen, Vereine und Institutionen. Im Jahr 2011 wurde zum Zwecke der Vernetzung von bereits Engagierten mit einem Fortbildungsprogramm begonnen, das bis zum Ende der Projektlaufzeit fortgesetzt wird und die Möglichkeit der kostenlosen Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen bietet. Die Veranstaltungen wurden auf der Projektwebsite [www.wir-in-ruedersdorf.de](http://www.wir-in-ruedersdorf.de) angekündigt. Auf diese Art und Weise konnten neue Ehrenamtliche gewonnen und auch vereinsübergreifende Projekte begonnen werden.

Seit Oktober 2011 ist die Projektwebsite freigeschaltet. Hier ist auch eine Plattform zu finden, auf der aktuell fünf Foren zum Mitmachen einladen (zwei weitere sind aktuell in Planung). Damit sich alle Bürgerinnen und Bürger beteiligen können, sind zurzeit drei Computerterminals verteilt auf verschiedene Ortsteile kostenlos für alle Interessierten zugänglich. Drei weitere Standorte werden in Kürze zugänglich sein. Das Projekt will des Weiteren neue Möglichkeiten der Partizipation auf kommunaler Ebene schaffen und erproben. Seit Dezember 2011 wird in der Gemeinde Rüdersdorf bei Berlin die Einführung eines Bürgerhaushalts diskutiert. Die Entscheidung darüber erfolgt voraussichtlich im März 2012 in der Gemeindevertretung. Die Diskussion wird durch das Projekt „WiR in Rüdersdorf“ begleitet. Selbstverständlich wird dies auch für die Umsetzung eines Bürgerhaushalts gelten. Der Bürgerhaushalt ist eine der aufgeführten Möglichkeiten; eine weitere ist die Durchführung von Zukunftswerkstätten zur Vergabe von Microprojekten, womit Anfang März 2012 begonnen wird.

Das Projekt ist aus Sicht des Trägers gut angelaufen und wird zunehmend in der interessierten Öffentlichkeit wahrgenommen. Die Möglichkeiten des Projekts werden genutzt und führen zu neuen Vernetzungen und Aufgabenstellungen.

„Anschwung, die Beteiligungsagentur“ ist ein Projekt des Paritätischen Sozial- und Beratungszentrums (PSBZ gGmbH). Es hilft den Mitgliedsorganisationen des Verbandes dabei, ihre Adressatinnen und Adressaten bei der Mitgestaltung ihrer Lebenswirklichkeit zu unterstützen. Es

beinhaltet, u.a. Qualifizierung für Angehörige des Sozialwesens, den Abbau von Schwellen, um Menschen gesellschaftliche Beteiligung zu erleichtern, die kaum Erfahrung mit politischen Strukturen und Verwaltungsprozessen haben und bietet Erfahrungsräume, in denen Menschen eigene Motive und eigene Motivation entdecken und stärken, um sich mit gesellschaftlichen Fragen zu beschäftigen.

Im zweiten Förderschwerpunkt des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ werden 16 Projekte im Land Brandenburg gefördert. Zielgruppe sind Haupt- und Ehrenamtliche aus Bürgerinitiativen, Bürgerbündnissen oder Bürgerstiftungen sowie entstehende Gruppen bzw. Vereinigungen im Bereich des zivilgesellschaftlichen Engagements. Sie hatten die Möglichkeit, Projekte mit einer Laufzeit von einem Jahr und einem maximalen Fördervolumen i.H.v. 15.000 EUR zu beantragen. Auch in diesem Fall wird eine Auswahl von Projekten im Folgenden vorgestellt:

Das Projekt „Wissensschmiede – ein offenes Bildungsmodell für die Region Britz- Chorin- Oderberg“ des Vereins Ponderosa widmet sich dem Problem der schrumpfenden Regionen und versucht dem Mangel an Netzwerken und Treffpunkten in ländlichen Gebieten entgegenzuwirken. Ziel des Projekts ist die Schaffung eines niederschweligen Bildungsangebots an drei Standorten, in dessen Rahmen engagierte Bewohnerinnen und Bewohner sowie Initiativen miteinander in den Austausch treten. 2011 ist es bereits gelungen, interessierte Menschen an vielen Abenden in den öffentlichen Raum zu holen und Dorfgemeinschaft zu erleben. Das Projekt orientiert sich am schwedischen Modell der „Study Circles“, informeller Kleingruppen, die gemeinsam in einen Lehr- und Austauschprozess zu einem kulturellen, beruflichen oder politischen Thema treten. In einem Zeitraum von neun Monaten sind 120 Study Circle Treffen geplant. Das Programm wird in zwei Phasen entwickelt und zentral beworben. Es soll langfristig an den Standorten selbsttragend weitergeführt werden.

Das Bohsdorfer Bündnis mit seinem Projekt „Bohsdorfer Bündnis für unsere Zukunft in der Region“ aktiviert in gemeinsamen Beratungen ( Bündnistisch) die Akteurinnen und Akteure der elf ortsansässigen Vereine, um neue Wege beim Erhalt der dörflichen Traditionen zu gehen und ein Miteinander zu organisieren. Besonders gefördert werden Kinder, (Schülerkonferenzen), Jugendliche, um den Nachwuchs im Ort zu motivieren, junge Familien (pädagogische Themen) sowie Seniorinnen und Senioren, Kultur und Historie, damit das Dorf wieder lebt, tolerant handelt und sich viele Bürgerinnen und Bürger beteiligen.

In der Stadt Neuruppin wird das Projekt „Zukunft Südstadt“ vom ESTAruppin e.V. – gemeindediakonische Initiative der Ev. Kirchengemeinden Wittstock-Ruppin durchgeführt. Es fördert u.a. bürgerschaftliches Engagement durch Community Organizing. Freiwillige des Quartiers sollen geschult werden und führen „eins zu eins“. Gespräche mit Bewohnerinnen und Bewohner über ihre Wünsche, ihre Visionen und ihre Probleme bezüglich ihres Wohnumfeldes durch. Bürgerversammlungen werden dazu genutzt, um Probleme und deren Lösungen zu bearbeiten.

Das Projekt konnte 2011 in Ansätzen bildungsungewohnte und von Armut bedrängte Bevölkerungsteile des Quartiers motivieren, sich für ihre stadtteilbezogenen Fragen einzusetzen und dafür einzustehen.



Die Erkenntnis, dass Engagement zum Erfolg führt und dass man ernst genommen wird, wenn man sich gemeinsam engagiert, war für viele Projektteilnehmende eine wichtige persönliche Erfahrung, mit der Vertrauen in die eigene Handlungsfähigkeit und in die demokratischen Strukturen (zurück)gewonnen wurde.

In der Gemeinde Gordon-Staupitz im Amtsbereich Plessa gibt es das Projekt „Heideleben“. Ziel ist die Gründung einer Bürgergruppe, die durch partizipatorische Methoden das Leben in der Gemeinde aktiv mitgestaltet. Zum Projektauftritt ist ein öffentlicher Informationsabend für alle Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde organisiert. worden Im Ergebnis ist es der Projektgruppe gelungen, eine Bürgergruppe aus 17 lokalen Akteurinnen und Akteuren zu etablieren. Aktuell (Stand Januar 2012) arbeiten die Mitwirkenden neben der Organisationsentwicklung und der Öffentlichkeitsarbeit an der Vorbereitung von handlungsorientierten Aktionen, die die gemeinsame Arbeit bestärken und den Lebenswert in der Gemeinde positiv beeinflussen sollen.

Im dritten Förderschwerpunkt des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ wird das Modellprojekt „Kriegskinder – Lebenswege bis heute“ gefördert. Träger des Projekts ist das Anne Frank Zentrum Berlin, weshalb es eigentlich nicht zu den brandenburgischen Projekten gezählt wird. Es wird jedoch in Schwedt durchgeführt und dient der Förderung des Dialogs zwischen den Generationen. Das Anne Frank Zentrum organisiert in Schwedt während des Jahres 2012 in Zusammenarbeit mit Schulen, Sozialverbänden, dem Stadtmuseum, dem Theater und dem Bürgermeister zahlreiche Projekte zum Dialog zwischen den Generationen. Schwerpunktthema sind die Erfahrungen, die ältere Generationen als Kinder und Jugendliche während des Kriegs gemacht haben. Ältere Generationen erhalten die Gelegenheit, aus dieser Zeit zu erzählen, jüngere Generationen können aus erster Hand vom Krieg erfahren. Geplant sind intergenerative Stadtrundgänge, Theateraufführungen, Ausstellungen, temporäre Denkmäler, Erzählcafés, Lesungen und die Erstellung von Dokumentarfilmen.

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ arbeitet eng mit den durch das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ geförderten Projekten zusammen. Sie wirkt gemeinsam mit den Mitgliedern des Beratungsnetzwerks in Projektbeiräten mit. Im Zuge der Zusammenarbeit entstanden an vielen Stellen neue Verknüpfungen mit den vorhandenen Strukturen im Land Brandenburg. Vor allem eine vom Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung – demos in Kooperation mit der Koordinierungsstelle durchgeführte Regionalkonferenz hat dazu beigetragen. Die Veranstaltung mit dem Titel „Zusammenhalt durch Teilhabe – professionelle Unterstützung demokratischer Entwicklung im Land Brandenburg“ fand am 20. September 2011 in Potsdam statt. Ziel der Veranstaltung war es, die Projekte möglichst frühzeitig mit den in Brandenburg vorhandenen Strukturen (Beratungsnetzwerk und Lokale Aktionspläne) zu vernetzen und einen ersten Wissenstransfer herzustellen, damit Synergie- und Verstärkungseffekte im Sinne des Handlungskonzepts hervorgerufen werden können. Die Regionalkonferenz hat den via „Zusammenhalt durch Teilhabe“ geförderten Projekten ein Forum geboten, sich dem bestehenden kollegialen System im Land Brandenburg zu präsentieren und aufgabenbezogen dort einzubringen.

Für die Veranstaltung wurden eigens eine digitale Karte, ein Filmzuschnitt der 12 Projekte aus dem ersten Förderschwerpunkt und eine Ausstellung erstellt, die dort erstmals präsentiert wurden. Die digitale Karte, auf der sämtliche brandenburgische Strukturen sowie die Projekte enthalten sind und der Film können über die Internetseite der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ jederzeit abgerufen werden. Für die Ausstellung wurde zu jedem Projekt ein Aufsteller (Roll-Up) produziert. Sie wurden je nach Bedarf den Trägern zur Verfügung gestellt und werden im Frühjahr 2013 voraussichtlich im Landtag ausgestellt.

Die im Zuge der Veranstaltung entwickelten Medien sind nachhaltig und langfristig nutzbar. Sie fördern die Kenntnis über die via „Zusammenhalt durch Teilhabe“ geförderten Projekte und deren Wirkung. Viele neue Kontakte sind im Zuge der Veranstaltung entstanden, Netzwerkstrukturen sind ausgebaut worden. Beispielsweise haben der Arbeitslosenverband Brandenburg und der Brandenburger Landfrauenverband großes Interesse entwickelt, sich innerhalb des Brandenburger Netzwerks einzugliedern und zusammenzuarbeiten. Infolgedessen haben beide Träger einen Kooperationsvertrag mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ geschlossen.

### III Beratungsnetzwerk „Tolerantes Brandenburg“

Im Land Brandenburg existiert ein breit aufgestelltes Beratungsnetzwerk aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Trägern, die wichtige Partner der Landesregierung bei der Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ sind. Dieses Netzwerk ist überall im Land präsent und bündelt unterschiedliche Arbeitsansätze, Fachwissen und Ressourcen. Das gegenseitige Vertrauen und die Qualität des Netzwerkes fördern Synergie- und Verstärkungseffekte zugunsten des demokratischen Gemeinwesens.

Auf diese Weise ist es beispielsweise möglich, in besonderen Problemlagen vor Ort schnelle, zielgruppengenaue und bedarfsgerechte Beratungsangebote zu unterbreiten und langfristig bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen.

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ steuert das landesweite Beratungsnetzwerk und kann in Problemfällen als Erstkontaktstelle dienen. Zwischen den Mitgliedern des Netzwerkes und der Koordinierungsstelle besteht ein enges, über die Jahre gewachsenes Vertrauens- und Arbeitsverhältnis. Es findet ein regelmäßiger Austausch innerhalb des Netzwerkes statt.

Im Folgenden stellen die Träger des Beratungsnetzwerkes ihre jeweiligen Arbeitsschwerpunkte im Jahr 2011 in eigener Verantwortung vor.

### III.1 Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Das Aktionsbündnis wurde am 22. Mai 1997 auf Beschluss der Landesregierung durch 29 Einrichtungen der Verwaltung, Verbände, Kirchen, Gewerkschaften und Persönlichkeiten des Landes Brandenburg gegründet. Das höchste Organ des Bündnisses ist die halbjährliche Plenarsitzung der inzwischen 66 Mitglieder. Das Plenum wählt einen Vorstand, der das Aktionsbündnis nach außen vertritt und seine Arbeit koordiniert. Die Geschäftsstelle des Aktionsbündnisses setzt die Beschlüsse der Plenarsitzungen und des Vorstandes um und unterstützt die Mitglieder bei ihren Aktivitäten.

Das Aktionsbündnis wirkt an der Umsetzung des Handlungskonzepts Tolerantes Brandenburg mit und sieht seine Aufgabe darin,

- allen politischen Initiativen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit die grundsätzliche Unterstützung der brandenburgischen Gesellschaft zuzusichern,
- sich für Gewaltfreiheit, die Achtung der Menschenwürde und demokratisches Engagement einzusetzen, sowie
- seine Stimme zu erheben, um moralische Standards zu beschreiben und Schritte zu deren Einhaltung vorzuschlagen.

Auf dem 38. Plenum beschlossen die Mitglieder am 12.9.2011, dass die Geschäftsstelle, die bis dahin im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport angesiedelt war, künftig von einem gemeinnützigen Verein getragen werden sollte. Dadurch sollte die Unterscheidbarkeit zwischen dem zivilgesellschaftlichen Aktionsbündnis und dem im Handlungskonzept der Landesregierung zum Ausdruck kommenden staatlichen Handeln erleichtert und die Eigenständigkeit unterstrichen werden. In Abstimmung mit der Landesregierung richtete der von Mitgliedern des Aktionsbündnisses gegründete „Verein gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ daraufhin eine Geschäftsstelle ein, die zum Jahreswechsel 2011/ 2012 ihre Arbeit aufnahm.

Das Aktionsbündnis ist vielfältig vernetzt. Es gehört dem Beratungsnetzwerk des Toleranten Brandenburg an. Das Aktionsbündnis ist vertreten in der Jury des Oranienburger Toleranzpreises und im Beirat des Modellprojektes „Migrantenbeteiligung in Brandenburg der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte“. Regelmäßig wird das Aktionsbündnis von anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen eingeladen, um über Erfahrungen zu berichten oder um zu fachlichen Diskussionen beizutragen. Dazu kommen Beratungen von Landtags- und Bundestagsfraktionen demokratischer Parteien sowie des Innenausschusses des Landtages. Auch bei zivilgesellschaftlichen und parlamentarischen Veranstaltungen in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin nahm das Aktionsbündnis teil.

Das Aktionsbündnis berichtet auf seiner Webseite [aktionsbuendnis-brandenburg.de](http://aktionsbuendnis-brandenburg.de) regelmäßig über aktuelle Entwicklungen der extremen Rechten und des bürgerschaftlichen demokratischen Engagements. In der ersten Jahreshälfte 2011 veröffentlichte das Bündnis außerdem unter [wissenswertes.aktionsbuendnis-brandenburg.de](http://wissenswertes.aktionsbuendnis-brandenburg.de) die Serie „Wissenswertes“. Bürgerinnen und Bürgern erhalten durch Flyer und Podcast-Beiträge Hintergrund-Informationen über Themen, die von Neonazis

und Rechtspopulisten mit Vorliebe für ihre Propaganda benutzt werden („Sexueller Kindesmissbrauch“, „Abwanderung“, „Islam“, „Bombardierung deutscher Städte“, „Grenzkriminalität“).

An Aktivitäten von Mitgliedern beteiligt sich das Aktionsbündnis regelmäßig. So unterstützte das Aktionsbündnis beispielsweise Proteste gegen den NPD-Bundesparteitag in Neuruppin am 12.11.2011; mit der Evangelischen Kirche, der Stadt Potsdam und dem Flüchtlingsrat richtete das Aktionsbündnis am 27.9.2011 einen Empfang anlässlich der Interkulturellen Woche aus.

Angesichts der Veränderungen der Demonstrationspolitik der extremen Rechten und der Kontroverse um demokratische Protestformen beschloss das 37. Plenum des Aktionsbündnisses im Mai 2011 die Berufung einer Arbeitsgruppe, die über den Umgang mit rechtsextremen Aufmärschen grundsätzlich beraten soll. Die Arbeitsgruppe, der acht Expertinnen und Experten angehören, soll

- die Rechtslage und Rechtsprechung bezüglich rechtsextremer Aufmärsche und Protestveranstaltungen zusammenfassend und allgemeinverständlich darstellen,
- das sich verändernde rechtsextreme Demonstrationsgeschehen zusammenfassend darlegen,
- Erfahrungen und Anliegen der Mitglieder des Aktionsbündnisses aufnehmen und einbeziehen,
- Erfahrungen und Anliegen von Versammlungsbehörden, Polizei und Kommunen berücksichtigen,
- Erfahrungen mit kontroversen Diskussionen über Protestaktionen auswerten, um Wege zu suchen, wie das gemeinsame Anliegen bei unterschiedlicher Auffassungen Geltung bekommen kann,
- Erfahrungen aufnehmen und Wege aufzeigen, wie im Bewusstsein der unterschiedlichen Rollen Spannungen zwischen demokratischen Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmern, Versammlungsbehörden und Polizei vermieden werden können.

Die Diskussion wird auf der Webseite [www.demos-gegen-nazis.de](http://www.demos-gegen-nazis.de) dokumentiert.

### III. 2 Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos

Das Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung – demos in Trägerschaft des Vereins Demokratie und Integration Brandenburg e.V. existiert seit 1992 und ist seit 1998 Partner der Landesregierung im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“. Arbeitsschwerpunkt des Instituts ist das Mobile Beratungsteam (MBT), das sich in sechs regionale MBTs mit jeweils zwei Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern gliedert.

Im Jahr 2012 blickt das Land Brandenburg auf 20 Jahre Mobile Beratung zurück. Als auf Initiative von Regine Hildebrandt im Jahr 1992 ein Mitarbeiter auf Honorarbasis für einige Wochen nach Wittenberge entsandt wurde, konnte kaum jemand ahnen, dass sich daraus ein Konzept entwickeln würde, das sich heute bundesweit etabliert hat. Der immer noch typische brandenburgische Ansatz (kleinteilig, angepasst, regionalisiert und nicht missionierend) ist nachhaltig und hat sich bewährt.

Die Arbeitsweise des Instituts passt sich stets entsprechend der veränderten Entwicklung des Rechtsextremismus an. Die sinkende Sichtbarkeit von rechtsextremen Strukturen und der Wegfall von Bedrohungsszenarios haben Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft, deren Reaktionen bisher weitgehend auf physisch spürbaren Bedrohungen ausgerichtet waren.

Das Mobile Beratungsteam hielt weiter an dem Arbeitsprinzip fest, nur Menschen zu beraten, die ausdrücklich Beratung wünschen. Es agierte nicht, wenn jemand von Außen diagnostizierte, dass es nötig sei, jemanden zu beraten. Die Beratungsarbeit war oft selbstverständlich integraler Bestandteil lokalen demokratischen Engagements und Bandbreite der Anfragen nach Beratung nach wie vor sehr weit. Die Beratungsangebote vom MBT wurden von Gruppen, Initiativen, Vereinen und inzwischen stärker von Verwaltungen angefragt. Das Vertrauen öffentlicher Verwaltungen in die Arbeit des Mobilen Beratungsteams empfand das MBT als erfreulich. Sehr positiv machte sich hier ein Generationenwechsel bemerkbar. Der führte dazu, dass nicht mehr Grundfragen der eigenen Identität zur Diskussion standen, sondern die demokratischen Strukturen der Bundesrepublik als biografische Voraussetzung betrachtet wurden. Im Fall von Demonstrationen und Aufmärschen fragten Verwaltungen das Mobile Beratungsteam fast obligatorisch an. Verbände, Vereine und zivilgesellschaftliche Initiativen vor Ort standen oft mit dem MBT in einem informellen Kontakt und das daraus resultierende Vertrauen bewährte sich besonders in kritischen Situationen.

Das Mobile Beratungsteam erhielt außerdem Anfragen aus dem gesamten Spektrum der demokratischen Parteien. Die Basisorganisationen der demokratischen Parteien fragten das MBT im Jahr 2011 jedoch nicht so häufig an, wie dies naturgemäß in Zeiten von Wahlkämpfen der Fall ist. Es spielten eher lokale Probleme eine Rolle, wo sich die Beratung auf eine sehr spezifische lokale Situation und einzelne Personen im politischen Raum bezog. Der Kurs der vergangenen Jahre, nicht zu versuchen eine „Volksfront“ zu schaffen, sondern eine jeder politischen Richtung adäquate Arbeitsweise zu ermöglichen, bewährte sich aus Sicht des Mobilen Beratungsteams – ebenso die Zusammenarbeit mit Landesbehörden, die beide Seiten als fruchtbar empfanden. Die pragmatische und freundschaftliche Kooperation mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“, insbesondere auf Leitungsebene beider Akteure, hat eine besondere Bedeutung für das Gelingen der Arbeit! Immer wieder zeigt sich, insbesondere im Vergleich zu anderen Bundesländern, dass das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ eine gewachsene Struktur ist, in der mit einer hohen Geschwindigkeit und ohne ideologische Barrieren auf neue Entwicklungen reagiert werden kann. Das Netzwerk funktioniert bisher ohne Friktionen.

Mit dem Städte- und Gemeindebund, dem Landkreistag und dem Ministerium des Innern (Verfassungsschutz) gibt es seit Jahren Veranstaltungsreihen für Mitarbeitende der Polizeiwachen und der Verwaltungen.

Es wurden dort Aspekte der Zusammenarbeit zwischen der Polizei, Verwaltung und der Zivilgesellschaft beim Umgang mit rechtsextremen Erscheinungsformen vermittelt. Das Angebot wurde sehr gut angenommen. Die Veranstaltungsreihe wird fortgesetzt.

Die Medien (Fernsehen, Radio, Printmedien), insbesondere die im Land Brandenburg wahrgenommen werden, fragten das Mobile Beratungsteam häufig nach Hintergrundinformationen bzw. um Deutung und Bewertung aktueller Vorkommnisse. Das MBT spielte in der öffentlichen Wahrnehmung eine prägnante Rolle. Schulungen und Gruppengespräche mit Journalistinnen und Journalisten sowie zahlreiche Hintergrundgespräche und Interpretationshilfen führten dazu, dass die Berichterstattung über rechtsextreme Erscheinungsformen in Brandenburg nach Wahrnehmung des MBTs verhältnismäßig gut war.

Im Folgenden werden Beratungsfälle des Mobilen Beratungsteams auf dem Jahr 2011 beispielhaft skizziert:

### Rechtsextremismus und Immobilien

Ein NPD-Kreisverbandsvorsitzender kaufte in einer kleinen Gemeinde ein Haus, um es sukzessive zu einem regionalen und überregionalen Zentrum des Rechtsextremismus auszubauen. Das Amt reagierte und suchte breite Unterstützung. Eine neue Stelle für die Jugendsozialarbeit wurde eingerichtet, um alternative Jugendarbeit anzubieten. Der Wirkungskreis der NPD auf den Ort soll durch eine Vielzahl von Aktivitäten unterbunden werden.

Darüber hinaus versuchte die genannte Person, sich in etlichen Vereinen als Mitglied anzumelden. Besonders der Anglerverein mit der in der Gemeinde größten Jugendgruppe zeigte sich besorgt, reagierte schnell und wurde intensiv vom MBT beraten.

### „Gedenken“ soll instrumentalisiert werden

Im Land Brandenburg versuchten Rechtsextreme mehrfach, Gedenktage für sich zu instrumentalisieren. Neben den landes- und bundesweit wahrgenommenen Veranstaltungen (etwa in Cottbus), wo das MBT die Gegenaktivitäten der Städte beratend begleitete, gab es noch eine Anzahl kleinerer Veranstaltungen auf lokaler Ebene, bei denen Rechtsextreme versuchten, das Gedenken für sich auszuschlachten. Bevorzugt wurde dabei der Volkstrauertag. Neben den üblichen, häufig heimlich abgelegten Kranzgebinden, die in der Regel schnell von den Ordnungsämtern beseitigt wurden, kam es auch zu demonstrativen Versuchen, ein spezielles „Gedenken“ zu etablieren.

In der Nähe eines Dorfes wurde illegal ein Denkmal von Rechtsextremisten für Nachrichtenhelferinnen gemauert und viel Kranz- und Blumendekoration niedergelegt. Der Bürgermeister wollte der Anweisung des Kreisordnungsamtes, die Gebinde abzuräumen, nicht Folge leisten, weil er das Ereignis als „wahr“ ansah. Hier versuchte man nicht nur, ein Gedenken zu instrumentalisieren, sondern geschickt an die lokale Geschichtskultur anzudocken und sie zu vereinnahmen.

## Demonstrationen, Kundgebungen und Infostände

2011 bemühte sich die NPD vor allem, im Land Brandenburg eine zweite Schwerpunktregion aufzubauen. Zahlreiche Aktivitäten der NPD fanden im Landkreis Ostprignitz-Ruppin und dort vor allem in Neuruppin mit Serien von "Infoständen" und Demonstrationen statt. Das MBT versuchte, die verschiedenen Interessenlagen zu moderieren und vor allem die Stadtverwaltung zu unterstützen. Der Bundesparteitag der NPD in der Stadt war der vorläufige Abschluss dieser Veranstaltungsserie.

Neben dem hohen Engagement der Mitarbeiterschaft der Stadtverwaltung und den friedlichen Aktivitäten der Bündnisse soll besonders die Reaktion der Tourismusbranche hervor gehoben werden, die dazu aufrief, den Rechtsextremen die Logis zu verweigern (siehe Abschnitt über die Kooperationspartner der Koordinierungsstelle).

Ein weiteres Beispiel betrifft eine Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung mit dem Titel „Was will der nette Nazi von nebenan“. Insgesamt 18 männliche Rechtsextreme (NPD wie Freie Kräfte) okkupierten damals den Veranstaltungssaal. Es fand eine sofortige Intervention in der Situation und Nachbereitung mit dem lokalen Bündnis statt.

## Zusammenarbeit mit dem organisierten Sport

Der Landessportbund (LSB) agiert seit Jahren sehr engagiert im Sinne des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“.

Im Jahr 2011 begann der LSB gemeinsam mit dem MBT, eine eigene Beratungsstruktur aufzubauen, die trainiert ist, auf rechtsextreme Erscheinungsformen zu reagieren. Erste Erfahrungen im Bereich Fußball stimmen optimistisch für die Zukunft, wenn die Ausbildungen beendet sein werden.

Neben dem Fußball kam verstärkt der Kampfsport in den Fokus der Beratungsarbeit des MBTs. Ein Kickboxverein etwa hatte mehrere rechtsextreme Mitglieder, die sich im einschlägigen Milieu tummelten. Nachdem das Thema problematisiert und erweitert mit dem Landessportbund und dem Verfassungsschutz besprochen wurde, hat der Verein reagiert. In Beratungen des MBT wurde darauf gedrungen, dass nicht die Meinung einer Sportlerin oder eines Sportlers zum Gegenstand wird (NPD-Mitglieder können selbstverständlich Sport treiben), sondern der Verein sich gegen eine öffentliche Vereinnahmung durch die NPD zur Wehr setzt. Solange dies auf der Ebene der Vereine geschah, funktionierte es nach Einschätzung des MBTs gut. Problematisch wird es aber, wenn es sich um private Sportclubs handelt.

## Beratungsfälle in Schule

Das Jüdische Museum Berlin entwickelte eine mobile Unterrichtseinheit für Schulen. In zwei Schulen Brandenburgs kam es bei dem Besuch der Museumsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern zu antisemitischen Äußerungen von Schülern. Das MBT und die RAA agierten vermittelnd zwischen den betroffenen Schulen, dem MBS und dem Museum, um den Konflikt zu bearbeiten. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ strukturierte die Kommunikation.

## Terrorgefahren

Ende Jahr 2011 wurde bekannt, dass Neonationalsozialisten in Deutschland über mehrere Jahre zehn Morde begangen und Anschläge verübt haben. Eine konkrete Herausforderung in der Beratungsarbeit des MBT war die Festnahme eines Tatverdächtigen in Brandenburg. In einem 120 Einwohnerdorf wurde im Zuge der NSU-Ermittlungen durch die GSG 9 ein Rechtsextremist fest genommen. Das Dorf war wegen des Einsatzes massiv verstört und verunsichert. Die Familie des Rechtsextremisten lebt weiter im Dorf und sucht nach Verhaltensmustern: die Kinder gehen weiter im Dorf spielen und die Frau bewegt sich im Gemeinwesen.

## Lokale Aktionspläne und Bundesprojekte

Im Zusammenhang mit den Lokalen Aktionsplänen (LAP) des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ (seit 2007 befinden sich einige LAP in Trägerschaft des Instituts für Gemeinwesenberatung- demos bzw. des Vereins Demokratie und Integration Brandenburg e.V.) ergab sich für einige Landkreise die Frage, wie sie deren Trägerschaft organisieren sollen. Weil es nicht unkompliziert ist, in einer Region einen Träger, der üblicherweise Mittelnehmer ist, nun zum Mittelverwalter zu machen, entschloss sich demos dazu, die Anfragen nach Trägerschaft möglichst positiv zu bescheiden. Derzeit betreut demos insgesamt sieben Lokale Aktionspläne.

Es gelang 2011 in Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ einen kombinierten LAP in Cottbus und Spree-Neiße zu etablieren, der koordinierend von einer Mitarbeiterin bearbeitet wurde. Auch wenn die LAP für demos eine erhebliche personelle Belastung sind (es werden keine Kosten für die Verwaltung der Personalstellen erstattet), ist es dennoch eine lohnende Aktivität im Rahmen des Handlungskonzepts: Die LAP konnten regional frei und ohne Anweisungen des Trägers nach den Bedarfen der regionalen Kommunen und Landkreisen entwickelt werden. Das Mobile Beratungsteam und die RAA Brandenburg unterstützten die LAPs durch Situationsbeschreibungen und die Möglichkeiten regionaler Aktionsfelder. Die Aktivitäten von MBT, RAA und LAPs verliefen koordiniert. Das Mobile Beratungsteam arbeitete eng mit Trägern, deren Projekte über das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesinnenministeriums gefördert wurden, zusammen. Es wird auf den entsprechenden Textbaustein zu den Bundesprogrammen im ersten Teil dieses Berichts verwiesen. Ein Beispiel der Zusammenarbeit ist das Projekt „Ohne Blaulicht“ des Landesfeuerwehrverbandes. Wegen der thematischen Nähe und der bereits vorher etablierten Kooperation „lieh“ das MBT einen Mitarbeiter für das Projekt „Ohne Blaulicht“ für einige Jahre aus. Zu weiteren Projektträgern wie den Brandenburger Landfrauenverband, die LAG Streetwork und der Brandenburger Arbeitslosenverband bestanden zum Teil intensive Arbeitsbeziehungen, die fortgeführt werden.



### III.3 Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie

Wegen fremdenfeindlicher Gewalt und rechtsextremer Vorfälle im Land Brandenburg wurde im Jahr 1992 auf Initiative der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg, Almuth Berger, des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport und der Freudenberg Stiftung die Arbeit der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (Träger Demokratie und Integration Brandenburg e.V.) initiiert.

Im Jahr 1998 wurden sie als wichtiger Kooperationspartner in das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung aufgenommen.

Die RAA Brandenburg sind Mitglied im Landesintegrationsbeirat und im landesweiten Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Die RAA Brandenburg arbeiten als Nichtregierungsorganisation im gesamten Land Brandenburg. Seit 2004 bilden die Büros des Mobilen Beratungsteams und der RAA Niederlassungen gemeinsam sechs Büros für Integration und Toleranz (BIT) und damit regionale Unterstützungsagenturen für die Bürgergesellschaft und gesellschaftliche Institutionen. Die schulbezogene Arbeit, die Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen für Weltoffenheit und Toleranz und die Unterstützung der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern bilden den Kern der Aufgaben der RAA Brandenburg.

Die Arbeit der RAA Brandenburg zielt im Wesentlichen auf die Förderung von Toleranz und demokratischen, weltoffenen Einstellungen, die Förderung einer inklusiven Kultur in privaten und öffentlichen Einrichtungen sowie auf die Förderung der demokratischen Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in der brandenburgischen Gesellschaft.

Seit der Einrichtung des Beratungsnetzwerks „Tolerantes Brandenburg“ sind die RAA Brandenburg Teil dieses Netzwerks.

Im Rahmen dieser Arbeit haben die RAA Brandenburg folgende Schwerpunkte in 2011 gesetzt.:

#### Förderung demokratischer und interkultureller/inkluisiver Schulentwicklung

Demokratische Beteiligung stellt eine wichtige Voraussetzung für die Prävention von Rechtsextremismus und Gewalt dar. Durch den Erwerb von sozialen, demokratischen und interkulturellen Kompetenzen sind Kinder und Jugendliche souveräner im Umgang mit Verschiedenheit, mit Unsicherheit und mit Konflikten. Eine demokratische Schulkultur führt zur Wertschätzung der eigenen Leistungen und der Leistung der anderen, zur Wertschätzung eigener und fremder Einstellungen und Haltungen. Sie fördert Selbstvertrauen, Selbstachtung und Empathie. In einer demokratischen Schulkultur werden unausweichlich auftretende Konflikte gewaltfrei und kreativ bearbeitet und gelöst. Deshalb unterstützen die RAA Brandenburg die Schulen bei der Umsetzung eines entsprechenden Schulprogramms und unterstützen die Lehrkräfte, die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern im Unterricht zu fördern, Erfahrungen der Schülerschaft in Projekten und ihrer Alltagswelt in den Unterricht und das Schulleben zu integrieren und damit das individuelle Lernen der Schülerinnen und Schüler zu begleiten.

Die Arbeit der Lehrkräfte der RAA Brandenburg wandelte sich in der 19-jährigen Geschichte der RAA Brandenburg sehr stark. Stand Anfang bis Ende der 90er - Jahre die lokale Unterstützung von Schulen im Bereich des Projektlernens, der Kooperation mit außerschulischen Partnern, der Entwicklung von unterrichtsbezogenen Materialien (Geschichtshäuser, Bildungsbausteine) neben der Unterstützung von Schulen im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Vordergrund, so wurde mit der Regionalisierung der Arbeit auf die Schulamtsbereiche hin die Fortbildung von Lehrkräften und anderen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren stärker profiliert. Seit 2008/2009 nahm die RAA Brandenburg - in Absprache mit dem MBSJ – die Beratung von Schulleitungen, Lehrkräften, Eltern und anderen schulbezogenen Akteurinnen und Akteuren stärker in ihr Angebot der RAA Brandenburg auf. Seit 2009 konnte im Rahmen des DEINSI-Projekts (Demokratische und interkulturelle Schulentwicklung) durch eine intensive Fortbildung der RAA-Lehrkräfte und weiterer BUSS-Lehrkräfte die Qualität der Beratung von Lehrkräften deutlich professionalisiert werden. 20 Lehrkräfte und Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter haben im Herbst 2011 ihre Zertifikate als Prozessbegleiterinnen und -begleiter für demokratische und interkulturelle Schulentwicklung entgegengenommen. Sie stehen als RAA-Schulberaterinnen und -berater der staatlichen Schulämter den Schulen zur Verfügung.

Darüber hinaus führten die für die RAA-Arbeit abgeordneten Lehrkräfte im Schuljahr 2010/2011 knapp 130 Fortbildungen für Lehrkräfte, Eltern, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie Erzieherinnen und Erzieher (2.300 Teilnehmende) mit folgenden Schwerpunkten durch:

- Förderung sozialer Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen: Soziales Lernen, Klassenrat, Streitschlichtung/Mediation, Einführungswochen für Schülerinnen und Schüler der 7. Klassen;
- Umsetzung von Programmen, wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, „Lernen durch Engagement“ (Service Learning); „hands for kids“ und „fair miteinander“ in Kooperation mit dem Landkreis Elbe-Elster;
- historisch-politische Bildung (z.B. das Zeitzeugenprogramm des Landes Brandenburg, einer Multiplikatorenfortbildung für Lehrkräfte in Kooperation mit den Gedenkstätten Sachsenhausen und Terezin etc.).

Bezüglich der Angebotsnachfragen zeigt die Übersicht der durchgeführten Fortbildungen einen deutlichen Schwerpunkt im Bereich des „Demokratie Lernens“. Darunter fasst die RAA Brandenburg auch Angebote, die sich mit der Stärkung von Beteiligung der Eltern sowie Schülerinnen und Schülern auseinandersetzen, aber auch in hohem Maße die Themenkomplexe „Gewalt/ Mobbing/ Rechtsextremismus“ und der „Umgang mit Konflikten“.

Ein weiterer Schwerpunkt lag 2011 auf dem Themenfeld „Soziale Kompetenzen stärken“ (Soziales Lernen, Kommunikation usw.).

Wie in den letzten Jahren waren die Nachfragen von Schulen nach Themen unter dem Stichwort „Interkulturalität“ sowie „Umgang mit Vielfalt“ (Managing Diversity) überschaubar. Umgang mit Vielfalt

und Interkulturalität standen – anders als im Feld der Wirtschaft - nach wie vor in den Schulen nicht im Vordergrund.

Ein Wandel bezüglich der Themen „Diskriminierung“, „Chancengleichheit“ und „Umgang mit heterogenen Lerngruppen“ ist allerdings durch die Inklusionsdebatte zu erwarten. Schul- und Unterrichtsentwicklungsfragen vor dem Hintergrund der Inklusion von behinderten Schülerinnen und Schülern sind sehr ähnlich gelagert wie vor dem Hintergrund der Integration/Inklusion von jungen Menschen aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen und mit Migrationshintergrund.

Der Bereich historisch-politischer Bildung wurde deutlich weniger nachgefragt. Statistisch relevant erwiesen sich hierbei die regelmäßig durchgeführten deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Lehrkräftefortbildungen an historisch-politischen Gedenkstätten (Sachsenhausen, Terezin/Theresienstadt und Krzyżowa/Kreisau). In den letzten Jahren war die Nachfrage nach Fortbildungen zu den Themen „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ sehr starken Schwankungen unterworfen, die – wie auch das Beispiel des „NSU“-Terrors“ zeigt - durch Vorfälle oder auch öffentliche Diskussionen erklärbar sind.

#### Sicherer Umgang mit Vielfalt - Verantwortung gemeinsam übernehmen – einzelne Projekte und Programme

Die RAA Brandenburg führte auch 2011 Fortbildungen im Bereich der Kitas durch, die auf eine interkulturelle Sensibilisierung und Öffnung von Kitas zielen. Besonders erfolgversprechend war hierbei die Verknüpfung mit Ansätzen zur durchgängigen Sprachförderung, die im Rahmen des BLK-Modellversuchs „Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund (FörMig)“ von der Universität Potsdam entwickelt wurden.

Eine zentrale Aufgabe der Arbeit der RAA Brandenburg war die Anregung und Förderung von gesellschaftlichem Engagement Jugendlicher und Erwachsener. Dies geschah im Rahmen verschiedener Programme, die die RAA mit Partnern landesweit und über die Landes- und nationale Grenzen hinaus verfolgte.

Im Rahmen der „Brandenburger entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage“ (BREBIT), die eine Koordinierungsgruppe entwicklungspolitischer Organisationen zum achten Mal durchführte, wurden 118 Projekte an 32 Orten im Land Brandenburg veranstaltet, in denen Kinder und Jugendliche Perspektiven für eine weltweite Verantwortungsübernahme entwickeln konnten.

In der Arbeit der RAA hat die Landeskoordinierung des Programms „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ eine besondere Rolle, da über das Programm eine Vielzahl von Schülerinnen und Schülern sowie ihre Schulen aktiviert werden können, Verantwortung für eine Schule frei von Diskriminierung und Rassismus zu übernehmen. Dabei wurde immer wieder deutlich, dass „Schule ohne Rassismus“ kein einmaliges „Zeugnis“, sondern eine dauerhafte Selbstverpflichtung darstellt. Insofern blieb es wichtig, diese Schulen für weitere Projekte und Programme zu gewinnen, so wie es 2011 mit der Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Demokratie stärken - Rechtsextremismus

bekämpfen“ gelang, die die RAA Brandenburg pädagogisch begleitete. Die Ausstellung wurde 2011 in fünf Schulen gezeigt, wobei zuvor ausgebildete Jugendliche sowohl ihre Mitschülerinnen und -schüler als auch Erwachsene durch die Ausstellung führten.

Das Projekt wird 2012 weitergeführt. Insgesamt gibt es 51 „Schulen ohne Rassismus - Schulen mit Courage“ im Land Brandenburg.

#### Förderung interkultureller Kompetenzen in Einrichtungen der Arbeitsmarktes - Öffnung und Förderung gesellschaftlichen Engagements von zugewanderten Menschen – Antidiskriminierungsarbeit

Das Ziel der RAA Brandenburg ist es, einen Beitrag für eine gegenüber Zuwanderung offene Gesellschaft zu leisten. Diese Aufgabe erhält aufgrund des wachsenden Fachkräftebedarfs eine immer stärkere wirtschaftliche Dimension. Dieses Ziel verfolgt die RAA Brandenburg einerseits durch die Stärkung von Zugewanderten in der Region, aber auch durch die Entwicklung einer „Willkommenskultur“ in der Gesellschaft und ihren Institutionen. Im Rahmen des IQ-Netzwerks Brandenburg (Integration durch Qualifizierung) erarbeitete die RAA für Arbeitsmarktakteurinnen und -akteure (Arbeitsagentur, Jobcenter, Kammern etc.) Fortbildungsmodule zur interkulturellen Öffnung der Einrichtung und zur Qualifizierung der Beratungsarbeit gegenüber Migrantinnen und Migranten, die 2012 die Einführung des neuen Anerkennungsgesetzes für ausländische Berufsabschlüsse begleiten werden.

Sowohl durch das Projekt „Empowerment und Partizipationsförderung für Zugewanderte“ (Empa), das mit Teilnehmenden aus allen östlichen Flächenländern durchgeführt wurde, als auch durch die Zusammenarbeit mit dem Migrations- und Integrationsrat Land Brandenburg (MIR) e.V. wurden sowohl das politische und soziale Engagement von Migrantinnen und Migranten gestärkt als auch die öffentliche Bedeutung des Themas hervorgehoben.

Vereinigungen von Migrantinnen und Migranten sind ein wichtiger Partner in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung. Die Erfahrungen des RAA-Projekts und Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit dokumentiert die Broschüre „Demokratische Beteiligung und Integration“ (Interkulturellen Beiträge der RAA Nr. 43). Aufgrund einer weiteren Förderung des Europäischen Integrationsfonds und des MASF kann das Projekt „EmPa II“ ab Mitte des Jahres 2012 weitergeführt werden.

#### III.4 Landesstelle für Demokratische Jugendbeteiligung

Zentraler Arbeitsschwerpunkt der Landesstelle für Demokratische Jugendbeteiligung bestand im Jahr 2011 in der landesweiten Durchführung zielgruppenorientierter Informationsveranstaltungen zum Thema „Jugendbeteiligung im kommunalen Raum“. Zielstellung hierbei war neben der Vermittlung praxisnaher Erfahrungen vor allem die Darstellung der notwendigen Prozesse und Entwicklungen auf den Ebenen des öffentlichen Lebens in den Kommunen und deren gemeinsame Wertschätzung als bereichernde Bausteine für die Entwicklung und Pflege der demokratischen Kultur vor Ort. Parallel dazu wurden die

Merkmale notwendiger Rahmenbedingungen für die Schaffung von demokratischen Jugendbeteiligungsstrukturen fortlaufend und öffentlich kommuniziert sowie gemeinsame Wege mit potenziellen Interessenten sowohl in den Erwachsenen- als auch den Jugendstrukturen beschrieben. Dazu wurden in der Folge Veranstaltungen mit Jugendlichen, Jugendarbeiterinnen und -arbeitern, Lehrkräften, Vertreterinnen und Vertretern der kommunalpolitischen Entscheidungsebenen, Vereinen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt. Als eine darauf folgende Zielstellung wurde jeweils die Entwicklung von lokalen Konzeptionen zur Umsetzung von Informations- und Partizipationsprojekten, verbunden mit dem Aufruf öffentlichen Engagements gegen rechtsextremistisch orientierte Erscheinungen und Aktivitäten vor Ort, vereinbart.

Im Rahmen dieser Prozesse wurden gleichzeitig immer wieder deutliche Informations- und Erfahrungsdefizite sowie Vorbehalte auf den kommunalpolitischen Entscheidungsebenen als auch in den Verwaltungen, bei den Trägern der Jugendarbeit, in den Schulen und letztlich bei den Jugendlichen selbst sichtbar. Demgegenüber stand gleichzeitig der Wunsch einzelner Jugendlicher sowie in zunehmendem Maße auch bei Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie kommunalpolitischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern, nach stabilen Möglichkeiten aktiv ausgeübter jugendlicher Mitbestimmung und Mitgestaltung in ihren Heimatkommunen, auch im Hinblick eines breiten präventiven Ansatzes.

Die entsprechenden Erfahrungen im Bereich politischer Mitgestaltung und Beteiligung Jugendlicher im Land Brandenburg haben gezeigt, dass das Ziel der Entwicklung einer landesweiten demokratischen Beteiligungskultur Jugendlicher perspektivisch einen breiten gesellschaftlichen Ansatz benötigt. Zwar erwies sich die punktuelle Basisarbeit, im Sinne der Schaffung und Etablierung selbsttragender Beteiligungsstrukturen in den Kommunen, in vielen Fällen als erfolgreich, bedurfte jedoch „pro Projekt“ eines möglichst lückenlosen, intensiven Arbeits- und Zeitaufwandes vor Ort.

Um landesweit entsprechende Themenimpulse in den Kommunen zu setzen, stellte man bei allen Veranstaltungen zum Thema „Jugendbeteiligung“ durch die Landesstelle kontinuierlich die Chancen und Wege bezüglich eines möglichen Aufbaus aktiver Jugendbeteiligungsstrukturen umfassend dar. In Einvernehmen mit den jeweiligen potenziellen Akteurinnen und Akteuren sowie Kooperationspartnern bezüglich der Zielrichtung eines neuen Angebotes zur Aktivierung demokratischer Beteiligung Jugendlicher wurde darüber hinaus der damit verbundene präventive Ansatz hinsichtlich der Bekämpfung rechtsextremistischer Tendenzen als wichtiger Aspekt gemeinsam hervorgehoben.

Neben der Gewinnung von Trägern der Jugendarbeit, Stadtverordneten, Gemeindevertreterinnen und -vertretern sowie Mitarbeitenden von Verwaltungen für das Thema „Jugendbeteiligung“ bildete die Vernetzung bestehender Jugendbeteiligungsgruppierungen einen weiteren wichtigen Arbeitsschwerpunkt. Im Rahmen der Begleitung dieser Jugendbeteiligungsgruppen entsprach man auch in diesem Jahr dem Wunsch der Mitglieder von Jugendbeteiligungsstrukturen nach einem weiterführenden, zielgruppenspezifischen Erfahrungs- und Informationsaustausch.

Dazu unterstützte die Landesstelle in Kooperation mit der Stadt Beelitz und dem Jugendparlament Beelitz das „Sommercamp Jugendbeteiligung 2011“, an dem landesweit Mitglieder brandenburgischer Jugendbeteiligungsgruppen zum Erfahrungsaustausch teilnahmen. Darüber hinaus veranstaltete die Landesstelle in diesem Jahr das Ländertreffen „Jugendbeteiligung Deutschland“, einem bisher bundesweit einzigartigen Informations- und Austauschtreffen zwischen Mitgliedern jugendlicher Beteiligungsstrukturen aus dem gesamten Bundesgebiet.

Parallel zur direkten jugendorientierten Bildungsarbeit konnte die Landesstelle in Kooperation mit der Heimvolkshochschule Seddiner See im Mai 2011 ein zweitägiges Seminar zum Thema „Kommunale Planungsprozesse mit aktiver Jugendbeteiligung“ durchführen.

Als neuer Kooperationspartner kam in diesem Zusammenhang die pädagogische Leitung der Brandenburgischen Kommunalakademie mit der Bitte um inhaltliche Unterstützung im Bereich politischer Jugendbildung auf die Landesstelle hinzu.

Daraufhin führte die Landesstelle innerhalb dieser neuen Arbeitsebenen eine Workshopreihe „Demokratische Beteiligung und kommunale Verwaltung“ mit den Teilnehmenden der neu beginnenden Ausbildungsgänge zukünftiger, brandenburgischer Verwaltungsfachangestellter durch.

### III.5 Opferperspektive e.V.

Seit 1998 bietet der Verein Opferperspektive e.V. eine mobile, aufsuchende Beratung für Opfer rechter Gewalt im gesamten Land Brandenburg an. Diese Beratungstätigkeit folgt den Leitgedanken,

- Betroffenen professionelle Hilfe anzubieten,
- die Sichtweise der Angegriffenen nachzuvollziehen und nachvollziehbar zu machen,
- gesellschaftliche Zustände, welche zu rechts-motivierten Gewalttaten führen, sichtbar zu machen,
- Prozesse anzustoßen, die weitere Angriffe verhindern.

Der Verein wird nunmehr im fünften Jahr im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ gefördert und ist fester Bestandteil des Beratungsnetzwerks.

Im vergangenen Jahr unterbreitete die Opferperspektive 62 Geschädigten ein Beratungsangebot. Insgesamt hielten die Beraterinnen und Berater zu 154 Personen den Beratungskontakt im Rahmen eines in der Regel mehrjährigen Beratungsprozesses aufrecht. Hierbei waren 122 Personen unmittelbar Betroffene eines Angriffs, während es sich bei den weiteren 32 Personen um Zeugen, Angehörige und Freunde handelte. Etwa zwei Drittel der direkt betroffenen Klientinnen und Klienten waren Personen, die von den Tätern als linksgerichtet ein- bzw. aufgrund ihrer Erscheinung dem alternativen Milieu zugeordnet wurden. Die größte Gruppe bilden nach wie vor Rassismuspfer.

Insgesamt hat der Verein einen deutlichen Rückgang der rechtsextremen Angriffe verzeichnet. Auch wenn die Opferperspektive nicht davon ausgeht, dass dieser Rückgang eine stabile Entwicklung ist, zeigt sich, dass die Strategie der offenen Auseinandersetzung mit der rechten Gewalt und dem Rechtsextremismus erfolgreich ist. Dieser erfreulichen Entwicklung steht gegenüber, dass im Berichtsjahr vermehrt in Fällen aus dem sog. Dunkelfeld beraten und bei denen keine Strafanzeige erstattet worden ist.

Wie bereits dargestellt, beinhaltet der Arbeitsansatz des Vereins Opferperspektive eine Verschränkung von individueller Hilfeleistung für Betroffene und der Inangsetzung gesellschaftlicher Prozesse, die sich gegen Rechtsextremismus und insbesondere gegen rechte Gewalt richten.

Wie dies vor Ort funktioniert, soll hier am Beispiel der Stadt Cottbus geschildert werden:

Die Situation in Cottbus hat sich durch zwei Spezifika ausgezeichnet: Einerseits gibt es in der Stadt eine starke rechte Szene, andererseits ist Cottbus durch eine vielfältige Zivilgesellschaft mit hohem diesbezüglichem Problembewusstsein und Engagement geprägt. Rechtsextreme Angriffe werden in Cottbus nicht verschwiegen; bei der Unterstützung der Betroffenen kann die Opferperspektive mit einem etablierten Netzwerk engagierter Akteurinnen und Akteure zusammenarbeiten. Das Bürgerbündnis Cottbusser Aufbruch ist eines der Bekanntesten. In diesen Fällen rechtsextremistischer Übergriffe ist es notwendiger, die Betroffenen mit Expertise zu unterstützen als Solidarisierungsprozesse zu initiieren. Diese günstige Ausgangssituation ist auch auf die intensive Netzwerkarbeit innerhalb der letzten Jahre zurückzuführen.

Aufgrund der regionalen Bedeutung der Stadt unterhält die Opferperspektive eine eigene Anlaufstelle mit einem wöchentlichen Sprechstundenangebot. Darüber hinaus nimmt der Verein regelmäßig an den Sitzungen des Cottbusser Aufbruchs teil und nutzt diese für Berichte zum Ausmaß rechter Gewalt aus der Betroffenenperspektive sowie für Anregungen zur praktischen Unterstützung. Die regelmäßige Teilnahme an verschiedenen Veranstaltungen in der Stadt sowie die kontinuierliche Zusammenarbeit mit städtischen Institutionen und Organisationen, u.a. mit dem Akademischen Auslandsamt der BTU, dem Flüchtlingsverein Sachsendorf, der Initiative Cottbus Nazifrei und den Streetworkerinnen und Streetworkern der Stadt sind integraler Bestandteil der Arbeit vor Ort.

Im Jahr 2011 erhielt die Opferperspektive in über der Hälfte der dokumentierten Gewaltfällen direkt über die Kooperationspartner Kenntnis von den Angriffen. Diese Zusammenarbeit ermöglichte es, den Betroffenen zeitnah Hilfsangebote zu unterbreiten.

Auch in Cottbus sank die Zahl der dokumentierten Gewaltvorfälle im Berichtsjahr deutlich. Im Jahr 2010 dokumentierte die Opferperspektive 20 Angriffe, 2011 sank diese Zahl auf zehn Gewalttaten.

In der alltäglichen Arbeit wird deutlich, dass der (gewalttätige) Angriff häufig die letzte Eskalationsstufe einer als dauerhaft empfundenen Bedrohungssituation ist. Diese wird umso intensiver erlebt, je weniger das soziale Umfeld für die Erfahrungen Interesse zeigt. Deutlich wird dies am Fallbeispiel vier marokkanischer Männer.

Die Betroffenen, unter ihnen ein Student und ein Gastdozent der BTU Cottbus, wurden im August 2011 an einer Straßenbahnhaltestelle in der Innenstadt zunächst rassistisch beleidigt und dann mit einem

Schlagring angegriffen. Infolgedessen musste eine Person ambulant behandelt werden. Über das Akademische Auslandsamt konnte umgehend der Kontakt zu den Betroffenen aufgenommen und ihnen ein Hilfsangebot unterbreitet werden. In den ersten Beratungsgesprächen spielten zunächst die psychische Verarbeitung des Gewalterlebnisses sowie die Vermittlung juristischer und medizinischer Unterstützung eine große Rolle. Die Betroffenen wurden zur Möglichkeiten der Nebenklage beraten und konnten in Kooperation mit dem Weißen Ring anwaltliche Hilfe in Anspruch nehmen. Für eine umfassendere psychologische Begleitung stand die Opferhilfe zur Verfügung, und Anträge auf Entschädigungsleistungen wurden gestellt.

Trotz einer hohen Aufmerksamkeit und vieler Solidaritätsbekundungen stellte sich im Verlauf des Beratungsprozesses immer mehr heraus, wie nachhaltig der Angriff den Blick, insbesondere eines Betroffenen, auf die Stadt veränderte. Zuvor erlebte rassistische Diskriminierungen und Bedrohungssituationen verdichteten sich zu einem kohärenten Bild. Die Präsenz von sich offen zeigenden Angehörigen der rechtsextremen Szene, sowie die große Zahl einschlägiger Aufkleber und Graffitis wurden verstärkt als bedrohliche rechte Alltagskultur wahrgenommen.

In dieser Situation war es die Aufgabe der Opferperspektive, diese Auseinandersetzung zu begleiten. Sie unterstützte den Wunsch des Betroffenen, über seine Situation zu berichten und aufzuklären, indem sie u.a. ein Interview mit ihm veröffentlichte. Nachdem sich der Betroffene entschlossen hatte, vorläufig seine Familie zu verlassen und in ein anderes Bundesland zu ziehen, half der Verein dabei, die hieraus resultierenden sozialen Härten abzufedern. Trotz aller Resignation über die Bedrohung durch Rechtsextreme, war auch dieser Fortgang nicht allein durch Bitterkeit geprägt. Mit großer Freude und Dankbarkeit verfolgte der Betroffene die Nachttanzdemonstration gegen Rassismus, die im Oktober 2011 von der Initiative Cottbus Nazifrei, in Zusammenarbeit mit dem StudentInnenrat der BTU sowie zahlreichen kulturellen Einrichtungen der Stadt, als Zeichen der Solidarität mit den angegriffenen ausländischen Studierenden organisiert wurde. Auch im Fall eines anderen Studenten der BTU wurde die Demonstration, die auch von der Opferperspektive unterstützt wurde, als wichtiges Signal wahrgenommen.

Der chilenische Teilnehmer eines Aufbaustudiengangs war bereits im April 2011 angegriffen und zusammengeschlagen worden. Völlig überrascht und traumatisiert von diesem Vorfall, verschwieg der Betroffene aus Scham den Angriff und erstattete weder Anzeige noch ließ er seine Verletzungen medizinisch behandeln. Erst Wochen später vertraute er sich einem Freund an. Dieser arbeitete in einem Kulturzentrum, mit dem die Opferperspektive kooperiert und der Kontakt zu dem Betroffenen kam zustande. Auch in diesem Fall ging es zunächst darum, in langen Gesprächen einen Verarbeitungsprozess der Situation zu ermöglichen. Der Student entschied sich schließlich, Strafanzeige zu erstatten und psychologische Hilfe in Anspruch zu nehmen. Auch er war zunächst entschlossen, die Stadt Cottbus so schnell wie möglich zu verlassen. Im Laufe des Beratungsprozesses konnte sich der Betroffene schließlich durchringen, sein Studium in Cottbus fortzusetzen, trotz der nach wie vor durch den Angriff ausgelösten präsenten Belastung. Bis heute fühlt er sich infolge des Angriffs unsicher und verlässt vor allem nachts kaum seine Wohnung. Die Opferperspektive unterstützt ihn inzwischen beim Aufbau eines Netzwerks mit anderen ausländischen Studierenden, die gemeinsame Initiativen zur Aufklärung über rechte Gewalt an der BTU planen.



Neben der Beratung von Opfern rechter Gewalt setzte die Opferperspektive auch im Jahr 2011 weitere Projekte um. Dazu zählt die aus den Mitteln der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg und des Vereins finanzierte aufsuchende Beratung für Betroffene rassistischer Diskriminierung. Die Wanderausstellung „Opfer rechter Gewalt seit 1990“ und das Projekt zur Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising seien hier bevorzugt genannt.

### III.6 Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund e.V.

Die Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund e.V. (BSJ) setzt sich für die Mitarbeit und Mitbestimmung junger Menschen in den Sportvereinen und -verbänden ein und unterstützt Initiativen und Sportvereine, die sich für ein faires und tolerantes Miteinander einsetzen. Sie greift die Ziele des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ insbesondere im Rahmen der beiden folgenden Projekte auf.

#### Tore für Demokratie

Seit dem 01. Dezember 2010 setzt die Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e.V. das Projekt „Tore für Demokratie“ um, das im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ vom Bundesministerium des Innern gefördert wird. Das Fördervolumen betrug 2011 insgesamt 186.000,00 EUR. Die Kofinanzierung wurde vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport i.H.v. 43.000 EUR aus Mitteln des Landesjugendplans sichergestellt. Das Hauptanliegen des Projekts ist die Vermittlung und Stärkung demokratischer Handlungskompetenzen durch Straßenfußball, der mit seinem besonderen Regelwerk den Rahmen für Lerninhalte wie Konfliktmanagement, Zivilcourage, interkulturelles Lernen, Fairness und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bietet. Bislang sind neun Modellstandorte für die Umsetzung des Straßenfußballkonzepts in sieben der 14 Landkreise in Brandenburg aufgebaut worden. Durch das Projekt ausgebildete Jugendliche, sogenannte „Teamer“, übernehmen die Koordination vor Ort, veranstalten selbständig Straßenfußballturniere und andere Aktivitäten, organisieren regelmäßige Teamertreffen, d.h. einen gemeinsamen Austausch untereinander und sind darüber hinaus in lokale Initiativen und Netzwerke gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus eingebunden. Ein weiteres Ziel des Projekts sind die Sensibilisierung, Aktivierung und Vernetzung der Sportorganisation zur Positionierung gegen fremdenfeindliches, antidemokratisches Verhalten und Rechtsextremismus. In diesem Zusammenhang wurden nachhaltige Strukturen zur Beratung und Qualifizierung von Multiplikatoren aus den verschiedenen Bereichen des organisierten Sports, wie Vereinsfunktionäre und Übungsleitende, für die Arbeit im Themenfeld u.a. als Konfliktschlichtende oder Beraterinnen und Berater für „Demokratieförderung“ ausgebildet. Diese führen anlassbezogene Beratungen bei Konflikten, unfairm Verhalten oder Problemsituationen mit antidemokratischem oder fremdenfeindlichem Hintergrund durch. Hier arbeitet die Brandenburgische Sportjugend eng mit den jeweils zuständigen Mobilien

Beratungsteams sowie mit den anderen Netzwerk- und Kooperationspartnern in Brandenburg zusammen (siehe Berichtsteil Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung - demos).

### Integration durch Sport

Seit mittlerweile 20 Jahren setzt sich die BSJ mit dem Programm „Integration durch Sport“ für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen Leben und damit auch an sportweltlichen Teilnahme- und Teilhabestrukturen ein. Durch Information, aktive Ansprache, zielgruppenspezifische Angebote und Minderung der Zugangsbarrieren werden Migrantinnen und Migranten zur aktiven Teilnahme, Mitgliedschaft und Mitarbeit in den gestaltenden Strukturen des organisierten Sports ermutigt.

Im Mittelpunkt des Projekts steht die interkulturelle Öffnung der Sportorganisation. Durch verschiedene Qualifizierungsmaßnahmen werden interkulturelle Handlungskompetenzen vermittelt und Sportlerinnen sowie Sportler und Funktionstragende für Fragen kultureller Vielfalt sensibilisiert. Parallel dazu sind die ehrenamtlich organisierten Sportvereine bei der inhaltlichen Planung und organisatorischen Umsetzung ihrer Integrationsarbeit durch die Projektmitarbeitenden unterstützt, beraten und begleitet worden. Mit dem Projekt wird ein wichtiger Beitrag zum Abbau von Vorbehalten und Fremdenfeindlichkeit im Land Brandenburg geleistet.

Über diese beiden Projekte hinaus engagiert sich die BSJ in verschiedenen anderen Zusammenhängen im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“.

### IV Ministerien

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ist ein Leitbild der Landesregierung, für dessen Umsetzung alle Ministerien verantwortlich sind. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ führt die Aktivitäten der Ressorts konzeptionell zusammen.

Zu diesem Zwecke fanden im Jahr 2011 regelmäßige Treffen von Vertreterinnen und Vertretern der Ministerien und der Koordinierungsstelle statt. Dort wurden u.a. gemeinsame Vorhaben miteinander abgestimmt.

Die nächsten Abschnitte sind in Eigenverantwortung der jeweiligen Ministerien erarbeitet worden und stellen deren Beiträge im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ vor.

## IV.1 Integrationsbeauftragte der Landesregierung im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie (MASF)

Bereits im Jahr 2002 verabschiedete die Landesregierung ein Landesintegrationskonzept, das 2005 fortgeschrieben wurde. Folgende Schwerpunktbereiche wurden dabei im Jahr 2011 verfolgt:

1. Verbesserung der Datenlage zur Lebenssituation von Zugewanderten in Brandenburg
2. Förderung und Durchführung von Projekten
3. Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit und Willkommenskultur
4. Arbeit für Chancengleichheit – gegen Diskriminierungen
5. Arbeit des Landesintegrationsbeirats im Plenum und in themenbezogenen Arbeitsgruppen
6. Verbesserung des Zugangs zu beruflicher Bildung und Arbeitsmarkt für Zugewanderte
7. Förderung der Partizipation von Zugewanderten
8. Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen

### Zu 1. Verbesserung der Datenlage durch Integrationsmonitoring

Um die Datenlage zur Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Brandenburg zu verbessern, arbeitet die Integrationsbeauftragte in der länderübergreifenden Arbeitsgruppe zur Erstellung des regelmäßig erscheinenden Integrationsmonitoringberichts der Länder mit.

Sie publizierte regelmäßig Berichte mit den Eckdaten der Integration in Brandenburg. Sie unterstützte und förderte den Aufbau eines Integrationsmonitorings in den Kommunen.

Auf der Website ([www.integrationsbeauftragte.brandenburg.de](http://www.integrationsbeauftragte.brandenburg.de)) findet man unter „Informationen/Themenbereiche“ aktuelle Grunddaten zur Zuwanderungssituation im Land Brandenburg sowie weitere Auswertungen, wie zum Beispiel einen Bericht über Lebenslagen der größten Gruppen der Zugewanderten.

### Zu 2. Förderung und Durchführung von Projekten

Die Integrationsbeauftragte fördert die Arbeit der RAA Brandenburg kontinuierlich. Die RAA Brandenburg beteiligt sich in Kooperation mit dem Büro der Integrationsbeauftragten an der Weiterentwicklung und dem Aufbau eines Antidiskriminierungsnetzwerks in Brandenburg. Die RAA unterstützt Schulen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit durch fortlaufende Angebote in der Fortbildung sowie durch Fachtagungen und Workshops (siehe Berichtsteil zur RAA Brandenburg). Besondere Bedeutung hat sie in diesem Bereich als Landeskoordinatorin der „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“. Die RAA Brandenburg unterstützt die Zielsetzung des Büros der Integrationsbeauftragten, die Chancen hervorzuheben, die Brandenburg durch Zuwanderung hat.

Hier sind mehrere Projekte zu nennen, die diese Zielsetzung fördern.

Die RAA Brandenburg koordinierte das START-Programm der START-Stiftung in Brandenburg zur Förderung besonders erfolgreicher und engagierter Jugendlicher mit Zuwanderungsgeschichte und das Projekt EmPa (Empowerment und Partizipationsförderung von Drittstaatenangehörigen; siehe RAA-Berichtsteil). Im EmPa- Projekt wurden u.a. Standards für die Qualifizierungsarbeit mit Zugewanderten entwickelt, die in der Broschüre „Demokratische Beteiligung und Integration“ (RAA Brandenburg, Interkulturelle Beiträge 43) dokumentiert wurden. Das Projekt wurde mit Teilnehmenden aus allen östlichen Bundesländern durchgeführt.

Um eine Kultur der Anerkennung von Vielfalt in Brandenburg zu etablieren, entwickelte die RAA Brandenburg verstärkt Angebote der interkulturellen Orientierung und des Diversity Managements für Kommunen und soziale Einrichtungen über den engeren Bildungsbereich hinaus und ließ sie in Beratungsprozesse und Fortbildungen einfließen. Dabei wurde der Situation im ländlichen und kleinstädtischen Raum besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Zu weiteren Maßnahmen und Tätigkeitsbereichen der RAA Brandenburg wird auf den Beitrag der RAA im Gesamtbericht verwiesen.

Im Rahmen des XENOS-Projekts „Vorteil Vielfalt – Zukunft für Brandenburg“ (2008-2011) im Büro der Integrationsbeauftragten wurden zwei Hauptziele verfolgt:

- interkulturelle Öffnung von Wirtschaft und öffentlichem Dienst als Arbeitgeber,
- Förderung einer Diversity-Kultur zu Erhöhung der Arbeitsmarktchancen von Zugewanderten.

Der Schwerpunkt des Projekts lag im Jahr 2011 auf der interkulturellen Öffnung der öffentlichen Verwaltungen im Land Brandenburg. In der Stadtverwaltung Frankfurt (Oder) wurden mehrtägige interkulturelle Trainings für Beschäftigte aus den Bereichen Bürgerservice, Ausländerbehörde und Kfz-Zulassungsstelle durchgeführt. Auch in der Ausländerbehörde in Königs Wusterhausen wurden interkulturelle Sensibilisierungsveranstaltungen realisiert. Parallel zu diesen Maßnahmen wurden 60 an der Polizeiwache Schönefeld dienstverrichtende Beamtinnen und Beamte, die künftig auch für den neuen Flughafen Schönefeld zuständig sein werden, mit dreitägigen Seminaren zu Stärkung interkultureller Kompetenz unterstützt.

Im Büro der Integrationsbeauftragten nahm zum 01.10.2011 das „Regionale Netzwerk Integration durch Qualifizierung (Netzwerk IQ Brandenburg)“ seine Arbeit auf. Das Projekt ist ein Teil des bundesweiten Förderprogramms „Integration durch Qualifizierung-IQ“, finanziert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Bundesagentur für Arbeit.

Das regionale Netzwerk Brandenburg soll mit seiner Arbeit die berufliche Integration von Migrantinnen und Migranten verbessern und arbeitete deshalb mit den relevanten Aktiven vor Ort zusammen. Das sind beispielsweise Agenturen für Arbeit, Jobcenter, Kammern oder Migrationsberatungsstellen.

Zu den Hauptaufgaben des Netzwerkes IQ Brandenburg gehören:

- Begleitung des geplanten Anerkennungsgesetzes für Menschen mit im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen durch die Einrichtung von Erstanlaufstellen und Verweisberatung, der Vorbereitung der Beratungsfachkräfte der Regelinstitutionen auf diese Aufgabe sowie die Einbindung der Anerkennungsberatung in die Prozesskette regionaler Unterstützungsleistungen,
- Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Fachkräfte in den Regelinstitutionen, insbesondere Agenturen für Arbeit, Jobcentern und Kammern durch Qualifizierung, Beratung und Supervision, um einen besseren Zugang zu Arbeitsmarktinstrumenten für Migrantinnen und Migranten zu sichern,
- Verzahnung der Unterstützungsleistungen und der Ausbau der erforderlichen Kooperationsstrukturen.

Weitere Informationen sind über das bundesweite Netzwerk IQ: [www.netzwerk-iq.de](http://www.netzwerk-iq.de) zu erhalten.

Die Integrationsbeauftragte fördert die gesellschaftlichen Integration von Migrantinnen und Migranten durch Projektmaßnahmen. Sie unterstützt kommunale und regionale Netzwerke für Integration und von Akteuren der Integrationsarbeit. Sie setzt sich kontinuierlich für die Weiterentwicklung von Modellen und Ansätzen zur Förderung der Integration im Bereich von Kitas, Schulen und Jugend(sozial)-Arbeit ein und fördert Projekte in diesem Bereich. Die jährliche Landesintegrationskonferenz des Trägers „Integration und soziale Arbeit – ISA e.V.“, Projekt FaZIT und der Friedrich-Ebert-Stiftung, in Kooperation mit der Integrationsbeauftragten des Landes, trägt ebenfalls zur Information, Qualifizierung und Vernetzung aller Akteure der Integrationsarbeit bei. Über den Träger ISA e.V. fördert und unterstützt die Integrationsbeauftragte trägerübergreifende Fortbildungsangebote für Migrationsberaterinnen und –berater

Auch der Bereich Integration durch Sport spielt eine besondere Rolle und wird von der Integrationsbeauftragten gefördert. Durch die gemeinsamen sportlichen Aktivitäten können Vorurteile abgebaut und Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verringert werden. Das Projekt Integration durch Sport der „Brandenburgischen Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e.V.“ wurde im Jahr 2011 weiter aus Landesmitteln und Bundesmitteln gefördert. Die Integration von Zugewanderten, insbesondere Kindern und Jugendlichen, durch den örtlich organisierten Sport in die Gesellschaft ist nachweislich sehr erfolgreich und wird kontinuierlich weiter unterstützt. Weitere Details zum Engagement des organisierten Sports im Land Brandenburg siehe Berichtsteil der Brandenburgischen Sportjugend.

### Zu 3. Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit und Willkommenskultur

Ein wichtiger Bestandteil der Integrationsbemühungen ist die Vermittlung von Kenntnissen über die Hintergründe von Migration im Land Brandenburg. Vorbehalte gegenüber Zugewanderten sind oft

mangelndem Wissen geschuldet. Auch die Beschreibung der Menschen nicht deutscher Herkunft als Problemgruppe kann ablehnende und fremdenfeindliche Einstellungen aufbauen. Eine kontinuierliche Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit über Zuwanderung im Land Brandenburg und ein ressourcenorientierter Integrationsdiskurs sollen hier einen wichtigen Beitrag zum Abbau von Vorurteilen und Ängsten gegenüber Migrantinnen und Migranten leisten. Zu dieser Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit gehören neben regelmäßigen Tagungen, Vorträgen und Veranstaltungen auch die Gestaltung der Website der Integrationsbeauftragten in sechs Sprachen und die Veröffentlichung von Broschüren und Informationsmaterialien.

So gab die RAA Brandenburg mit Förderung der Integrationsbeauftragten einen Wegweiser für Neuzugewanderte heraus - das „Brandenburg abc“, in dem alle wichtigsten Erstinformationen zusammengefasst sind. Zur Öffentlichkeitsarbeit gehört auch die Förderung von und Kooperation mit Veranstaltungen von Migrantenorganisationen.

Der Themenbereich **Interreligiöser Dialog** nimmt einen besonderen Schwerpunkt in der Öffentlichkeitsarbeit ein. Gerade in Brandenburg ist oft nur geringes Wissen über die Weltreligionen vorhanden.

Die Integrationsbeauftragte initiierte und unterstützte deshalb die verschiedensten Maßnahmen und Veranstaltungen zur Förderung des Interreligiösen Dialogs. Die Integrationsbeauftragte förderte u.a. regelmäßig Informationsveranstaltungen über die verschiedenen Religionen. Seit 2010 erschien jährlich der Interreligiöse Kalender Brandenburgs, herausgegeben von BeDiTo e.V., gefördert von der Integrationsbeauftragten. Das MBSJS organisierte 2011 eine Verteilung des Kalenders an brandenburgische Schulen.

Die Landesintegrationskonferenz 2011 widmete sich ebenfalls dem Thema der Rolle der Religion im Integrationsprozess.

Im Land Brandenburg engagieren sich viele Personen, Gruppen und Organisationen für die Integration zugewanderter Menschen. Um diesen wichtigen Beitrag für Vielfalt, Toleranz und Chancengleichheit auszuzeichnen, wird seit dem Jahr 2008 der **Brandenburger Integrationspreis** verliehen. Der Preis ist mit 5.000 € dotiert. Die Preisverleihung im Jahr 2011 fand innerhalb des Brückenfestes in Ludwigsfelde am 10.09.2011 statt. Den ersten Preis erhielt der „Helferkreis Demenz“ aus Eisenhüttenstadt. Die ehrenamtlichen und meist russisch sprechenden Helferinnen und Helfer entlasten Angehörige durch die Betreuung von an Demenz erkrankten Menschen. Der zweite Preis ging an den Cottbuser Flüchtlingsverein e.V., der Zugewanderte bei der Wahrnehmung ihrer Interessen unterstützt. Die drittplatzierte Frau Nadezda Kempf kam vor zehn Jahren aus Russland nach Lauchhammer und engagiert sich ehrenamtlich im Mehrgenerationenhaus. Eine Ehrenurkunde erhielt Herr Kees Berkouwer aus Bad Belzig, der sich seit über 13 Jahren in der Flüchtlingsarbeit engagiert.

Der Preis **„Band für Mut und Verständigung“** wird vom Berlin-Brandenburgischen „Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“ jährlich an besonders herausragend aktive Institutionen und Einzelpersonen verliehen, um besonders couragiertes Handeln zu würdigen. Die

Preisverleihung findet jährlich abwechselnd in Berlin und im Land Brandenburg – hier durch den Ministerpräsidenten – statt. Im Jahr 2011 wurden als Brandenburger Preisträger bzw. Preisträgerin Frau Ursula Nikitenko aus Bernau und das Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“ ausgezeichnet.

Ein zentrales Einbürgerungsfest wird im Land Brandenburg seit 2007 veranstaltet, um ein Zeichen des Willkommens an alle Neubürgerinnen und Neubürger zu senden.

Das Fest fand am 26.06.2011 im Hans-Otto-Theater in Potsdam statt und wurde vom Landtag, von dem Innenministerium, dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie und der Integrationsbeauftragten ausgerichtet. Im Jahr 2011 wurden 788 Menschen eingebürgert.

#### Zu 4. Arbeit für Chancengleichheit – gegen Diskriminierungen

Die Arbeit gegen Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Herkunft, rassistischer Zuschreibungen oder Religion stellt einen Schwerpunkt im Aufgabenfeld der Integrationsbeauftragten des Landes dar. Die Landesstelle für Chancengleichheit – Brandenburg im Büro der Integrationsbeauftragten ist aus der seit 1999 arbeitenden Antidiskriminierungsstelle Brandenburg hervorgegangen. Während sie in den ersten Jahren sowohl als Anlaufstelle für von Diskriminierung Betroffene als auch in der präventiven Arbeit tätig war, verschob sich der Schwerpunkt darauf, als Aufklärungseinrichtung für eine umfassende Antidiskriminierungspolitik zu wirken, auch wenn Prävention und Intervention immer noch zu den Aufgaben gehören. Die Umbenennung im Sommer 2010 in „Landesstelle für Chancengleichheit – Brandenburg“ war die Konsequenz aus der stärkeren Fokussierung auf die Dekonstruktion von diskriminierenden Strukturen und dem Werben um gemeinsame Anstrengungen.

Am 26.09.2011 unterzeichneten Ministerpräsident Matthias Platzeck und die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), Christine Lüders, in Potsdam eine Absichtserklärung im Rahmen der „Koalition gegen Diskriminierung“. Ziel der Vereinbarung ist es, gemeinsame Anstrengungen gegen Diskriminierung zu organisieren, lokale Anlauf- und Beratungsstellen zu unterstützen und Diskriminierungsschutz in allen Bereichen politisch zu verankern. Brandenburg ist nach Berlin und Hamburg das dritte Bundesland, das der „Koalition gegen Diskriminierung“ beiträgt. Die Koalition ist Teil der „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“ der ADS, die Anfang 2011 startete.

Die Landesstelle für Chancengleichheit – Brandenburg wirkte 2011 intensiv als Projektpartner im PROGRESS-Projekt „Chancen gleich (heit) prüfen. Diversity Mainstreaming für Verwaltungen“ mit. Das Projekt wurde von November 2010 bis Dezember 2011 in Trägerschaft der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) durchgeführt. Hauptziele des Projekts waren 1. Länder und Kommunen für die Notwendigkeit und Anforderungen bei der Umsetzung von Diskriminierungsschutz in ihrem Verantwortungsbereich zu sensibilisieren und 2. sie bei der Umsetzung von Mainstreaming-Instrumenten zur Herstellung von Chancengleichheit zu unterstützen.

Umgesetzt wurde dies durch folgende zentrale Elemente:

- Eine Bestandsanalyse der bestehenden Ansätze und Maßnahmen zur Herstellung von Chancengleichheit sowie der Einschätzungen von Schlüsselpersonen in der brandenburgischen Landesverwaltung zur Entwicklung einer Gesamtstrategie. Umgesetzt wurde diese über eine Analyse der in der Landesverwaltung existenten Materialien mit Bezug auf Chancengleichheit, 14 leitfadengestützte Interviews und zwei Fokusgruppen.
- Ein bundesweiter Workshop für Verwaltungskräfte aus Kommunal- und Landesverwaltungen unter Federführung der Landesstelle. Hier wurden erste Ansätze und Beispiele für eine Querschnittverankerung der Herstellung von Chancengleichheit (bzgl. mehrerer AGG-Merkmale) diskutiert.
- Eine Recherche zu Qualitätskriterien der Anwendung von Maßnahmen zur Chancengleichheit in Verwaltung.
- Eine Recherche zu Good Practice Modellen in der EU bezüglich Equality Mainstreaming.

Innerhalb der Brandenburgischen Landesverwaltung brachte die Bestandsanalyse das Ergebnis, dass eine stärkere Vernetzung von Zuständigkeiten für einzelne benachteiligte Gruppen und eine Entwicklung hin zu einer Gesamtstrategie grundsätzlich vorstellbar sind. Es existieren gemeinsame, der Arbeit der für verschiedene Merkmale zuständigen Stellen zugrunde liegenden Fragen nach Anerkennung von Verschiedenheit und Gleichberechtigung, auf die in Kooperation adäquatere und effizientere Antworten gefunden werden können.

In der Umsetzung gibt es nach Einschätzung der Befragten aber folgende Aspekte zu beachten:

Eine Gesamtstrategie kann nur entwickelt werden, wenn die Leitungsebene sich des Themas als politisch bedeutsam annimmt und die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung stellt. Gleichzeitig muss die Arbeitsebene für das Thema gewonnen werden, um zu gewährleisten, dass Verständnis und Engagement in der Umsetzung für die Thematik vorhanden sind. Die unterschiedliche Institutionalisierung und die spezifischen Fragestellungen der Zuständigkeitsbereiche für verschiedene Merkmale in der Landesverwaltung müssen in Betracht gezogen werden. Bestimmte Begrifflichkeiten, wie z.B. „Diversity Mainstreaming“ (und die dahinter liegenden Konzepte) sind häufig nicht bekannt und können Abwehrreaktionen hervorrufen. Es bedarf eines Informations- und Umsetzungsansatzes, der verdeutlicht, dass merkmalübergreifende Chancengleichheit die alltägliche Arbeit konkret in den jeweiligen Arbeitsbereichen unterstützen kann.

Als zentrales Ergebnis des Projekts werden ein Projektbericht sowie eine Handreichung für am Thema interessierte Verwaltungen von Seiten der ADS erstellt.

Nachdem zur Bereitstellung von Beratungsangeboten bei Diskriminierung - auch um die Inanspruchnahme des AGG sicherzustellen – seit Ende 2009 die Zusammenarbeit mit zwei Trägern besteht, wurde das Netzwerk ausgebaut. Als „Fachzirkel Antidiskriminierung“ bestand für bestehende, aus MASF-Mitteln (teil-)finanzierte Anlaufstellen die Möglichkeit zum fachlichen Austausch, zur Klärung



von Rollen in der Kooperation, zur Definition von Qualitätsstandards sowie Identifizierung von Fortbildungsbedarf. Vertreten sind Organisationen mit Beratungsangeboten für Betroffene von rassistischer Diskriminierung und Diskriminierung wegen der Religion oder sexuellen Identität. Das Netzwerk wurde konzeptionell und bei der Antragstellung von Drittmitteln beraten, um mit weiteren NGOs zu kooperieren.

Auf Anregung des Landesintegrationsbeirats tagt seit Januar 2011 eine Arbeitsgruppe zur Klärung des Umgangs mit dem Begriff „Rasse“ in Brandenburger Gesetzestexten. In der AG sind sowohl zivilgesellschaftliche Organisationen, als auch alle Ressorts vertreten, in deren Zuständigkeit Gesetze liegen, die Formulierungen wie „Rasse“ oder „rassisch“ enthalten. Um auf einen fachlichen Stand zu kommen, wurde ein interner Text zum Problemaufriss erstellt, der Argumente für die Beibehaltung und für die Veränderung des Begriffs aufführt. Es wurden sowohl eine Länderabfrage zum Umgang mit dem Thema durchgeführt, wie auch eine Abfrage in den Fachreferaten der betroffenen Ressorts, wie der Handlungsbedarf bewertet wird. Zur Überprüfung, ob sich ein Handlungsbedarf auch aus dem EU-Recht ergibt, wurde das MWE gebeten, einen Abgleich mit zu erwartenden Entwicklungen vorzunehmen. In der ersten Jahreshälfte 2012 soll ein Zwischenbericht erstellt und Empfehlungen zum weiteren Vorgehen zusammengestellt werden.

Im November 2011 fanden in Kooperation mit dem Büro der Integrationsbeauftragten zwei Workshops zum Thema: „Chancengleichheit und Teilhabe – ohne Ausgrenzung selbstbestimmt älter werden“ in Seelow (Landkreis Märkisch-Oderland) und Brandenburg/Havel statt. Adressaten der Veranstaltung waren Seniorinnen und Senioren mit und ohne Migrationshintergrund, die sich bei den interaktiv ausgerichteten Veranstaltungen zu Themen wie Diskriminierung, Pflege und Gesundheit und Beteiligung im Alter informierten, austauschten und Problemlagen sowie Wünsche formulierten. Für die Jahre 2012 und 2013 sind insgesamt vier weitere Veranstaltungen an wechselnden Orten im Land Brandenburg geplant. Die Workshops sind Teil des Seniorenpolitischen Maßnahmenpaketes.

#### Zu 5. Arbeit des Landesintegrationsbeirats

Der Landesintegrationsbeirat besteht seit März 2002 und ist ein beratendes Gremium der Landesregierung, der die an der Integration beteiligten Akteure auf Landesebene vernetzt und koordinierend tätig ist.

Im Jahr 2011 fanden insgesamt zwei Sitzungen statt. Auf Anregung des Landesintegrationsbeirats entstand eine Arbeitsgruppe zur Problematik des Begriffes „Rasse“ in Brandenburger Gesetzestexten. Folgende Arbeitsgruppen hat der Landesintegrationsbeirat aktuell eingesetzt:

- AG 1 Integrationsmonitoring
- AG 2 Bildungsbiografien von Zugewanderten
- AG 3 Rolle der Religionen im Integrationsprozess
- AG 4 Verbesserung der Situation der Flüchtlinge

- AG 5 Frauenspezifische Belange der Integrationspolitik
- AG 6 zur Thematik der Interkulturellen Öffnung

#### Zu 6. Verbesserung des Zugangs zu beruflicher Bildung und Arbeitsmarkt für Zugewanderte, Förderung von Integration in Arbeit und Erwerbsleben

Für eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft ist eine Integration in Arbeit und Erwerbstätigkeit von besonderer Bedeutung. Gerade in Brandenburg verfügen viele Zugewanderte über hohe berufliche Abschlüsse aus dem Ausland. Die Integrationsbeauftragte setzt sich deswegen intensiv für eine Verbesserung der Anerkennungsverfahren für ausländische Bildungsabschlüsse ein, initiiert Anpassungsqualifizierungen und fördert das selbständige Unternehmertum von Migrantinnen und Migranten.

Auf dem brandenburgischen Arbeitsmarkt werden aufgrund des zunehmenden Fachkräftemangels immer mehr Fachkräfte auch im sozialen und pädagogischen Bereich gesucht. Insbesondere auch die soziale Arbeit mit Schwerpunkt Migration zeigt einen hohen Fachkräftebedarf auf. Die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg initiierte in einem Modellprojekt eine maßgeschneiderte Weiterbildung für zugewanderte geisteswissenschaftliche Akademiker/-innen mit dem Weiterbildungsziel: Fachkraft für Sozialarbeit. In Kooperation mit der Otto-Benecke-Stiftung und der Fachhochschule Potsdam wird diese Maßnahme durchgeführt. Die Maßnahme zur Qualifizierung zugewanderter Geisteswissenschaftler/-innen und Lehrer/-innen zur Fachkraft für Sozialarbeit wird durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie gefördert.

Im November 2010 begann für Krankenpflegekräfte mit ausländischen Berufsabschlüssen eine Anpassungsqualifizierungsmaßnahme mit dem Berufsziel Gesundheits- und Krankenpflegekraft, die im September 2011 erfolgreich beendet wurde. Das Europäische Bildungswerk für Beruf und Gesellschaft gGmbH (EBG), als Träger der Maßnahme, arbeitete eng mit dem Klinikum Ernst-von-Bergmann und seiner Schule für Gesundheitsberufe zusammen.

In Brandenburg haben viele Zugewanderte qualifizierte, im Ausland erworbene Bildungsabschlüsse; z.B. verfügen 75 % der jüdischen Kontingentflüchtlinge über einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss, über die Hälfte der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler besitzt Fachschul- oder Technikumsabschlüsse. Sie sind also ausgebildete Fachkräfte, die dem Land Brandenburg zur Verfügung stehen sollten.

Der Wegweiser zur Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse soll die Integration in den qualifizierten Arbeitsmarkt verbessern. Die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse wurde durch das zum 1. April 2012 in Kraft getretene Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen für bundesrechtlich geregelte Berufe wesentlich erleichtert. Anerkennungssuchende erwerben danach unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit einen Anspruch, dass ihre Abschlüsse innerhalb einer gesetzten Frist (in der Regel

drei Monate) auf Gleichwertigkeit mit dem deutschen Referenzberuf überprüft werden. Regelmäßig soll bei festgestellten Unterschieden festgelegt werden, welche Anpassungsmaßnahmen ergriffen werden müssen, um zu einer Berufszulassung zu kommen. Für Berufe, die landesrechtlich geregelt sind (z.B. Lehrkräfte, Ingenieurinnen und Ingenieure), sollen zeitnah dem Bundesgesetz entsprechende Gesetzesänderungen folgen. Der Förderung der Umsetzung der neuen Gesetzeslage dient auch das bereits vorgestellte Projekt Netzwerk IQ Brandenburg.

**Förderung der Aus- und Weiterbildung (Abteilung Arbeit des MASF):** Interkulturelle Kompetenzen, Demokratiebildung und Toleranz sind im Bereich der Ausbildung von zentraler Bedeutung. Diese Kompetenzen sind ein Gewinn für den Arbeitsmarkt und den sozialen Zusammenhalt, denn sie bringen Flexibilität, Anpassungsfähigkeit, Zufriedenheit und Motivation. Aus diesem Grund wurde dieser Aspekt in die am 1. September 2011 in Kraft getretene neue Richtlinie „Förderung von qualifizierter Ausbildung im Verbundsystem“ aufgenommen. Gefördert wird im Rahmen von Zusatzqualifikationen die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen, insbesondere zu den Schwerpunkten Interkulturalität und Toleranz mit 10 Euro pro Auszubildenden und Stunde (max. 30 Stunden) für die gesamte Ausbildungszeit.

#### Zu 7. Förderung der Partizipation von Zugewanderten

Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit der Integrationsbeauftragten ist die Förderung der Partizipation von Migrantinnen und Migranten. Migrantinnen und Migranten engagieren sich in Vereinen, in Ausländerbeiräten, in Migrantinnen- und Migranteninitiativen, üben Solidarität und bearbeiten soziale Probleme. Sie bauen Brücken zwischen den Migranten und den Institutionen der Aufnahmegesellschaft.

- Durch regelmäßige Migrantentreffen wird die Vernetzung der Migrantenorganisationen gestärkt und die Partizipation gefördert.
- Der in 2009 gegründete Dachverband von Migrantenorganisationen „Migrations- und Integrationsrat Land Brandenburg e.V. (MIR)“ unterstützt die Brandenburger Migrantenorganisationen durch Vernetzung und Qualifizierung und vertritt die Interessen der Migrantinnen und Migranten auf Landesebene. Die Integrationsbeauftragte kooperiert eng mit dem Verein und fördert seine Arbeit.
- Durch die Förderung von Mikroprojekten und anlassbezogene Förderung besonderer Aktionen wird die Arbeit gerade der kleineren Migrantenorganisationen gestärkt. Sie können sich dadurch besser ihrem fast ausschließlich ehrenamtlichen Engagement in den Kommunen widmen. Dabei bezieht sich die Arbeit der Vereine auf den Bereich der Kultur, der Bildung, des Sports genauso wie auch auf die zivilgesellschaftliche Selbstvertretung von Migrantinnen und Migranten.
- Unter der Trägerschaft der RAA und in Kooperation mit der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg setzte das im Oktober 2008 begonnene Projekt Empowerment und Partizipationsförderung für Drittstaatenangehörige in den neuen Bundesländern (EmPa) auch im Jahr 2011 seine Arbeit fort. Es setzt an der Förderung der sozialen, kulturellen und politischen Partizipation von Drittstaatenangehörigen in den neuen Bundesländern an. Dieses

Ziel soll u.a. durch Qualifikations- und Empowermentmaßnahmen für Migrantenselbstorganisationen sowie durch Schulungen zu bestimmten Themengebieten erreicht werden. Weiterhin werden ebenfalls eine Qualifizierung und Sensibilisierung von Aktiven der Integrationsarbeit und der Aufnahmegesellschaft erreicht. Ein weiteres wichtiges Ziel ist, dass die Vernetzung und der Austausch zwischen verschiedenen Organisationen gefördert werden sollen. Das Projekt wird aus Mitteln des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg gefördert. Die Integrationsbeauftragte arbeitet eng mit dem Projekt zusammen und fördert seine Arbeit. In 2011 stand dabei ein Empowerment Training für junge Erwachsene mit Migrationshintergrund im Vordergrund.

#### Zu 8. Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen

Im Kontext der Förderung eines „Toleranten Brandenburgs“ ist die Verbesserung der Situation der Flüchtlinge von großer Bedeutung. Die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg bemühte sich durch verschiedene Maßnahmen und in Kooperation mit verschiedenen Akteuren, in der Flüchtlingsarbeit die Situation der Flüchtlinge zu verbessern. Sie beriet, begleitete und unterstützte 2011 freie Träger und Initiativen und förderte Projekte und Maßnahmen in der Flüchtlingsarbeit. In besonderen schwierigen Fällen erhielten Flüchtlinge Beratung und Unterstützung im Büro der Integrationsbeauftragten. Die Integrationsbeauftragte ist Mitglied der Härtefallkommission Brandenburg und bringt regelmäßig Fälle ein.

Folgende Maßnahmen wurden durch die Integrationsbeauftragte in der Flüchtlingsarbeit unterstützt und gefördert:

- Trägerübergreifende Fortbildungsangebote für Migrationsberaterinnen und -berater durch den Fachberatungsdienst für Zuwanderung, Integration und Toleranz (FaZIT):
- Die Fortbildungsangebote dienen der Optimierung der Arbeit der Betreuungs- und Beratungsstellen.
- Die von der Integrationsbeauftragten unterstützte Mobile überregionale Fachberatungs- und Servicestelle zur Verbesserung der psychosozialen Situation von Flüchtlingen und zur Förderung des Chancengleichen Zugangs zu medizinischer Versorgung (MOFA) beim Träger.
- „Integration und soziale Arbeit e.V.“ leistet einen landesweiten Beitrag zur Verbesserung der Zugänge zu medizinischer Versorgung von Flüchtlingen durch regelmäßige aufsuchende Beratungen in den Gemeinschaftsunterkünften. Auch muttersprachliche Informationsveranstaltungen zu Fragen der Vorsorge und den Leistungen des Gesundheitswesens wurden in den Gemeinschaftsunterkünften für Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinschaftsunterkünfte durchgeführt.

- Unterstützung der Sprachmittlerinnen und Sprachmittler:  
Für Flüchtlinge stellt die Sprachbarriere ein Hindernis beim Zugang zu medizinischer Versorgung dar. Die Integrationsbeauftragte unterstützt einen Dolmetscherpool in mehr als 30 Sprachen. Ziel des Dolmetscherpools unter Trägerschaft von FaZIT ist es, Migrantinnen und Migranten, darunter auch Flüchtlinge, mit Sprachschwierigkeiten den Zugang zur gesundheitlichen Betreuung zu erleichtern und das Fachpersonal des Gesundheitswesens bei ihrer Beratung zu unterstützen.
- Errichtung einer ambulante Diagnose- und Behandlungsstelle für traumatisierte, psychisch kranke Flüchtlinge in Fürstenwalde:  
Um die psychosoziale Versorgung von Flüchtlingen zu verbessern, wurde im Jahr 2009 eine ambulante Behandlungsstelle für traumatisierte und kranke Flüchtlinge unter der Trägerschaft des Zentrums für Flüchtlingshilfen und Migrationsdienste in Fürstenwalde eingerichtet. Die Angebote dieser Fachstelle richten sich an traumatisierte und psychisch erkrankte Flüchtlinge im Land Brandenburg. Ziel der Behandlungsstelle ist es, neben Diagnostik und Vermittlung von Behandlungsmöglichkeiten für traumatisierte Flüchtlinge die fachliche Entwicklung und Vernetzung der Regelversorgung im Bereich der psychosozialen Versorgung von Flüchtlingen zu fördern. Das Projekt wird aus Mitteln des europäischen Flüchtlingsfonds und des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie gefördert.
- Bestandsaufnahme unbegleitete minderjährige 16- und 17-jährige Flüchtlinge:  
In Absprache und Kooperation mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport hat die Integrationsbeauftragte Gespräche mit den beteiligten Akteuren (u.a. Jugendämter, Erstaufnahmeeinrichtung, aufnehmende Gemeinschaftsunterkünfte) geführt und ausgehend davon eine Bestandsaufnahme zum Umgang mit unbegleiteten minderjährigen 16- und 17-jährigen Flüchtlingen im Land Brandenburg erstellt. Anhand der vorgefundenen Herausforderungen und Missstände wurden Handlungsempfehlungen (allen voran Clearingverfahren für alle unbegleiteten minderjährigen 16- und 17-jährigen Flüchtlinge) erarbeitet, die Grundlage für die derzeit stattfindenden Gespräche der Integrationsbeauftragten mit den zuständigen Ministerien für Bildung, Jugend und Sport, des Innern und für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie zur Verbesserung der Situation der unbegleiteten minderjährigen 16- und 17-jährigen Flüchtlinge im Land Brandenburg sind.
- Zugang zur deutschen Sprache:  
Asylbewerberinnen und -bewerber sowie Geduldete haben in der Regel keinen Anspruch auf einen Integrationskurs. Der Zugang zur deutschen Sprache ist jedoch von hoher Bedeutung für Integrationschancen und das alltägliche Leben. Auf Initiative der Integrationsbeauftragten förderte das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie deswegen niederschwellige Sprachkursangebote für Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften.

## IV.2 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

### Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit

Die nationale und internationale Jugendbildung und Jugendbegegnung trägt zum Abbau sozialer und kultureller Benachteiligung bei. Sie fördert die Chancengleichheit für junge Menschen mit besonderem Förderbedarf und die Integration von Minderheiten. Sie stärkt das soziale, ökologische und politische gesellschaftliche Engagement und fördert das Bewusstsein für die Mitverantwortung junger Menschen für die Entwicklung der Demokratie sowie für die Sicherung und demokratische Ausgestaltung des Friedens, der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit. Sie dient der Persönlichkeitsfindung und -entwicklung bei jungen Menschen. Sie umfasst bewusst angelegte und strukturierte Angebote und Prozesse nicht-formeller Bildung und hilft jungen Menschen bei der Herausbildung sozialer und personaler Kompetenzen für die Bewältigung von Selbstbildungsprozessen und eines selbstbestimmten Lebens.

Jährlich nehmen mehrere tausend Jugendliche an Projekten der nationalen und internationalen Jugendbildung und Jugendbegegnung in Brandenburg teil. Diese Maßnahmen werden von Trägern der freien Jugendhilfe wie Vereinen, Initiativen oder den Jugendverbänden angeboten, sind an den Interessen und Bedarfslagen der Jugendlichen ausgerichtet und werden von diesen inhaltlich mitbestimmt.

Insbesondere in den Jugendverbänden wird durch das Charakteristikum der Selbstorganisation und Eigeninitiative durch die jugendlichen Verbandsmitglieder demokratische Willensbildung, gewaltfreie Konfliktlösung und Beteiligung und Partizipation vermittelt, ausprobiert und eingeübt.

Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport fördert in Kooperation mit der Stiftung Demokratische Jugend die Jugendprogramme "Zeitensprünge" und "Brandenburg - das bist Du uns wert!", die sich insbesondere mit der Geschichte im eigenen Dorf, der Heimatverbundenheit und -identität sowie mit den Werten, die den solidarischen und toleranten Zusammenhalt der Gesellschaft bewirken, auseinandersetzen.

### Jugendbeteiligung

Die Verwirklichung der im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ beschriebenen Zielsetzung einer starken und lebendigen Demokratie wird durch vielfältige Aktivitäten zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen unterstützt.

Die vorhandenen rechtlichen Bedingungen im Schulgesetz, im Regelwerk der Jugendhilfe und in der Kommunalverfassung eröffnen der Praxis vielfältige Möglichkeiten der Beteiligung, wenn sie denn ernsthaft genutzt und in einer Kultur der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gelebt werden. Die Beteiligungsmöglichkeiten sollten möglichst konkret, situationsbezogen und (auch methodisch) vielfältig sein. Jugendbeteiligung wird durch Informationen und Kenntnisse über vorhandene

Partizipationsmöglichkeiten gefördert und unterstützt. Jugendbeteiligung braucht beständige und zuverlässige Partner, Strukturen und Ressourcen.

Für die Jugendlichen bedeuten Beteiligungsmöglichkeiten im Clubrat oder in einem Projekt zur Gestaltung eines Spielplatzes, sich in ihre eigenen Verhältnisse „einzumischen“, ihren eigenen Erfahrungsraum mit zu gestalten. Solche positiven Erfahrungen steigern auch die Motivation, sich stärker positiv in das Gemeinwesen einzubringen. Ein gutes Beispiel sind hier auch die Jugendverbände, denn in ihnen greifen Jugendliche ihre eigenen Interessen auf und übernehmen als Gruppenleiter schon früh Verantwortung. Die Bildungsfunktion der Verbände kann auch als organisierte Aneignung von Erfahrungen beschrieben werden, die im späteren Lebenslauf noch an vielen anderen Stellen eine hohe Bedeutung haben.

Einen Überblick über Jugendparlamente, Projekte und Ansätze der Jugendbeteiligung in Brandenburg ermöglicht die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 12 „Kinder- und Jugendbeteiligung als aktiver Beitrag zur Gestaltung des Landes Brandenburg“ (Drucksache 5/3499, Juli 2011). Die Antwort zeigt, dass eine Reihe von Kommunen entsprechende Projekte unterstützt und Initiativen entwickelt. Eine wachsende Zahl an Kommunen geht das Thema der Jugendbeteiligung systematisch an. Vom Land werden diese Aktivitäten mit einer Reihe von Projekten und Angeboten unterstützt, wie zum Beispiel durch die Förderung der Landesstelle für demokratische Jugendbeteiligung (Träger: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Brandenburg).

Beispielhafte Prozesse der Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene bis hin zu Lernprozessen demokratischer Teilhabe wurden durch das Land mit PMO-Mitteln im Programm „Schaffung von Spielplätzen und Bewegungsräumen mit Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ (2009 – 2011, Fördervolumen 2.2 Mio. €) unterstützt. Dabei haben Kinder und Jugendliche Ideen entwickelt, mit Verwaltung und Planern auf Umsetzbarkeit abgeklopft und die gefundenen Lösungen z.B. in Ausschüssen präsentiert. Dabei mussten auch Konflikte gelöst und Kompromisse gefunden werden.

Ein Beispiel dafür ist der Bau einer BMX- und Skateranlage am Rohrteich in Jüterbog. Nachdem Jugendliche die Idee eines Skaterparks formuliert und erste Umsetzungsideen entwickelt hatten, erhielt die Stadt Jüterbog 2009 einen Förderbescheid vom MBS. Die vom Jugendkoordinator Stadt unterstützte Gruppe von Jugendlichen musste auch anschließend noch viele Hürden überwinden, denn eine Bürgerinitiative sammelte mehr als 1000 Unterschriften gegen den Skatepark, scheiterte aber mit ihrem Bürgerbegehren. Die Jugendlichen präsentierten ihre Ideen in den kommunalen Gremien und erhielten Unterstützung aus Kommunalpolitik und -verwaltung.

Die Anzahl der im Ministerium bis Ende Oktober 2009 (Antragsschluss im Teilprogramm „Bewegungsräume“) eingegangenen Anträge sind ein Beleg für das große Interesse der Kommunen an einer Förderung. Für das Programm „Spielplatzsanierung“ standen Mittel in Höhe von 3 Mio. €, für das Programm „Bewegungsräume“ 2.2 Mio. € zur Verfügung. Im Rahmen beider Programme sind insgesamt knapp 870 Anträge mit einem Antragsvolumen von knapp 30 Mio. Euro eingegangen. Mit 228 Bescheiden konnten Förderungen bewilligt werden.

## Bündnis für Werte in der Erziehung

Seit dem Jahr 2006 gibt es das „Bündnis für Werte in der Erziehung“. Das Bündnis hat sein Selbstverständnis im Juli 2007 in den „Gemeinsamen Grundsätzen“ formuliert. In diesen wird auch die Frage gestellt, welche Werte die Grundlage unseres Zusammenlebens sind. Dazu heißt es:

„Wir sind uns darüber einig, dass es grundlegende Wertorientierungen gibt, die alle in dieser Gesellschaft lebenden Menschen teilen sollen, und wir wollen diese zum Schwerpunkt der Erziehung in der Familie, in der Schule und im außerschulischen pädagogischen Kontext machen. Dazu gehören vor allem die Achtung und Wahrung von Menschenwürde und Menschenrechten, von Toleranz und Friedfertigkeit, (...)“

Zudem wird eine deutliche Abgrenzung markiert: „Wertorientierungen, die gegen die Grundrechte gerichtet sind, verlassen den Rahmen des zulässigen Wertpluralismus, weil sie die Grundlagen des Gemeinwesens zerstören. Damit ist die Grenze der gesellschaftlich möglichen Toleranz definiert.“

Das zentrale Thema der Diskussion im „Bündnis für Werte in der Erziehung“ war in den vergangenen Jahren, ob und inwieweit Werte „vermittelt“ werden können. Hierzu hat es insbesondere in den Jahren 2010 und 2011 klärende Beiträge gegeben, die im Rahmen einer Bündnissitzung am 25.08.2011 vorgestellt und diskutiert worden sind:

- Analyse und Reflexion des Programms „Brandenburg, das bist du uns wert!“ (Prof. Dr. Richard Münchmeier mit Fabian Brauns und Charlotte Wenkel, Projektträger Stiftung Demokratische Jugend)
- Buch „Wertebildung in Jugendarbeit, Schule und Kommune – Bilanz und Perspektiven“ (Hrsg. Prof. Dr. Wilfried Schubarth/Universität Potsdam, Karsten Speck, Heinz Lynen von Berg; VS-Verlag für Sozialwissenschaften 2010)
- Buch „Aufschwung Ost? Lebenssituation und Wertorientierungen ostdeutscher Jugendlicher“ (Hrsg. Prof. Dr. Dietmar Sturzbecher, Andrea Kleeberg-Niepage, Lars Hoffmann, Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e.V. an der Universität Potsdam; VS-Verlag für Sozialwissenschaften 2011)

Die Erkenntnis aus dem Diskurs der letzten Jahre ist, dass Werte nicht „vermittelt“ werden können wie Fachwissen: Nach Prof. Schubarth geht es vielmehr um die „Wertebildung“, um „Wertekommunikation“ in der Diktion von Prof. Münchmeier.

## Jugendarbeit im Sport

Die vom MBSJ mit der Brandenburgischen Sportjugend (BSJ) im Landessportbund Brandenburg (LSB) in den vergangenen zwei Jahrzehnten entwickelten Programme beinhalten sportliche Aktivitäten und Begegnungen in einer von Toleranz und Fairness geprägten Atmosphäre, die der Zielstellung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ entgegenkommt.



Dies betrifft insbesondere die Förderung des Projekts „Integration durch Sport“, mit dem jährlich ca. 50.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreicht werden. Dabei kommt es zu einer Vielzahl von Begegnungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen. Das Projekt ist mit über 20 Stützpunktvereinen in verschiedenen Landesregionen verankert. Es wird in enger Kooperation mit dem MBSJ und dem MASF den jeweiligen Bedürfnissen der Migrantinnen und Migranten angepasst (siehe Berichtsteil BSJ und MASF). Dabei werden in den kommenden Jahren verstärkt Angebote für Migrantinnen (z.B. Inlineskating; Schwimmkurse) entwickelt. Gleichzeitig sollten Migrantinnen und Migranten in die Lage versetzt werden, Verantwortung für Sportgruppen schrittweise selbst zu übernehmen. Dies geschieht ab 2012 im Rahmen des Modellprojekts „Tandem“. Hierbei wird in Stützpunktvereinen der BSJ ein Tandem – bestehend aus einer einheimischen und einer zugewanderten Person – gegründet, welches zusammen Vereinsaufgaben übernimmt, z.B. bei der Übungsleitung oder beim Vereinsmanagement. Dazu bietet der Landessportbund entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten an. Mit der Übernahme von Verantwortung durch Migrantinnen und Migranten soll auch erreicht werden, dass deren sprachliche Kompetenz und damit die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen verbessert werden.

#### Angebote der Gedenkstättenpädagogik des MBSJ

Im Schuljahr 2010/2011 waren im Land Brandenburg 13 Gedenkstättenlehrkräfte im Umfang von 140 Lehrerwochenstunden eingesetzt. Die gedenkstättenpädagogischen Angebote bezogen sich u.a. auf die Orte (Gedenkorte):

Gedenkstätte NKWD Speziallager Nr. 1 / Kriegsgefangenenlager Mühlberg a. d. Elbe; Collegienstr. 10 - Museum Viadrina Frankfurt (Oder); Arbeitserziehungslager Schwetig; Gedenkstätte Jamlitz/Lieberose; Kriegsgräberstätte Halbe; „Lindenstraße 54“ Potsdam - Gedenkstätte für Opfer politischer Gewalt im 20. Jh.; Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück; Gedenkstätte Sachsenhausen; Gedenkstätte Speziallager Sachsenhausen; Dokumentationsstelle Brandenburg-Görden; Gasmordanstalt Nicolaiplatz Brandenburg a.d.H.; NKWD-Lager Fürstenwalde-Ketschendorf; Hachschara-Gedenkstätte Neuendorf im Sande; Gedenkstätte Seelower Höhen; ehem. JVA Cottbus.

An den Angeboten der Gedenkstättenlehrkräfte im Museum und der Gedenkstätte Sachsenhausen (einschließlich Speziallager) nahmen im Schuljahr 2010/2011 rund 3741 Schülerinnen und Schüler teil. An den Angeboten der Projektwerkstatt Lindenstraße 54/55 in Potsdam nahmen im Schuljahr 2010/2011 rd. 3550 Schülerinnen und Schüler teil. Außerdem hat die Projektwerkstatt Lindenstraße im selben Zeitraum 108 Zeitzeugengespräche durchgeführt. Die Arbeit mit Zeitzeugen erfolgte in Kooperation mit der RAA Brandenburg und der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD), Ulrike Poppe.

Die Angebote der Gedenkstättenpädagoginnen und - pädagogen sind auf dem Bildungsserver Berlin Brandenburg einsehbar (<http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/gedenkstaetten.html>).

## HANDS across the Campus

Im Jahr 2011 wurde das Programm HANDS across the Campus redaktionell fertiggestellt und veröffentlicht. Es ist ein Grundwerte- und Demokratie-Curriculum für die weiterführenden Schulen und schließt an das Program HANDS for Kids für die Primarstufe an, das bereits im Jahr 2010 veröffentlicht worden ist und aufgrund der großen Nachfrage bereits vergriffen ist.

Beide Curricula dienen der Förderung sozialer Kompetenzen sowie ethischer und demokratischer Einstellungen. Sie fördern die individuelle Werte- und Persönlichkeitsbildung der Schülerinnen und Schüler und leiten Schulen an, ihr Profil und ihre demokratische Schulkultur zu stärken.

Lehrkräfte können die Programme curricular einsetzen, aber auch einzelne demokratiepädagogische Bausteine herausgreifen, wie den Klassenrat oder die Methodenwerkstatt, die eine sehr pragmatische Übersicht und Anleitung kooperativer Lernformen bietet.

Die Programme sind in Kooperation mit dem American Jewish Committee (Berlin-office), der Senatsverwaltung Bildung, Wissenschaft und Forschung (Berlin), dem MBS und dem LISUM entwickelt worden und führen die Grundideen des BLK-Modellversuchs "Demokratie Leben und Lernen" konsequent und mit modernen didaktisch-methodischen Ansätzen fort.

Die beste Prävention gegen Rechtsextremismus liegt in der aktiv gelebten Demokratie. Wie das in der Schule geht, zeigen die beiden HANDS-Programme. Mit dem Programm wird in Schulen in Cottbus, Oranienburg und Potsdam gearbeitet. Schulentwicklungsberaterinnen und -berater unterstützen die Schulen bei der Arbeit mit dem Programm. RAA-Lehrkräfte unterstützen die Implementation der Programme in Schulen.

### IV.3 Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist integraler Bestandteil aller Aktivitäten der Landeszentrale für politische Bildung in den Bereichen Veranstaltung, Ausstellung, Publikation und bei den Angeboten im Internet. Auch in den Angeboten der Freien Träger der politischen Bildung wird explizit dieses Thema bearbeitet.

Die Landeszentrale betrieb auch 2011 das Themenportal „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus“ auf ihrer Webseite. Dieses Themenportal bietet Informationen über Organisationsformen, Ideologie und Denkweisen der Rechtsextremen, Lifestyle und Musikwelten. Unter der Rubrik „Dagegen“ befinden sich Beiträge zu Argumentationstraining und Handlungsmöglichkeiten.

Der Weblog „Die extreme Rechte“, der wöchentlich erscheint, befasst sich mit der aktuellen Entwicklung des Rechtsextremismus in Brandenburg. Er geht den Ursachen für rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen nach und erläutert anhand von konkreten Beispielen die Strategien rechtsextremer Gruppierungen. Außerdem wird kontinuierlich über Initiativen gegen Rechtsextremismus in Brandenburg berichtet. Leserinnen und Leser werden auf weitere Informationsmöglichkeiten hingewiesen und haben zudem die Möglichkeit, Beiträge zu kommentieren und Fragen zu stellen.

Einige Themenbeispiele aus 2011:

- Die Anti-Sarrazin-Studie
- Neue Broschüre über Neonazis in sozialen Netzwerken
- „Dancing Auschwitz“
- Verbot der Freien Kräfte Teltow-Fläming
- Drei Gutachten zur sog. „Extremismusklausel“
- Rechtsextremer Terror. Anmerkungen zur aktuellen Debatte

(<http://www.politische-bildung-brandenburg.de/themen/die-extreme-rechte/blog> )

Einer der Schwerpunkte zum Thema „Extremismus“ lag im Bereich der Arbeit der freien Träger der politischen Bildung, die die Landeszentrale förderte. Hier wurden Vereine mit ihren unterschiedlichen Angeboten an unterschiedlichen Orten in Brandenburg im Bereich der Aufklärung über die verschiedenen Erscheinungsformen des Extremismus, insbesondere des Rechtsextremismus, gefördert. So etwa:

- die Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V. mit drei Veranstaltungen ihrer Reihe Café de la Tolerance (...Das wird man doch wohl sagen dürfen; Debatte um Äußerungen von Sarrazin, AZ 23-11; ... Was will der nette Nazi von nebenan? Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, AZ 24-11; Informieren und Sensibilisieren - Islamfeindlichkeit in Deutschland und der Diskussionsveranstaltung „Demokratie leben: Gegen Rassismus, für Menschenrechte und Meinungsfreiheit“),
- der Verein Arbeit und Leben e.V. mit dem Seminar „Zeiten der Globalisierung - Zeit für ethische Werte, lokal und global“,
- der Verein philoSOPHIA e.V. mit mehreren Veranstaltungen unter der Überschrift „Vom Wert der Vielfalt - Toleranzkonzepte auf dem Prüfstand“ und
- das Zehdenicker Jugendwerk e.V. mit „Culture on the road“.

Zusätzlich reagierte die Landeszentrale auf die Veränderungen der demokratischen Teilhabe im Land: Neue Formen der direkten Demokratie entstehen und werden von der Bevölkerung eingefordert. Werden diese Entwicklungen politischer Kommunikation verschlafen, drohen aus Sicht der Landeszentrale die kreativen Kräfte in extremistische Positionen abzugleiten. Diesen Prozess konstruktiv zu begleiten, mit Veranstaltungen, Internetangeboten und aktuellen Publikationen ist ein wichtiger Faktor in der Bekämpfung extremistischer Positionen. Dies wurde 2011 von der Landeszentrale begonnen und auch 2012 aktiv fortgesetzt (Vgl. z.B. <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/themen/politische-teilhabe>).

Das Themenportal Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und der Weblog „Die extreme Rechte“ werden weiter geführt und aktualisiert. Das relativ breite inhaltliche Spektrum wird beibehalten. Wie bisher wird nicht nur auf den „rechten Rand“ eingegangen, sondern auch auf Vorurteile und rechtsextreme Einstellungen in der „Mitte“ der Gesellschaft.

Zusätzlich wird eine neue Seite zum Zwickauer Trio und zu neuen Entwicklungen des Rechtsterrorismus erarbeitet. 2012 wird angestrebt, die inhaltlich-konzeptionelle Arbeit der anderen Partner der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ stärker auch auf den Internetangeboten der Landeszentrale zu präsentieren.

Neue Forschungen und Publikationen zur Auseinandersetzung mit allen Formen des Extremismus werden angekauft und als Publikationen zur Verfügung gestellt.

#### IV.4 Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft

Die Aktivitäten des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft (MIL) innerhalb des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung bezogen sich auch 2011 auf die Politik der klaren Signale und auf die Stärkung des sozialen Zusammenhalts.

Zur Erinnerung: Im Handlungskonzept heißt es „Demokratie, wird vor Ort, in den Städten und Gemeinden Brandenburgs gelebt. Hier in den Quartieren, im unmittelbaren Lebensumfeld erfahren die Menschen des Landes, dass die Gesellschaft durch eigenes Engagement und nicht durch Ausgrenzung gestaltet wird.“

Dementsprechend ist das MIL erneut mit den Strategien der sozialen Stadtentwicklung zur Stärkung des sozialen Zusammenhangs tätig gewesen. Im Rahmen von Programmen der Stadtentwicklung, vor allem in den Programmen „Soziale Stadt“, der Richtlinie zur nachhaltigen Stadtentwicklung innerhalb des EFRE und im Rahmen des Wettbewerbs „Vielfalt und sozialer Zusammenhalt in Brandenburgs Städten – Lebensräume gemeinsam gestalten“ wurden auch 2011 nicht nur umfangreiche Maßnahmen zur Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner durchgeführt, sondern auch zahlreiche Projekte gefördert, die unmittelbar Gewalt vermeidenden Charakter hatten.

So wurde weiterhin die soziale Infrastruktur durch die Herrichtung Soziokultureller Zentren und Bürgertreffs etwa mit dem GladHouse in Cottbus oder dem Bürgerbildungszentrum in Eberswalde gestärkt, ebenso durch den Ausbau von Ansätzen eines "Quartiersmanagements" etwa in Königs-Wusterhausen oder dem Innenstadtmanagement in Eberswalde, Fürstenwalde, Prenzlau und Senftenberg, was wiederum vor allem zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen beitrug. Projekte wie Bürgerhäuser und Jugendzentren schaffen mit ihren vielfältigen Angeboten gute Voraussetzungen für das eigene Engagement und gelebte Toleranz. Projekte der Integration von Zuwanderern wurden in Forst, Neuruppin und in Eberswalde mit Mitteln der Städtebauförderung finanziert.

Das MIL führte 2011 den zweiten Wettbewerbsaufruf „Vielfalt und sozialer Zusammenhalt in Brandenburgs Städten – Lebensräume gemeinsam gestalten“ durch. Ab 2012 werden 18 weitere Projekte die soziale Teilhabe von Menschen aller Altersgruppen und Herkunft in den Quartieren

verbessern. Stärker als bisher wurde auf gemeinsame Vorhaben von zugewanderter und bereits ansässiger Bevölkerung geachtet.“

In den Geschäftsbereich des MIL fallen auch die neue Kooperationsvereinbarung mit dem Brandenburger Landfrauenverband und die Kooperationsvereinbarung mit dem VBB. Beide Verbände stimmen ihre Aktivitäten direkt mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung ab:

#### IV.5 Ministerium des Innern

Grundlage der polizeilichen Maßnahmen zur Bekämpfung politisch motivierter Straftaten und extremistischer Bestrebungen ist das Handlungskonzept PMK (Politisch motivierte Kriminalität), welches 2003 in Kraft gesetzt wurde. Das Konzept wird kontinuierlich fortgeschrieben. Gegenwärtig erfolgt eine weitere Fortentwicklung unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen sowie der erfolgten Polizeistrukturreform.

Die bewährten Grundsätze, u. a. hoher Verfolgungsdruck, nachhaltige Strafverfolgung und Straftatenverhinderung, Unterbindung extremistischer Aktivitäten und Veranstaltungen unter Ausschöpfung der rechtlichen und taktischen Möglichkeiten, wurden beibehalten. Die konsequenten Maßnahmen der Polizei ordnen sich ein in die gesamtgesellschaftlichen Anstrengungen zur Bekämpfung und Zurückdrängung von Extremismus mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus.

In der Gesamtschau ist festzustellen, dass offenbar die langjährigen Bemühungen des Landes Brandenburg unter dem Dach des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung sich auch in den Statistikwerten zur Politisch motivierten Kriminalität niederschlagen.

Die Gesamtzahl politisch motivierter Straftaten hat sich im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 56 Fälle verringert, von 1.466 auf 1.410 Fälle, das sind – 3,8 Prozent.

Den Schwerpunkt bildete 2011 wiederum die Politisch motivierte Kriminalität -rechts-. Registriert wurden 1.140 Fälle (2010 = 1.141). Das quantitative Niveau ist damit unverändert. Besonders hervorzuheben ist aber der deutliche Rückgang politisch rechts motivierter Gewaltstraftaten. 2011 wurden 36 Gewaltdelikte registriert, im Vorjahr waren es 66. Damit hat sich der kontinuierliche Rückgang seit 2004 (105 Fälle) nachhaltig verstetigt.

#### Forschungsprojekt EKSE

Zur weiteren Stärkung der Wahrnehmung kommunaler Verantwortung bei der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Bestrebungen in den Kommunen beauftragte das Innenministerium das Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e. V. an der Universität Potsdam (IFK) mit dem Forschungsprojekt „Entwicklung kommunaler Strategien gegen Extremismus (EKSE)“. Die Projektlaufzeit erstreckte sich von Mai 2009 bis zum 31.12.2011. Es verfolgte folgende Hauptziele:

- vergleichende sozialräumliche Analysen von Erscheinungsformen des Extremismus, von kommunalen Kontextbedingungen sowie von Formen der Prävention und Intervention in Kommunen.
- Bereitstellung der Forschungsergebnisse für Kommunen, um ihre Präventions- und Interventionsstrategien zu optimieren.

Als Forschungsergebnisse wurden Sozialraumanalysen für die beteiligten 12 Projektkommunen sowie Forschungsberichte zu den Projektschwerpunkten Rekrutierungsstrategien, Frühwarnsystem, Individuelle Entwicklungsverläufe, Best Practices und Stigmatisierung erarbeitet. Im Weiteren wird die begonnene Kommunikation der Forschungsergebnisse fortgesetzt. Dabei sollen auch Handreichungen Verwendung finden. Die Forschung wurde durch Öffentlichkeitsarbeit begleitet. So wurde am 06. April 2011 eine landesweite Fachtagung unter dem Titel „Extremismus im Wandel“ ausgerichtet. Darüber hinaus erfolgten in den Projektkommunen Auswertungen zu den Ergebnissen der Sozialraumanalysen.

#### Bereich der polizeilichen Prävention

Die folgenden Präventionsmedien werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern genutzt:

- landeseigene Jugendschutzausstellung „Gratwanderung“ (Teilbereich Rechtsextremismus),
- bundesweite DVDs des ProPK „Die besten Spots gegen Rechts“ und „Wölfe im Schafspelz“,
- Broschüre „Informationsblatt zur Bekämpfung des Rechtsextremismus“ der Fachdirektion Landeskriminalamt
- Faltblätter des Verfassungsschutzes „Feinde der Demokratie - Antisemiten, Hassmusiker, Rechtsextremisten, Linksextremisten“
- Broschüre des Verfassungsschutzes „Symbole und Kennzeichen des Rechtsextremismus“.

In den Regionen, Landkreisen und kreisfreien Städten, die im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) „Lokale Aktionspläne in kommunaler Verantwortung zur Stärkung der Demokratieentwicklung vor Ort“ umsetzen, ist die Polizei als wichtiger Partner in die Arbeit der örtlichen Netzwerke integriert.

Das Ministerium des Innern unterstützte 2011 außerdem die „Initiativgruppe gegen Gewalt und Rassismus Velten“ bei der Durchführung der „Mixed-Pickels-Woche“, eine Aktionswoche für Kinder und Jugendliche aus Velten und der näheren Umgebung gegen Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus, die im Jahr 2011 unter dem Motto „Fair Play“ stand. Im Mittelpunkt steht die Idee, Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Nationalitäten, die sonst nichts oder nur wenig miteinander zu tun haben, zusammenzuführen. Über vielfältige gemeinsame Aktivitäten sollen insbesondere nationalistische und rassistische Vorurteile abgebaut werden. Hier soll erlernt werden, wie Demokratie

funktioniert und Verantwortung in einem Gemeinwesen übernommen werden kann, z. B. in der Schule, im Verein, in der Kommune und in der Kirchengemeinde. Zu der Aktionswoche waren auch Gäste mit Migrationshintergrund aus dem Asylbewerberheim in Stolpe und Hennigsdorf eingeladen. Die Woche bot allen Akteurinnen und Akteuren sowie Gästen die Gelegenheit, über fairen Umgang mit Ressourcen, fairen Handel, Fair Play in der Arbeitswelt, im Alltag und auf der Straße zu sprechen, Probleme zu diskutieren und neue Kontakte zu knüpfen.

### Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg

Der Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg (LPR) unter Vorsitz des Brandenburger Innenministers unterstützt seit seinem Bestehen u. a. Präventionsprojekte von Vereinen, Institutionen und Schulen, die auf die Entwicklung/Förderung von Zivilcourage, Demokratie und Toleranz abzielen.

Die Kreuzberger Musikalische Aktion e.V. (KMA) führte im Jahr 2011 unter dem Motto „Du hast es drauf“ mit Unterstützung des LPR und der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ in den Orten Spremberg und Forst Schulworkshops an Grund- und weiterführenden Schulen durch. Der Landkreis Spree-Neiße wurde - nicht zuletzt auf Grund der Anzahl rechtsmotivierter Straftaten – als Pilotstandort ausgewählt. Bei diesen Schulkurstagen handelte es sich um mediale, im Schwerpunkt um musikbezogene Projektstage mit Musik, Tanz und Theater.

Im Rahmen der Schulkurstage der KMA wurden Workshops in Rappen, Breakdance, Streetdance, Trommeln, Rockband, Theater und DJ-ing von erfahrenen und kompetenten Trainerinnen und Trainern (auch mit Migrationshintergrund) durchgeführt. Allen beteiligten Jugendlichen sollte die Chance gegeben werden, ihre künstlerischen oder musikalischen Talente und Begabungen gemeinsam mit den Trainern zu entdecken und zu fördern. Den Abschluss bildete in jedem Ort ein Konzert, das durch die Bands aus dem Bandcontest „Kicks´n Tracks“ gestaltet wurde. Gleichzeitig bot sich den Jugendlichen die Möglichkeit, die Kreativ-Projekte aus den Schulworkshops vor Freunden und Eltern zu präsentieren.

Der LPR unterstützt in den Jahren 2011 bis 2013 das Projekt „Neugestaltung Informationsportal gegen Rechtsextremismus – für Demokratie in der Uckermark – [www.gegenrede.info](http://www.gegenrede.info)“ des Europazentrum Brandenburg-Berlin (EZBB) des europäischen Regionalen Fördervereins e. V.. Das Informationsportal wurde bisher mit Mitteln aus dem Lokalen Aktionsplan (Landkreis Uckermark) aufgebaut und seit 2007 betrieben. Es wurde zu einem festen Bestandteil des Informationsflusses über rechtsextremistische Aktivitäten. Durch das Informationsportal konnten verstärkt Kenntnisse über die regionalen und personellen Strukturen der rechtsextremen Szene in der Uckermark gewonnen und problematisiert werden. Im gegenwärtigen Projekt will „Gegenrede“ über den bisherigen Rahmen hinaus in den sozialen Netzwerken, die durch eine Vielzahl von jungen Leuten genutzt werden, aktiv werden. Ziel der Aktivitäten soll sein,

- die Leserschaft von Gegenrede zu vergrößern,
- bei jungen Leuten ein Problembewusstsein zum Thema Rechtsextremismus zu entwickeln,

- junge Menschen für das Thema „Demokratieentwicklung“ zu sensibilisieren sowie
- Formen zu finden, um der sich massiv ausbreitenden rechtsextremistischen Ideologie in den sozialen Netzwerken Paroli zu bieten.

Im Rahmen des neuen Programms des Bundesministeriums des Innern "Zusammenhalt durch Teilhabe" unterstützt der Landespräventionsrat gemeinsam mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ in den Jahren 2011/2012 die Projekte „KomPakt“ und „Ohne Blaulicht“, die dem Förderschwerpunkt „Stärkung demokratischer Praxis in Vereinen, Verbänden und Kommunen“ zuzuordnen sind (siehe Übersicht Bundesprogramme im Abschnitt der Koordinierungsstelle).

Der Landesjugendring Brandenburg e.V. betreibt seit 2011 in Kooperation mit dem Medienlabor Potsdam die jugendgerechte Internetseite [www.machs-ab-16.de](http://www.machs-ab-16.de), die zunächst dazu dienen soll, Jugendliche in Brandenburg über die Einführung des Wahlalters ab 16 zu informieren. Das Projekt wird vom Landespräventionsrat, der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ und der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung gefördert. Das Portal soll in jugendgemäßer Form dazu anregen, sich aktiv mit den Möglichkeiten politischer Beteiligung auseinanderzusetzen. Die Internetseite soll langfristig bis zu den Landtagswahlen 2014 ausgebaut werden, um sich als eine Art Politik-Plattform für Jugendliche zu etablieren. Die anzusprechende Zielgruppe umfasst alle 12-20-jährigen Brandenburgerinnen und Brandenburger, die im Jahr 2014 erstmals an den Landtags- und Kommunalwahlen teilnehmen werden. Die Seite soll mithin die Stärkung und Qualifizierung von demokratischer Beteiligung von und für die Interessen von Kindern und Jugendlichen zum Ziel haben.

### Verfassungsschutz durch Aufklärung

"Verfassungsschutz durch Aufklärung" wird von vielen Verfassungsschützerinnen und Verfassungsschützern aktiv betrieben. In zahlreichen Vorträgen, Lagebildern und Hintergrundberichten informierten sie über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Diese der Prävention und Aufklärung dienende Informationsarbeit ist für einen modernen Nachrichtendienst unverzichtbar, um die gesammelten Erkenntnisse zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wirksam werden zu lassen.

Die Öffentlichkeit, auf die das Informationsangebot des Verfassungsschutzes zielte, ist so vielfältig wie die brandenburgische Gesellschaft: Schülerschaft Auszubildende, Pflegekräfte, Soldatinnen und Soldaten, Auszubildende, Feuerwehrangehörige, Lehrkräfte, Mitarbeitende in Jugendeinrichtungen, politische Gremien auf Landes- und Kommunalebene, Polizistinnen und Polizisten, Zivildienstleistende, Sportlerinnen und Sportler, Geistliche, Unternehmerinnen und Unternehmer sowie andere ließen sich im vergangenen Jahr von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes über Rechts- und Linksextremismus, islamistischen Extremismus oder Wirtschaftsschutz informieren. Im Jahr 2011 bot der Verfassungsschutz 112 Vorträge an. Daran nahmen rund 4.800 interessierte Bürgerinnen und Bürger teil.



Um anschaulich zu machen, was die freiheitliche demokratische Grundordnung für jeden Einzelnen bedeutet, hat das Referat "Verfassungsschutz durch Aufklärung" verschiedene Konzepte entwickelt und Netzwerke mit unterschiedlichen Kooperationspartnern geschaffen.

Mit dem Landesfeuerwehrverband besteht seit 2007 eine strategische Kooperation. Hierbei handelt es sich um die Schulung von Jugendwarten und Feuerwehrführerinnen und -führer an der Landesfeuerwehrschule in Eisenhüttenstadt (LOS). Diese Kooperation ist inzwischen fester Bestandteil im dortigen Weiterbildungsprogramm. 2011 nahmen rund 170 Feuerwehrleute in acht Veranstaltungen daran teil.

Verstetigt hat sich die erfolgreiche Kooperation mit dem „Toleranten Brandenburg“, "demos - Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung", dem Städte- und Gemeindebund, dem Landkreistag, der Polizeifachhochschule und der „Brandenburgischen Kommunalakademie". Gemeinsam wurden seit Sommer 2008 an der Polizeifachhochschule in Oranienburg (OHV) an insgesamt 23 Tagen Info-Veranstaltungen angeboten. Daran haben rund 840 Personen von Polizei und Kommunalbehörden teilgenommen. Zielsetzungen waren jeweils der Umgang mit extremistischen Aktivitäten aus polizeilicher wie ordnungsrechtlicher Sicht im Zusammenhang mit Wahlkämpfen sowie der Umgang mit extremistischen Mandatsträgern in kommunalen Vertretungen und deren Anfrageverhalten. Im Frühjahr 2011 wurde an zwei Tagen der arbeitsrechtliche Umgang mit Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst thematisiert. Im Herbst 2011 folgten an ebenfalls zwei Veranstaltungstagen Infoveranstaltungen für Jugend- und Sozialarbeiterinnen und -arbeiter. Dass sich so viele Partner gemeinsam und strategisch auf aktuelle Anlässe und spezielle Problemfelder einstellen, hat in Brandenburg einen besonderen Stellenwert. Die Kooperation wird in 2012 fortgesetzt.

Von Sommer 2009 bis Mai 2011 bot der Verfassungsschutz Brandenburg in Kooperation mit der Landesintegrationsbeauftragten die „Regionalen Sicherheitsdialoge: Integration, Radikalisierung und Islamismus" (IRIS) an. Vertreterinnen und Vertreter lokaler Behörden und weiterer Einrichtungen wurden über islamistischen Extremismus informiert und sollten zugleich zur Integration ausländischer Mitbürgerinnen sowie Mitbürger ermutigt werden. IRIS fand in allen 18 Landkreisen beziehungsweise kreisfreien Städten statt. Die neunzehnte Veranstaltung war ausschließlich für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ausländerbehörden. Insgesamt haben 915 Personen teilgenommen. IRIS wurde im Jahr 2011 evaluiert. Die Reaktionen sind äußerst positiv ausgefallen.

Damit Informationen breiter gestreut werden können, nutzt der Verfassungsschutz Brandenburg ein Info-Mobil. Unter dem Motto „Unterwegs für Freiheit und Demokratie" sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter damit im Land unterwegs. Auf Messen, Festen oder sonstigen Veranstaltungen steht die Behörde so in direktem Kontakt mit der Bevölkerung. Das Info-Mobil war 13-mal unterwegs - auch über die Landesgrenzen hinaus. Einsätze gab es beispielsweise beim Tag der offenen Tür des Amts- und Landgerichts Frankfurt (Oder), beim Kreisjugendfeuerwehrlager in Kyritz (OPR), aber auch beim

länderübergreifenden Jugendlager des technischen Hilfswerks in Friedensau (Sachsen Anhalt), beim "Laut & Bunt"-Festival in Rathenow (HVL) oder dem Präventionstag der Hansestadt Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern). Darüber hinaus dient es als Einsatzfahrzeug für Vorträge im Land.

Für Vorträge und Info-Mobil-Einsätze legte der Verfassungsschutz 2011 mehr als 21.000 Kilometer zurück. Dabei verbrachten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter knapp 320 Stunden auf den Straßen. Über 550 Stunden beanspruchten die Einsätze vor Ort. Die Vor- und Nachbereitung aller Einsätze umfassten weitere 900 Stunden.

Fachtagungen zu aktuellen Themen sind eine weitere Säule der Aufklärungsarbeit des Verfassungsschutzes. Im Juni 2011 nahmen an der Fachtagung "Kultur des Hasses - Extremisten und ihre Musik" 200 Personen teil. Die Vorträge wurden im Anschluss als Broschüre veröffentlicht. Hinzu kommt der „Wirtschaftsschutztag Berlin-Brandenburg 2011“. Er wurde von den Verfassungsschutzbehörden Berlin und Brandenburg sowie der "Beuth Hochschule für Technik Berlin" organisiert und später dokumentiert. Über 130 Teilnehmende wurden gezählt. Die vorangegangenen Veranstaltungen, deren Inhalte ebenso als Tagungsbände veröffentlicht wurden, lauteten: „Hass-Musik" (2005), „Antisemitismus - Gleichklang zwischen den Extremen" (2007), "Freiheit, Islam und Extremismus" (2007), „Fußball, Gewalt und Rechtsextremismus" (2008), "Extremismus 2.0 - die dunkle Seite des Internets" (2009), „Islamistischer Extremismus, Konvertiten und Terrorismus - Bedrohungen im Wandel" (2009) sowie "Schwarze Blöcke rechts und links - Autonome Extremisten auf Gewaltkurs (2010). Zu den zwei Wirtschaftsschutztagungen im Jahr 2010 ("1. Brandenburger Forum Wirtschaftsschutz, Wirtschaftsspionage - Risiko für Unternehmen" und "2. Brandenburger Forum Wirtschaftsschutz - Innovationsschutz in Universitäten und Unternehmen") liegen ebenfalls Dokumentationen vor.

Informationsmaterialien des Verfassungsschutzes sind sehr nachgefragt. Zuallererst ist dies der jeweils aktuelle Verfassungsschutzbericht, der in der Auflage in Höhe von 6.000 Exemplaren erschien und Ende des Jahres vergriffen war. Daneben sind zahlreiche und ständig aktualisierte Faltblätter zu verschiedenen Themenfeldern des Extremismus und Wirtschaftsschutzes im Einsatz. Von diesen Materialien wurden 2011 weit über 22 000 Exemplare verteilt und verschickt. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ macht ebenfalls vielfachen Gebrauch von den Informationsmaterialien und verteilte sie bei der Tour mit dem „Demokratie-Mobil“.

Alle bisher in Brandenburg erschienenen Verfassungsschutzberichte, alle genannten Broschüren und Faltblätter sowie weitere Materialien sind über die Homepage [www.verfassungsschutz.brandenburg.de](http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de) abruf- und bestellbar. 2011 wurden fast 850.000 Zugriffe auf der Homepage registriert. Zusätzlich wird dort regelmäßig über aktuelle Ereignisse im Zusammenhang mit Extremismus berichtet.

#### IV.6 Ministerium der Justiz

##### Rechtskundliche Arbeitsgemeinschaften und Informationsveranstaltungen zur Strafbarkeit rechtsextremistischer Verhaltensweisen an Schulen

Der Präsident des Brandenburgischen Oberlandesgerichts hat mitgeteilt, dass in den vier Landgerichtsbezirken im Schuljahr 2011/2012 insgesamt 21 rechtskundliche Arbeitsgemeinschaften stattgefunden haben. Deren Inhalt orientierte sich an dem Rundschreiben 29/2001 des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport vom 2. Oktober 2001 (32.01), das allen Arbeitsgemeinschaftsleitern zur Kenntnis gebracht worden ist. Für das kommende Schuljahr 2012/2013 erfolgt in Kürze die Bedarfsabfrage bei den Landgerichten unter dem Vorbehalt, dass im Justizhaushalt 2012 wieder entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden.

##### Weitere Mitwirkung bei der Verbesserung des Opferschutzes und der Opferhilfe

Im Jahr 2011 hat das Ministerium der Justiz im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“ nachfolgend aufgeführte Projekte gefördert:

Zuwendungsempfänger	Projekt	Förderhöhe in Euro
Förderverein für die JAA KWH	Soziale Gruppenarbeit im Rahmen der Arrestverbüßung	6.940,84
Verein Opferhilfe e.V.	Unterstützung der Opferberatungsstellen im Land	253.664,11
MBSJ – Bewirtschaftungsübertragung	Förderung TOA bei freien Trägern der Jugendhilfe	27.500,00
Christliches Jugendzentrum Oranienburg	Resozialisierungsprojekt	25.000,00
STIBB e.V.	Sozialpädagogische Hilfen für kindliche Opferzeugen	42.515,11

## IV.7 Ministerium der Finanzen

### 208 Meter Toleranz – Dein Bild für ein tolerantes Brandenburg

In der alten Mitte Potsdams entsteht seit Frühjahr 2011 der neue Landtag für das Land Brandenburg. Bauherr ist der Finanzminister des Landes Brandenburg. Späterer Hausherr wird der Präsident des Landtages sein. Das Gebäude wird im Rahmen eines Public-Private-Partnership von der BAM Deutschland AG realisiert. Im 2. Halbjahr 2013 werden die Abgeordneten in den Neubau, der in den äußeren Umrissen des früheren Potsdamer Stadtschlusses entsteht, einziehen.

Zu Baubeginn befand sich im Zentrum der Landeshauptstadt ein kahler, unansehnlicher Bauzaun, der sehr schnell Diskussionen auf sich zog. Vielfach wurde die Forderung laut, diesen Bauzaun zu gestalten. Vor diesem Hintergrund schlug der Stadtjugendring e.V. ein Aktionswochenende für Jugendliche vor.

Die Idee bestand darin, Jugendliche aus allen 14 Landkreisen sowie den vier kreisfreien Städten des Landes Brandenburg dazu einzuladen, um ein insgesamt 208 Meter langes Stück des Bauzauns – bestehend aus OSB-Platten in der Größe zwei mal zwei Meter – mit den Mitteln des Graffiti zu gestalten. Dabei wurden Einzelpersonen und Teams bis maximal drei Teilnehmenden aus jeder Region eingeladen, um als Botschafter ihrer Region ihr Bild für ein tolerantes Brandenburg zu gestalten. Die Gestaltung der Motive blieb den Jugendlichen überlassen. Es war ausdrücklich nicht intendiert, dass kritische Töne ausgeschlossen sind. Es ging um einen toleranten Ansatz, der auch darin seinen Ausdruck fand, dass die jungen Leute, die in Potsdam legal ihr Bild sprühten, der Öffentlichkeit präsentieren konnten, dass Graffiti eine Kunstform ist, die durchaus etwas mitzuteilen hat, die in das öffentliche Bild hineinpassen kann. Ziel der Aktion war es, den Bauzaun mit 18 unterschiedlichen „Bildern für Toleranz“ zu einer Schaustelle für Toleranz im Land Brandenburg werden zu lassen.

Unter der Schirmherrschaft des Landtagspräsidenten Gunter Fritsch, des Finanzministers Dr. Helmut Markov, des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Potsdam Jann Jakobs und des Technischen Leiters der BAM Thomas Weber, fand das Graffiti-Wochenende vom 5. bis 7. August 2011 in Potsdam statt. Gefördert durch die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“, den Verkehrsverbund Berlin Brandenburg und den Verkehrsbetrieben Potsdam wurde der Bauzaun um den Neubau des Landtages verschönert.

Betreut und versorgt durch den Stadtjugendring, verbrachten insgesamt 48 junge Menschen aus Brandenburg und Berlin, welche sich im Wettbewerb mit ihren Entwürfen durchgesetzt hatten, das Wochenende vom 5. bis 7. August 2011 in Potsdam. Mitarbeiterinnen des Finanzministeriums unterstützten intensiv die Organisation und waren das ganze Projektwochenende vor Ort.

Am Bassinplatz wurde für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eigens ein Zeltlager errichtet, in dem am Abend der Eröffnung auch ein gemeinsames BBQ mit den Schirmherren stattfand. Breakdancer sorgten an diesem Abend für eine kulturelle Abwechslung.

Der Hauptakt fand am 6. August 2011 statt, als die Künstlerinnen und Künstler mit rund 1.000 Spraydosen ihr Bild von einem toleranten Brandenburg an den Bauzaun spraysen. Parallel dazu gab es ein Aktionscafé für alle Gäste, Zuschauerinnen und Zuschauer sowie Teilnehmenden, ebenso wie

Kinder-Mal-Aktionen, Informationen rund um den Landtagsneubau, Angebote der Koordinierungsstelle der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg“ und Musik. Das Ergebnis machte nicht nur den Teilnehmenden und den Zaungästen Freude. Die jungen Künstlerinnen und Künstler halfen sich gegenseitig, gestalteten Übergänge zwischen den einzelnen Bildern. Der Bauzaun leuchtete in vielen Farben auf und wurde somit zu einem Zeichen für ein buntes, tolerantes Land. Die Motivpalette ist breit angelegt: In den Bildern geht es um Toleranz zwischen den Ideen, zwischen den Völkern, zwischen den Menschen. Es geht um den Frieden in der Welt ebenso wie um das Coming Out. Motive aus dem Land Brandenburg sind erkennbar: die Marienkirche in Prenzlau, die Prignitzer Landschaft, der Filmpark Babelsberg, der Spreewald, die Landschaft des Havellandes. Zum Abschluss der Veranstaltung bedankten sich die Finanzstaatssekretärin Daniela Trochowski, der Oberbürgermeister Jann Jakobs und der Technische Leiter der BAM bei den Jugendlichen für ihr Engagement und überreichten ihnen Urkunden, Sticks mit den ersten Bildern vom Wochenende und T-Shirts.

Aus einem unansehnlichen Bauzaun im Zentrum der Landeshauptstadt Potsdam ist im Ergebnis eine Schaustelle für Toleranz entstanden. Bunt und ideenreich stehen diese 208 Meter für eine Botschaft: Toleranz.

#### IV.8 Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Im Wintersemester 2010/2011 waren insgesamt 49.840 Studierende an Brandenburgs Hochschulen eingeschrieben, darunter 5.785 mit ausländischer Staatsangehörigkeit aus 132 Nationen. Die größte ausländische Studierendengruppe bildeten unsere polnischen Nachbarn mit 1.159 Personen, gefolgt von 476 Studierenden aus der Russischen Föderation und 369 aus China. Ebenfalls im Wintersemester 2010/2011 gab es 382 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit unter dem wissenschaftlichen Personal. 55 polnische Dozentinnen und Dozenten bildeten die größte Gruppe, 23 kamen aus Italien und jeweils 22 aus Frankreich, der Ukraine und der Russischen Föderation.

Alle Hochschulen erhöhen im Rahmen ihrer Internationalisierungsstrategien den Anteil an Ausländerinnen und Ausländern unter den Hochschulmitgliedern und schließen Kooperationsabkommen mit ausländischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen ab, denn sie stehen im internationalen Wettbewerb um die klügsten und kreativsten Köpfe. Neben akademischen Gründen für die Internationalisierung der Hochschulen, wie Wissenstransfer oder dem internationalen Abgleich von Wissen, gibt es auch eine Reihe von politischen Gründen: Zukünftige Führungskräfte in Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft, Politik und Medien können leichter als Partner für Deutschland gewonnen werden, wenn sie ihr Studium oder einen Teil ihres Berufslebens an deutschen Hochschulen absolviert haben. Dies ist gelebte Völkerverständigung und manchmal auch praktische Entwicklungspolitik. Durch viele ausländische Hochschulmitglieder und zahlreiche Kooperationen mit ausländischen wissenschaftlichen Einrichtungen erlangen die Hochschulen nicht nur eine höhere Reputation in der internationalen science community, sondern auch handfeste Vorteile beim Einwerben von Forschungsaufträgen.

Bei der Betreuung ihrer ausländischen Hochschulmitglieder spielen die Themen „Fremdenfeindlichkeit“, „Rechtsradikalismus“, „Rassismus“ und „Antisemitismus“ eine herausragende Rolle. Schließlich haben die Hochschulen ein Interesse daran, dass alle Hochschulmitglieder sich in der Hochschule sowie im kommunalen Umfeld wohl und als anerkanntes Mitglied der Gesellschaft fühlen. Unterschiedliche Strategien kommen dabei zur Anwendung. Nicht ganz trennscharf lassen sich die Aktivitäten der Hochschulen in drei Handlungsebenen einordnen: Zum einen werden die verschiedenen Formen von Fremdenfeindlichkeit, Rechtsradikalismus, Rassismus und Antisemitismus, mit denen nicht nur die ausländischen Hochschulmitglieder konfrontiert werden, wissenschaftlich untersucht und die Ergebnisse in die Lehrpläne integriert, zum anderen werden in Projekt- und Aktionsgruppen, die oft mit Aktivisten in den Kommunen kooperieren, und durch konkrete Veranstaltungen rechtsradikale und fremdenfeindliche Handlungen und Äußerungen öffentlichkeitswirksam thematisiert. Schließlich wird das Thema in zentralen Maßnahmen der Hochschulen, in den Hochschulstrukturen, Internationalisierungsstrategien, Entwicklungsplanungen oder Leitbilder, aufgegriffen. Für alle drei Handlungsebenen werden nachfolgend einige Beispiele aufgeführt.

### 1. Wissenschaftliche Auseinandersetzung

An der Universität Potsdam engagierte sich das Institut für Germanistik als Teil der Philosophischen Fakultät auf vielfältige Weise im Forschungsprofil „Kulturelle Begegnungsräume“ gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Aus dem Konzept: „Die vielfältigen Begegnungen von Menschen verschiedener kultureller Herkunft und Selbstbeschreibung verleihen heterogenen Gesellschaften Lebendigkeit und Kreativität. Ein vertieftes Wissen nicht nur über unterschiedliche Kulturen, sondern auch über die Aushandlungs-, Übersetzungs- und Austauschprozesse macht das Verständigungs-, aber auch das Konfliktpotenzial kultureller Begegnungen sichtbar.“ Im Seminar „Sprachkritik in Geschichte und Gegenwart“ wurden u.a. Themen der politischen Sprachkritik diskutiert, so auch Merkmale von Sprache der rechtsextremen Szene. In der Humanwissenschaftlichen Fakultät wurden Lehrveranstaltungen zu „Werte und Wertebildung“, „Gewaltprävention“, „Fremdenfeindlichkeit“ oder „abweichende Jugendkulturen“ angeboten, die sich dann in Abschlussarbeiten zu Themen wie Rechtsextremismus, Antisemitismus, Demokratiepädagogik und Werteerziehung widerspiegeln. In der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät fanden Seminare zu „Nationale Minderheiten im Brandenburger Schulwesen“ oder „Schule im Einwanderungsland Deutschland“ statt. Auch die Juristische Fakultät engagierte sich in Lehrveranstaltungen und Publikationen zu den Themen „Multikulturelle Gesellschaft“ oder „Jugendkriminalität und Konfliktvermittlung“, so zum Beispiel im Rahmen von Kommentierungen zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz.

Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus verfolgte auch 2011 mit ihrer Internationalisierungsstrategie das zentrale Projekt „Integrative Fachbetreuung für ausländische und deutsche Studierende“. Das Projekt hat die Optimierung der fachlichen Betreuung der Studierenden und die verbesserte Integration der ausländischen Studierenden zum Ziel. Studierende, Lehrende sowie die

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung werden gleichermaßen einbezogen. Die Teilprojekte „Integratives Deutsch- und Fachkursvorbereitungsmodell“, „Gemeinsames Propädeutikum für ausländische und deutsche Studierende“ (Studienvorbereitungskurse) und „Zertifikat über interkulturelle Kompetenz“ konnten im Rahmen des Studienvorbereitungsmodells „Brücke zum Studium“ inzwischen verstetigt werden. Ebenfalls 2011 wurden Ringvorlesungen zu den Themen „Was ist männlich, was ist weiblich? – Geschlechterrollen und neue Lebensstile“ (innerhalb der 6. Bundesweiten Aktionstage gegen Sexismus und Homophobie), „Diversity Management“ und „Kulturelle Vielfalt“ angeboten.

Neben der Entwicklung der interkulturellen Kompetenz in der Lehre wurden auch in der Forschung der Europa-Universität Viadrina (Vergleichende Kultur- und Sozialanthropologie und Vergleichende politische Soziologie der Kulturwissenschaftlichen Fakultät) Fragen von Interkulturalität, Integration und Desintegration aufgegriffen. Der hohe Anteil an ausländischen Studierenden sowie ein steigender Anteil von Migrantinnen und Migranten in der Studierendenschaft führen dazu, dass in Abschluss- und Promotionsarbeiten Fragen der Integration, Interkulturalität und Identität verschiedener Migrantengenerationen und -gruppen Themen der wissenschaftlichen Auseinandersetzung werden. Beispielsweise hat die grenznahe Biografieforschung das Verständnis für den toleranten Umgang mit dem Nachbarn verbessert.

An der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ (HFF) verfasste ein akademischer Mitarbeiter eine Dissertation zum Thema „Geschichtsbilder im medialen Gedächtnis“. Er zeigt auf, dass neuere Filme über den Holocaust einem Verfahren der Nachbildung von früheren Filmen oder historischen Dokumenten folgen. Dabei bilden sich Erzählmuster heraus, die sich aus dem Kontext des Holocaust ablösen und in filmische Geschichtsfiktionen über den Nationalsozialismus einwandern. Aus den vielfältigen Film- und Fernsehproduktionen über die Zeit des Nationalsozialismus speist sich ein mediales Gedächtnis, das prägend auf unsere Vorstellungen von der Vergangenheit zurückwirkt. Die Analysen des Buches eröffnen neue Perspektiven sowohl für die wissenschaftliche Auseinandersetzung als auch für den Einsatz solcher Filme im Unterricht und in der Bildungsarbeit.

2011 wurde der Kinofilm „Kriegerin“ als Diplomfilm des HFF-Studenten David F. Wnendt produziert, der seit Januar 2012 in den Kinos läuft. Der Film wird u.a. für betreute Schulvorstellungen empfohlen, umfangreiches Lehrmaterial findet man auf der Internetseite. Der Regisseur über den Film: „Er beleuchtet aber die für den Rechtsextremismus ursächlichen Faktoren und macht klar, dass es nicht um ein Jugendphänomen geht, sondern dass rechte Tendenzen ein Problem sind, das weit in alle Gesellschafts- und Altersschichten vorgedrungen ist.“

Ebenfalls im Jahr 2011 wurden die Vorarbeiten für ein Webportal abgeschlossen, welches 2012 offiziell starten wird. Das medienpädagogische Webportal „Your History“ soll Jugendliche für das Thema Holocaust sensibilisieren. Your History ist Teil des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“. Das Projektteam nutzt modernste Darstellungsformen, um die Zielgruppe zu begeistern. Die Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ ist hier Kooperationspartner des Hallischen Instituts für Medien, da sie ausgewiesene Erfahrungen auf dem Bereich der neuen Medien vorweisen kann.

Angesiedelt ist das Projekt in der HFF im Studiengang Medienwissenschaft, welcher insbesondere für die wissenschaftliche Evaluierung zuständig ist.

Studierende der Fachhochschule Brandenburg nehmen seit 2007 kontinuierlich am internationalen Studierenden-Wettbewerb „Students in Free Enterprise (SIFE)“ teil. Unter dem Motto „Rote Karte dem Rassismus“ stellten sie sich der Aufgabe, Lösungsansätze zu entwickeln, die zur Bekämpfung von Rassismus beitragen. Seit 2008 sind diese Projekte in der Lehre des Bachelor-Studiengangs BWL verankert.

An der Fachhochschule Potsdam ist seit 2011 die Gastprofessorin für Gender Mainstreaming und Diversity Management, Dr. Gudrun Perko, neue Gleichstellungsbeauftragte. Ihr Anliegen ist es, die Idee von Gender Mainstreaming, Frauenförderung, Diversity und Gleichstellung als Leitbild und Querschnittsaufgabe an der Hochschule fachübergreifend und durch konkrete Maßnahmen auf allen Ebenen weiter zu entwickeln. Entsprechend wirkt sie lehrend, forschend, durch zahlreiche Publikationen und durch Netzwerkarbeit darauf hin, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Hochschulmitglieder in den Blick zu nehmen und über eine Tolerierung hinaus die Vorteile der Verschiedenheit zu sehen und möglichen Nachteilen entgegenzuwirken.

Im November 2011 unterzeichneten der Rektor der Fachhochschule Potsdam und die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur einen Kooperationsvertrag, der die Grundlage für ein gemeinsames mehrjähriges Zeitzeugenprojekt legt. Hauptziel des Projekts ist die Bewahrung von Widerstands- und Unrechtserfahrungen aus der Zeit der kommunistischen Diktatur von 1945 bis 1989 auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg. Im Rahmen ihres Studiums werden Studierende eine Vielzahl von Zeitzeugeninterviews aufzeichnen und biografische Hinterlassenschaften sammeln. Über ein multimediales, webbasiertes Informationssystem sollen diese Quellen für die politisch-historische Bildungsarbeit öffentlich zugänglich werden.

Zum 100-jährigen Jubiläum der Filmstudios Babelsberg wurden zusammen mit dem Filmmuseum Potsdam und dem Deutschen Filminstitut (DIF) im Studiengang „Europäische Medienwissenschaft“ zwei Seminare sowie zwei Filmreihen angeboten. Die Studierenden haben sich über zwei Semester in die Geschichte des Studios eingearbeitet und ein Konzept für eine Internet-Präsentation entworfen und umgesetzt. Als wichtiger Aspekt, der bislang in der deutschen Filmgeschichtsschreibung weitgehend unberücksichtigt geblieben ist, wurde dabei das Thema der Zwangsarbeit in Babelsberg während des Zweiten Weltkriegs herausgearbeitet. Im Ergebnis entstand 2011 in Kooperation mit dem Filmmuseum Potsdam eine Vortrags-, Film- und Diskussionsveranstaltung „Gefangen in der Filmstadt: Zwangsarbeit im Potsdam-Babelsberg des NS-Regimes“.

Im „Fachbereich Design“ wurde ein Projektkurs zum Thema „Konvergenz der Kulturen im Design – Interkulturelles Design“ angeboten. Ausgehend von der Auffassung, dass Design kein technisches und auch kein künstlerisches, sondern in erster Linie ein soziokulturelles Phänomen ist, wurden Fragen diskutiert wie: Welche transdisziplinären und interkulturellen Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten sind erforderlich, um adäquat und differenziert für interkulturelle Kontexte zu entwerfen und zu gestalten? Wie können unterschiedliche Schrift- und Zeichensysteme visuell kombiniert werden? Ist es



möglich, Informationen aus mehreren Sprach- und Kulturkreisen mit ihren je charakteristischen Abbildungssystemen so zu platzieren, dass diese Systeme gleichberechtigt nebeneinander stehen und nicht eine Kultur die andere dominiert?

Der Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Lausitz (FH) initiierte 2011 ein Präventionsprojekt gegen Rechts. Dabei wurden weitere Akteurinnen und Akteure gegen Rechts aus dem Land (z.B. Opferperspektive Brandenburg) zu Beratungsveranstaltungen eingeladen.

## 2. Zentrale Maßnahmen der Hochschulen

Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus, Universität Potsdam, Europa-Universität Viadrina, Fachhochschule Brandenburg und Technische Hochschule Wildau (FH) unterzeichneten den „Nationaler Kodex für das Ausländerstudium an deutschen Hochschulen“. Der Kodex wurde gemeinsam von der Hochschulrektorenkonferenz und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes erarbeitet und hat das Ziel, die Qualität der Betreuung ausländischer Studierender zu sichern bzw. weiter zu verbessern. Dabei werden Standards für die Qualität im Ausländerstudium an deutschen Hochschulen für die Bereiche Information und Werbung, Zulassung, Betreuung und Nachbetreuung vorgegeben, auf deren Einhaltung sich internationale Studienbewerberinnen und -bewerber verlassen können.

Auf zentraler Hochschulebene hat die Universität Potsdam am 1. Januar 2011 das Amt des/der Vizepräsidenten/-in für Internationale Angelegenheiten und Strategieentwicklung eingerichtet. In ihrer Internationalisierungsstrategie „UP on the Move 2011-2015“ definierte die Universität für sich vier Ziele und Strategiebausteine. Für das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ sind hier vor allem die Komponenten „Weltoffener Studiumalltag im Kulturdialog“ und „Internationalisierte Betreuungskultur“ von besonderer Bedeutung.

Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus hat auf der Senatssitzung am 03.12.2010 das „Diversity Management“ im Leitbild der BTU Cottbus mit folgender Formulierung verankert: „Die BTU setzt sich für einen bewussten Umgang mit Vielfalt ein, der es allen in einem Team erlaubt, die eigenen Stärken optimal einzusetzen. Wir betrachten die Vielfalt unserer Studierenden und Beschäftigten als Chance und fördern diese durch Maßnahmen des Diversity Managements. Die Vereinbarkeit von Familienaufgaben, Studium, Beruf und Karriere ist ein integraler Bestandteil der Hochschulpolitik der BTU.“

Das Zentrum für interkulturelles Lernen (ZiL) der Europa-Universität Viadrina unterstützte auch 2011 die Entwicklung der interkulturellen Kompetenz der Studierenden. Interkulturelle Kompetenz wird an der Viadrina als Schlüsselqualifikation angesehen, von deren Entwicklung das berufliche Umfeld und das ehrenamtliche Engagement der Studierenden und Absolventinnen sowie Absolventen der Viadrina profitieren. Die Universität ist zudem eine der wenigen Hochschulen in Deutschland, die mehr als 50 % ihrer Studierenden einen Auslandsaufenthalt ermöglicht.

Durch die Gründung des Zentrums für interdisziplinäre Polenstudien wurden 2011 die Forschung und Lehre zum Nachbarland Polen weiter gestärkt. Zudem sind die Europa-Universität Viadrina und das gemeinsam mit der Adam Mickiewicz Universität geführte CollegiumPolonicum Standorte für zahlreiche Treffen und Konferenzen zu internationalen, europäischen und deutsch-polnischen Themen.

Bereits im Dezember 2007 erarbeitete eine Projektgruppe unter der Leitung des Präsidenten der Fachhochschule Brandenburg für die Stadt Brandenburg an der Havel ein „Handlungskonzept für Toleranz und gegen Extremismus“. Seit 2010 trifft sich regelmäßig eine „Koordinierungsgruppe zur Intervention bei relevanten Aktivitäten extremistischer Gruppierungen“, die vom Präsidenten der Fachhochschule als Vorsitzendem sowie dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung als stellvertretender Vorsitzender geleitet wird und in der alle Parteien der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind. Die Gruppe koordiniert das Handeln der demokratischen Parteien und der Zivilgesellschaft der Stadt im Sinne des Konzepts.

Die Technische Hochschule Wildau (FH) versucht über Ausstellungen in ihrer Bibliothek die Studierenden und die Bevölkerung von Wildau für Themen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ zu sensibilisieren. 2011 wurden die Ausstellung „Allen Gewalten zum Trotz: die weiße Rose, Symbol für Widerstand“ und „Zukunftsbilder“ (Darstellungen von Flüchtlingskindern) realisiert. Auch 2012 soll dieser Weg mit der Ausstellung „Zwangsarbeiter in Wildau und Umgebung“ fortgesetzt werden.

An der Fachhochschule Potsdam ist die zentrale Anlaufstelle für die Förderung der Mobilität von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in beide Richtungen das „International Office“. Das International Office koordiniert und begleitet alle Mobilitätsaktivitäten und bietet hierfür Informationsveranstaltungen und individuelle Beratung an. Es ist auch zuständig für die Fördermittelakquise und Programmverwaltung (Erasmus, DAAD etc.) sowie für die Entwicklung strategischer Partnerschaften und Netzwerke. Speziell zur Betreuung und Integration ausländischer Studierender wurde „FHP CONNECT“ geschaffen, ein studentisches Betreuungsteam, das fallbezogene individuelle Integrationsarbeit auf Augenhöhe leistet. Über Tutorien, individuelle Betreuungspartnerschaften, Sprachtandems und (inter-)kulturelle Veranstaltungen werden ausländische Hochschulmitglieder angesprochen. Dabei wird die Kontaktaufnahme schon vor Studienbeginn durch Studierende versucht.

Die Hochschule Lausitz (FH) organisiert zur Einführung der neuen Studierenden jedes Semester eine Reihe von Veranstaltungen. Die „International Students Welcome Week“ erleichtert den Studieneinstieg und findet an beiden Standorten (Cottbus und Senftenberg) statt. Bei den Einführungsveranstaltungen wird vor allem darauf geachtet, dass die neuen ausländischen Studierenden schnell Kontakte knüpfen können. Mit dem Tandem-Projekt „Mate“ werden sie mit deutschen Tandem-Partnern aus höheren Semestern zusammengebracht, durch interkulturelle Veranstaltungen und gemeinsame Exkursionen wird die Integration der ausländischen Studienanfänger erleichtert. Gemeinsames Kennlernpaddeln im

Spreewald mit anschließendem Grillabend, bei dem jede Nation ihre Grillspezialitäten vorstellt, Fahrradtouren durch Senftenberg und in die nähere Umgebung, „Multi-Kulti-Mate-Partys“ im Jugendhaus Pegasus, Exkursion nach Dresden, Leipzig oder in das Weihnachtsdorf Seiffen im Erzgebirge sind Beispiele für Mate-Aktivitäten. Ganz nebenbei werden die deutschen Studierenden, die an den Veranstaltungen teilnehmen, zu Multiplikatoren, wenn sie ihre positiven Erfahrungen mit ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern an ihre Freunde und Familien weitergeben.

### 3. Aktionen von Hochschulmitgliedern, die teilweise in Zusammenarbeit mit Gruppen außerhalb der Hochschulen stattfinden

Studierende der Fachhochschule Brandenburg organisierten im Januar 2011 einen Filmabend zum Thema Rassismus und im Juni 2011 ein multikulturelles Fußballturnier. Im März 2011 beteiligten sie sich an der Plakataktion „Brauner Müll gehört in die Tonne“, die anlässlich einer Kundgebung (Freiheit für Horst Mahler) vor der Justizvollzugsanstalt durchgeführt wurde. Als der NPD-Kreisverband Havel Nuthe im Mai 2011 eine Mahnwache (Beendigung der deutschen Krankenkassenleistungen für im Ausland lebende Familienangehörige hier lebender Ausländerinnen und Ausländer) durchführen wollte, organisierten Studierende zusammen mit ortsansässigen Gewerbetreibenden und anderen Gruppen eine Gegenaktion. Schaufenster wurden mit multikulturellen Plakaten dekoriert, die Innenstadt mit interkultureller Musik beschallt, Pflastermaler eingeladen, ein Pressestatement verfasst sowie ein Flyer gestaltet, in dem die Ziele und Zwecke der NPD dargelegt und die Gegenposition begründet wird. Die bereits 2009 von Studierenden der Fachhochschule Brandenburg und der Hochschule für Film und Fernsehen produzierten „Spots für Toleranz und gegen Rechtsextremismus“ wurden auch im Jahr 2011 von Kinos für ihr Vorprogramm angefragt und werden als Unterrichtsmaterial in Schulen verwendet.

An der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH) standen auch im Jahr 2011 die Mitglieder des Vereins „Horizonte e. V.“ den ausländischen Studierenden bei Fragen rund ums Studium oder das Leben in Eberswalde mit Rat und Tat zur Seite. Der im Jahr 2000 von Studierenden und Lehrenden der HNE Eberswalde (damals noch FH Eberswalde) gegründete Verein verfolgt die Intention, der Eberswalder Bevölkerung sowie den Studierenden als Plattform für interkulturellen Austausch zu dienen. Das Hauptanliegen des Vereins ist, die ausländischen Studierenden aktiv in das Studierendenleben mit einzubeziehen. Dies geschieht unter anderem durch Ausflüge in die nähere und fernere Umgebung, Themenpartys und interkulturelle Bildung an Schulen.

Aus Anlass des Internationalen Holocaust-Gedenktages organisierte die Hochschule für Film und Fernsehen am 30. Januar 2012 einen Filmabend. „Dawids Tagebuch“ war zusammen mit den an der HFF entstandenen Filmen „Memento“ (DDR 1966, Karlheinz Mund) und „Flammen“ (DDR 1967, Konrad Weiß) zu sehen. Ausgehend von den Berliner jüdischen Friedhöfen erzählt Memento die Geschichte der Juden in Deutschland und Berlin. Eine Episode dieser Geschichte war auch der Widerstand der überwiegend von jungen Juden unterstützten Gruppe um Herbert Baum. Vor 70 Jahren, am 18. Mai 1942, verübte sie einen Brandanschlag auf die antikommunistische Propagandaschau „Das

Sowjetparadies“. Kurz darauf wurden zur Vergeltung 500 jüdische Männer verhaftet, erschossen oder in Konzentrationslager verbracht. Konrad Weiß porträtiert in „Flammen“ die Gruppe um Herbert Baum und interviewt dazu auch überlebende Mitglieder und Unterstützer.

Das „Cottbus Open“ findet jedes Jahr im Juni statt. Es wird von der Stadt Cottbus zusammen mit der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus, der Hochschule Lausitz (FH), dem Cottbuser Verein Jugendhilfe e.V. sowie anderen Akteurinnen und Akteuren organisiert. Im Cottbuser Puschkinpark erwarten die Besucherinnen und Besucher ab 13 Uhr bis in die späten Abendstunden zahlreiche Darbietungen von internationalen Studierenden beider Hochschulen, von Flüchtlingen, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern, jüdischen Zuwanderinnen und Zuwandern, Jugend- und Kulturvereinen sowie Tanz- und Sportclubs. Ausländische Studierende gestalten in der internationalen Ess- und Informationsstraße vier Essstände und stellen die Kultur ihrer Heimatländer vor, auch am Bühnenprogramm sind sie beteiligt. Das multikulturelle Festival steht für Offenheit, Toleranz und kulturelle Vielfalt. Gleichzeitig soll es ein Zeichen setzen gegen ausländerfeindliche Tendenzen.

Die wöchentlichen „Cultural Nights“ des Studiengangs „Environmental and Resource Management“ der BTU Cottbus oder die Afrikanische Kulturnacht des Kamerunischen Studierendenvereins ermöglichen interkulturelle Begegnungen, genauso wie die „Sprachtandems“ des Studierendenrates. Immer zu Semesterbeginn wird der „Herzlich willkommen“-Gruß in vielen Sprachen-Banner am Audimax angebracht, um für Neu-Studierende sichtbar zu machen, dass sie willkommen sind. Das „First Contact Tutoren-Netzwerk“ setzt sich aus Freiwilligen zusammen, die an der BTU Cottbus studieren. Sie stehen als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für ausländische Studierende zur Verfügung und leisten Starthilfe, insbesondere auch Übersetzungshilfen bei Behördengängen (Stadtbüro, Ausländerbehörde etc.). Jährlich unterstützt die Universität den Aufruf des „Cottbuser Aufbruchs“ zum Gedenken an den Jahrestag des Bombenabwurfes auf die Stadt Cottbus am 15.02.1945. Auch die Veranstaltungen „Laut gegen Nazis“ sowie „Nacht-TanzDemo“ (initiiert von „Cottbus Nazifrei“) werden von Hochschulmitgliedern aktiv unterstützt.

Teile des Akademischen Auslandsamtes der Hochschule Lausitz (FH) sowie ausländische Studierende der Hochschule nehmen am neu gebildeten Integrationsbeirat des Landkreises Oberspreewald-Lausitz teil.

Eine Initiative des Studiengangs Kulturarbeit brachte im Februar 2011 etwa 120 junge Kulturarbeiterinnen und Kulturarbeiter aus 22 Ländern an der Fachhochschule Potsdam zum Workshop „To Culture With Love. Management“ zusammen. Dabei ging es um zukünftige Arbeitsbedingungen in der Kultur- und Kreativwirtschaft. Die Ziele von „To Culture With Love. Management“ sind, Gedanken, Visionen und Leidenschaften zu teilen, Gleichgesinnte zu finden und Brücken über Ländergrenzen hinweg zu schlagen.

Als Experimentierfeld für neue kulturelle Formate ergänzt „LOCALIZE - das Heimatfestival“ seit fünf Jahren das Stadtgeschehen und ist inzwischen ein fester Bestandteil der Potsdamer Stadt-Kultur. Leerstellen in der Stadt werden mit Performances, Installationen, Workshops, Lesungen und Konzerten wieder belebt. LOCALIZE ist aus dem Studiengang Europäische Medienwissenschaft hervorgegangen,

wird von Lehrenden betreut und von Studierenden sowie Absolventinnen und Absolventen in Kooperation mit Studierenden aus der Kulturarbeit und dem Kommunikationsdesign an der Fachhochschule Potsdam und der Kulturwissenschaft der Universität Potsdam durchgeführt.

Das von Studierenden und Promovenden der Europa-Universität Viadrina gegründete Institut für angewandte Geschichte hat 2011 für sein „vorbildliches Engagement für die deutsch-polnische Zusammenarbeit“ den DIALOG-Preis des Bundesverbandes der Deutsch-Polnischen Gesellschaft erhalten. Die Arbeit des Institutes wurde besonders für den Programmbereich „Grenzland“ gewürdigt, der sich mit regionalgeschichtlichen Fragen befasst und damit den Austausch zur gemeinsamen Geschichte in der Grenzregion verbessert.

Mit der Gründung einer „Kreativmeile“ übernehmen studentische Initiativen Mitverantwortung für die Gestaltung des öffentlichen Raums und liefern Ideen für die weitere Stadtentwicklung. Durch die Nutzung leerstehender Ladengeschäfte im Frankfurter Zentrum werden die Internationalität und das Engagement der Studierenden in die Stadt getragen.

Im Jahr 2011 feierte das in der Frankfurter Forststraße beheimatete „Forsthaus“ sein fünfjähriges Bestehen. Das selbstverwaltete Studierendenwohnheim ist Anlaufpunkt einer großen Zahl internationaler Gäste und Ausgangspunkt zahlreicher toleranzfördernder Initiativen und Projekte.

Auch Kunst und Kultur sollen in diesem Bericht erwähnt werden, denn sie sind für die Vermittlung von Toleranz und Weltoffenheit von grundlegender Bedeutung. Als integraler Bestandteil der Gesellschaft wirken Kunst und Kultur gerade durch die Kontinuität der Wertevermittlung, die von den vielfältigen kulturellen Einrichtungen und künstlerisch Tätigen tagtäglich getragen wird. In allen Sparten der Kultur haben auch im Jahr 2011 wieder zahlreiche Aufführungen, Kurse, Tagungen und andere kulturelle Veranstaltungen stattgefunden, die im Sinne des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ wirken. Auf eine detaillierte Aufzählung möglichst vieler dieser Projekte – wie im vergangenen Jahr - wird in diesem Bericht jedoch bewusst verzichtet, da die maßgebliche Bedeutung von Kunst und Kultur zur Toleranzerziehung und Gewaltprävention dadurch möglicherweise relativiert und eventuell nur noch als eine Art „künstlerisches Begleitprogramm“ zum Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ wahrgenommen wird. Die Landesregierung unterstützt mit ihrer Förderung auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen die Sicherung und weitere Entwicklung des kulturellen Lebens und der kulturellen Infrastruktur in Brandenburg. Diese trägt nicht nur mit einzelnen Projekten und Veranstaltungen, sondern in ihrer Gesamtheit dazu bei, den Zielen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ nachhaltig zum Erfolg zu verhelfen.

Im Rahmen der kulturpolitischen Strategie des MWFK für die nächsten Jahre wird einer der zentralen Schwerpunkte der Landesförderung bei der kulturellen Bildung gesetzt. Kulturelle Bildung ist ein elementarer Bestandteil einer umfassenden Persönlichkeitsbildung und schafft wesentliche Voraussetzungen für eine aktive Teilnahme am Leben in der heutigen Wissensgesellschaft. Die Landesregierung erarbeitet derzeit in enger Zusammenarbeit mit dem MBS ein Konzept „Kulturelle Bildung“, das Mitte des Jahres beschlossen werden soll. Im Zusammenhang mit dem

Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ist es ein Ziel, dass Kultureinrichtungen in den Bereichen Musik, Theater, Literatur und Bildende Kunst oder die vielen Museen, Bibliotheken, Archive sowie Gedenk- und Erinnerungsstätten sich stärker als bisher mit den Kitas und Schulen im Land Brandenburg vernetzen und als lebendige, kulturelle Lernorte mit gemeinsamen, innovativen Projekten den Wert von Toleranz und Weltoffenheit schon im Kindesalter spielerisch erfahrbar machen. Hier liegt ein enormes Potenzial zur nachhaltigen Prävention von Gewalt, Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit.

#### IV.9 Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten

Integrativer Bestandteil des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ sind vielfältige europäische und internationale Bezüge, die zwar nicht ursächlich durch das Konzept selbst angestoßen wurden, aber doch mittelbar und unmittelbar im Zusammenhang damit zu sehen sind. Dieser wird vom MWE in seinen vielen interregionalen Kontakten hergestellt und konkret umgesetzt.

Es ergeben sich darüber hinaus zwingend Verbindungslinien zum Thema „Entwicklungspolitik“ in den Bereichen wie Integration, Internationalität, Bildung für Nachhaltige Entwicklung und entsprechenden Maßnahmen wie der Round Table „Entwicklungspolitik Brandenburg“ oder konkrete Projektförderungen mit dem Land Brandenburg, dem Bund oder Stiftungen als Partner.

Mit Haushaltsjahr 2010 wurde der Haushaltstitel 686 20 „Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Projektförderung“ eingerichtet.

In den Erläuterungen des Titels heißt es:

„Entwicklungspolitik und Nachhaltige Entwicklung sind als Aufgaben der Politik der Landesregierung im Koalitionsvertrag definiert. Dies wird in Brandenburg insbesondere durch Nichtregierungsorganisationen getragen. Sie sollen in ihrem im Landesinteresse liegenden Engagement unterstützt werden.“

Dazu zählen insbesondere auch Veranstaltungen von brandenburgischen Vereinen und Initiativen mit breiter Multiplikatoren - und Öffentlichkeitswirkung.

Beispiele für finanzielle Unterstützung und die erfolgreiche Zusammenarbeit z.B. mit dem „Verbund entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburg“:

- Kongress „WeltWeitWissen“ im Herbst 2009 mit über 250 Teilnehmenden sowie internationalen Gästen zum Thema „Bildung für unsere Zukunft“
- „Entwicklungspolitische Regionalkonferenz Ostdeutschland“ im Mai 2010
- Brandenburger entwicklungspolitische Bildungs- und Informationstage (BREBIT)- jährlich

Diese und eine Vielzahl kleinerer Projekte und Maßnahmen sind konkrete engagierte Beiträge für ein „Tolerantes Brandenburg“. Gegenwärtig werden die „Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landes-

regierung“ erstellt, die sich selbstverständlich auch in das Spektrum des Handlungsrahmens „Tolerantes Brandenburg“ einfügen werden.

Mithilfe der INTERREG IVA – Programme wird ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz und dem multikulturellen Management geleistet. Ängste und Vorbehalte, die oftmals nur auf Unkenntnis beruhen, konnten in den vergangenen 20 Jahren durch zahllose deutsch-polnische Projekte beiderseits der Grenze abgebaut werden.

Beispielhaft kann das Projekt „Deutsch-polnischer Landhof Arche“ - ein Netzwerk von Bildungs- und Begegnungsstätten - in Groß Pinnow und Liepe auf deutscher und auf polnischer Seite Chojna und Krajnik Gorny genannt werden. Mit diesem Projekt werden dem Leitbild „Tolerantes Brandenburg“ folgend die Themen „Fremdenfeindlichkeit“ und „Zivilcourage“ besetzt und somit ein Findungsprozess für Kinder und Jugendliche in einer gemeinsamen deutsch-polnischen Heimat mit 4,1 Mio EUR gefördert.

Als weiteres Beispiel wurde das Projekt "Deutsch-polnischer Bandcontest" in der Euroregion Spree-Neiße-Bober zum Thema Abbau von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Rahmen der sogenannten „Kleinen Projekten“ (Small Project Fund, SPF-Projekte) bereits dreimal mit EU-Mitteln unterstützt. Leadpartner ist das Albert-Schweitzer-Familienwerk Brandenburg aus Spremberg, polnischer Projektpartner ist die Stadt Szprotawa. Die Teilnehmenden sind vor allem Kinder und Jugendliche. Darüber hinaus fördert das Land Brandenburg gemeinsam mit Polen (Wojewodschaften Zachodniopomorskie und Lubuskie) sowie Mecklenburg-Vorpommern in der laufenden Förderperiode (2007-2013) SPF-Projekte zur grenzübergreifenden Begegnung im Umfang von insgesamt rund 10 Mio. EUR.

Die Europaabteilung des MWE legt in der Zusammenarbeit mit europäischen Partnern den Schwerpunkt auf die Integration Brandenburgs in die Europäische Gemeinschaft und die Förderung des europäischen Gedankens.

Der Europaabteilung stehen Haushaltsmittel im Bereich Öffentlichkeitsarbeit zur Umsetzung der Konzeption der Landesregierung zur europapolitischen Kommunikation und zur verstärkten Information der brandenburgischen Bürgerinnen und Bürger über europäische Schwerpunktthemen zur Verfügung. Zu wichtigen aktuellen Europathemen werden durch die Europaabteilung eigene Veranstaltungen organisiert und durchgeführt, häufig in Schulen und Oberstufenzentren, z.B. gemeinsam mit Botschaftern und Unternehmern der EU-Länder, die die aktuelle Ratspräsidentschaft innehaben.

Höhepunkt der Veranstaltungen der Landesregierung in der Europawoche ist die jährliche Verleihung der Europaurkunden durch den Europa-Minister. In 2011 wurden gemäß dem Motto der Europawoche „Europa in Brandenburg: Freiwillig mitmachen und gestalten“ Menschen geehrt, „die sich ehrenamtlich engagieren und gleichzeitig zu einer besseren Verständigung für Europa beitragen“. Neben Bürgerinnen und Bürgern aus Brandenburg wurden auch solche aus benachbarten polnischen Wojewodschaften für ihre besonderen Verdienste um die europäische Integration in Brandenburg ausgezeichnet.

Mehr als 20 Botschaftsangehörige aus den Europarats-Mitgliedern sowie Mitglieder der Landesregierung nahmen an der Brandenburger Europawoche im Mai 2011 teil und diskutierten mit den Schülerinnen und Schülern über aktuelle europäische Themen. So besuchte beispielsweise Europa-Staatssekretär Heidemanns mit der polnischen Gesandtin Walter-Drop die sportbetonte Gesamtschule in Potsdam. Die Schule führte mit der Partnerschule in Zielona Góra in Polen das Schulprojekt „Familiengeschichte am Beckenrand“ durch. Es beinhaltet gemeinsames Training und einen Austausch von europäischer Geschichte anhand von Familiengeschichten. Die Zusammenarbeit von Schulen über nationale Grenzen hinweg weckt unter Schülerinnen und Schülern Verständnis für Fragen der europäischen Integration und motiviert sie beim Erwerb von sozialen Kompetenzen und Fremdsprachenkenntnissen.

Am 1. Juli 2011 fand aus Anlass der an diesem Tag beginnenden polnischen EU-Ratspräsidentschaft ein Europakonzert im benachbarten polnischen Gubin statt. Dabei musizierten ca. 100 Musikerinnen und Musiker aus verschiedenen polnischen und deutschen Big Bands gemeinsam in einer nationenübergreifenden Big Band. Hintergrund dieser Zusammenarbeit war das bestehende große Interesse an einem Austausch zwischen polnischen und deutschen Big Band- und Swing-Ensembles.



## V Schlussbemerkungen

Am 15. Dezember 2011 beschloss das Landesparlament, das Wahlalter auf 16 Jahre abzusenken. Zukünftig können sich Jugendliche ab 16 Jahren an den Wahlen zum Landtag und zu den kommunalen Vertretungskörperschaften beteiligen. Die Wahlalterabsenkung hat für die Beteiligungskultur im Land Brandenburg eine große Bedeutung und stellt alle Demokratinnen und Demokraten vor besondere Herausforderungen. Die NPD wirbt schon jetzt gezielt für alle zukünftigen Erstwählerinnen und -wähler. Sie geht davon aus, dass es den demokratischen Parteien nicht gelingen wird, die Jugendlichen für die Wahlen zu mobilisieren, während man rechtsextrem denkende Sympathisanten an die Wahlurnen treibt. Dabei hat sie es nicht nur auf die Landtags-, sondern auch auf die Europawahlen abgesehen, da die fünf Prozent-Hürde hier nicht gilt. In den nächsten Monaten und Jahren müssen Anstrengungen unternommen werden, dem wirksam entgegen zu treten. Die heute 13-Jährigen sind die Wählerschaft von morgen und müssen in geeigneter Weise darauf vorbereitet werden.

Das landesweite Beratungsnetzwerk und die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ haben sich bereits darauf eingestellt und werden es in ihrer Arbeit berücksichtigen. Darüber hinaus arbeitet das Bildungsministerium an einem Konzept zur Förderung der Beteiligung von Jugendlichen an Demokratie und Wahlen.

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ setzt 2012 seine Tour mit dem „Demokratie-Mobil“ fort. Es wird zur Stärkung der Zivilgesellschaft im Engagement gegen Rechtsextremismus und den Ausbau demokratischer Strukturen eingesetzt. Die Tour wird auf der Facebook-Seite der Koordinierungsstelle begleitet.

Ein weiterer Schwerpunkt wird im Jahr 2012 die Auseinandersetzung mit Protestformen gegen rechtsextreme Aufmärsche bilden. Besonders Sitzblockaden gegen nicht verbotene Demonstrationen sind im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ eine Herausforderung, da sie Auswirkungen auf den sog. „Brandenburger-Konsens“ haben können. Eine mögliche Folge kann sein, dass Rechtsextreme ihre Strategie ändern. Die rechtsextreme Szene wird sich verschlossener verhalten und nicht immer öffentlich wahrnehmbar sein. Für die Zivilgesellschaft werden jene rechtsextremistischen Kräfte in Zukunft eine Herausforderung sein, die durch unangekündigte Aktionen und unerkannt in die Steuerung des Gemeinwesens eingreifen wollen, ohne dass das rechtzeitig wahrgenommen und darauf reagiert werden kann. Rechtsextreme Wertvorstellungen könnten sich auf diese Weise unmerklich noch stärker in der Alltagskultur etablieren. Das erfordert mehr demokratische Achtsamkeit, denn Rechtsextreme werden weiterhin versuchen, den ländlichen Raum für sich zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund haben der Landespräventionsrat im Ministerium des Innern, das Justizministerium und die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ am 19. April 2012 eine Veranstaltung mit dem Titel „Verfassungsrechte für Verfassungsfeinde? Sitzblockaden - heiligt der Zweck die Mittel?“ durchgeführt, an der sowohl Vertreterinnen und Vertreter von staatlicher als auch zivilgesellschaftlicher Seite beteiligt waren.

Ein weiteres Thema, das an Bedeutung gewinnt, ist der wachsende Rechtspopulismus in Europa. Die Koordinierungsstelle wird diese Entwicklung aus der Perspektive Brandenburgs beobachten und sich mit rechtspopulistischen Tendenzen in der Gesellschaft auseinandersetzen.

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ wird weiterhin die Umsetzung der Bundesprogramme im Land Brandenburg begleiten und das Sprachrohr für die über 20 Projekte und 16 Lokalen Aktionspläne gegenüber dem Bund sein. Sie wirkt an der wissenschaftlichen Auswertung der Programme mit und setzt sich für deren Fortführung nach den Bundestagswahlen 2013 ein.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es weiterhin eine wichtige Aufgabe für Staat und Zivilgesellschaft bleibt, die demokratische Kultur im Land Brandenburg zu stärken.

Anlage 1: Übersicht „Demokratie-Mobil“ – Tour 2011

Datum	Ort	Veranstaltung
20.01.	Potsdam	Kooperationspartnertreffen Dehoga
25.01.	Berlin	Kooperationsvertragsunterzeichnung mit der BBL auf der Internationalen Grünen Woche
27.01.	Zossen	Gedenkveranstaltung der Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“
01.02.	Cottbus	Kooperationspartnertreffen mit Vattenfall und Fußballlandesverband
09.02.	Potsdam	Vorstandstreffen der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände
10.02.	Cottbus	Verleihung des Titels „Schule ohne Rassismus-Schule mit Courage“ an das Niedersorbische Gymnasium
11.02.	Potsdam	Kooperationspartnertreffen Landesfeuerwehrverband
14.02.	Märkisch Buchholz	Beratung und Projektplanung mit Vereinen
15.02.	Cottbus	Gedenk- und Mahnveranstaltung vom Cottbuser Aufbruch
24.02.	Potsdam	Ausstellungseröffnung „Demokratie stärken-Rechtsextremismus bekämpfen“
02.03.	Königs Wusterhausen	Kooperationspartnertreffen Stadt Königs Wusterhausen
03.03.	Schleife	Besuch und Beratung mit der Regiestelle „Toleranz fördern- Kompetenz stärken“
14.03.	Eberswalde	Besuch des Boxenstop-Projekts
22.03.	Neuruppin	Berufsschultour der DGB Jugend
23.03.	Teltow	Berufsschultour der DGB Jugend
24.03.	Zehdenick	Berufsschultour der DGB Jugend
25.03.	Ludwigsfelde	Berufsschultour der DGB Jugend
01.04.	Potsdam	Vernetzungskonferenz der Kooperationspartner

05.04.	Neuruppin	Berufsschultour der DGB Jugend
07.04.	Hennigsdorf	Start der Kampagne zum Gesellschaftsspiel von Gesicht Zeigen e.V.
07.04.	Hennigsdorf	Protestaktion des Bündnisses H.A.L.T.
12.04.	Oranienburg	Beratung Koordinierungsstelle und Begleitausschuss des Lokalen Aktionsplans Oberhavel
16.04.	Boitzenburg	Aktionstag Jugendfeuerwehren des Landkreises Uckermark
05.05.	Dahme/Mark	Veranstaltung „Dame zeigt Gesicht!“
07.05.	Milow	Bolle-Fest, Deutsches Jugendherbergswerk
11.05.	Potsdam	Preisverleihung des Wettbewerbs „Fair bringt mehr“
13.05.	Elsterwerda	Berufsschultour der DGB Jugend
13.05.	Oranienburg	Spieltag für Menschlichkeit und Toleranz des Landesfußballverbandes
14.05.	Wusterhausen/Dosse	Zukunftskonferenz
17.05.	Fürstenwalde	Berufsschultour der DGB Jugend
19.05.	Strausberg	Berufsschultour der DGB Jugend
20.05.	Luckenwalde	Start der Brandenburgischen Seniorenwoche
21.05.	Welzow	Tag des offenen Unternehmens Tagebau Welzow
21.05.	Spremberg	Bürgerfest zum Tag des offenen Unternehmens
24.06.	Oranienburg	Einweihung des 85. Minispielfeldes des Fußball-Landesverbandes
25.06.	Calau	„2011- Stunden-Schwimmen“
27.06.	Schwarzheide	Eröffnung Olympisches Dorf und Allee der Toleranz
28.06.	Spremberg	Schulveranstaltung Gymnasium Spremberg

08.07.	Velten	Mixed Pickels Aktionswoche „Fairplay“
09.07.	Neuruppin	Aktion vom Bündnis „Neuruppin bleibt bunt“
23.07.	Rathenow	„Laut und Bunt Festival“
05.08.	Potsdam	Projekt „208 Meter Toleranz“
06.08.	Potsdam	Projekt "208 Meter Toleranz"
06.08.	Kyritz	20 Jahre Landesjugendfeuerwehr Brandenburg- Festtag
13.08.	Fürstenberg/H.	Musikfestival für Toleranz
20.08.	Erkner	„Krach am See“-Festival
22.08.	Teltow	Beratung Brandenburger Landfrauen e.V.
23.08.	Seiffhennersdorf	Berufsanfängerseminar
28.08.	Finowfurth	1. Schorfheidefrühstück
03.09.	Lübbenau	Lindenfest
14.09.	Rathenow	Demokratie-Tag
20.09.	Potsdam	Regionalkonferenz „Zusammenhalt durch Teilhabe“
16.09.	Oranienburg	Fußballturnier und Konzert für Toleranz
17.09.	Groß Woltersdorf	9. Prignitzer Kinder- und Jugendtag
17.09.	Michendorf	Gegen den Strom - Musikfestival für Toleranz und gegen Gewalt
10.11.	Spremberg	Konferenz zum Lokalen Aktionsplan Spree- Neiße
12.11.	Neuruppin	Unterstützung Protestaktion des Bündnisses „Neuruppin bleibt bunt“
14.11.	Luckenwalde	Vernetzungskonferenz der Lokalen Aktionspläne
16.11.	Halle/Saale	Konferenz Engagementförderung in Ostdeutschland

## Anlage 2: Übersicht der Kooperationspartner der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“

- AOK Brandenburg - Die Gesundheitskasse
- Arbeitslosenverband Deutschland, Landesverband Brandenburg e.V.
- Berlin-Brandenburgische Landjugend
- Brandenburger Landfrauenverband e.V.
- Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung - demos
- Deutscher Fußball-Bund DFB
- Deutscher Gewerkschaftsbund Berlin-Brandenburg
- Deutscher Hotel- und Gaststättenverband Brandenburg e.V. - DEHOGA -
- Deutsches Jugendherbergswerk Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.
- Erzbistum Berlin, Bistum Görlitz und Bistum Magdeburg
- Europazentrum Brandenburg-Berlin (EZBB)
- Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
- Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.
- Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. (HBB)
- Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd)
- Junge Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg e.V.
- LAG Jugendkunstschulen und kulturpädagogische Einrichtungen in Brandenburg e.V.
- Landesfeuerwehrverband Brandenburg
- Landesjugendring Brandenburg e.V.
- Landeskoordinierungsstelle für LesBiSchwule - Belange im Land Brandenburg
- Landesrat der Schülerinnen und Schüler Brandenburg
- Landessportbund Brandenburg e. V.
- Landkreis Elbe – Elster
- LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Brandenburg
- Seniorenrat des Landes Brandenburg e.V.
- Stadt Königs Wusterhausen
- Stadt Oranienburg
- THW-Länderverbände Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt
- TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH
- Vattenfall Europe Mining und Generation
- VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH

### Anlage 3: Resolution „Spieltag für Menschlichkeit und Toleranz“ 2011

„Brandenburg ist ein modernes, weltoffenes Land, geprägt von Menschlichkeit und Toleranz als Grundpfeiler unserer demokratischen Ordnung. Diese Werte im Einklang mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung zu leben, dafür treten die 100.000 Fußballerinnen und Fußballer in den mehr als 700 Vereinen des Fußball-Landesverbandes Brandenburg nachhaltig ein.

Beim vierten „Spieltag für Menschlichkeit und Toleranz“ am Wochenende vom 13. bis 15. Mai 2011 werden wir wiederum ein deutliches Zeichen für ein „Tolerantes Brandenburg“, für Solidarität und Fairplay setzen. Ob beim Spitzenspiel in der Brandenburgliga der Herren, bei einem Wettkampf der Frauen und Mädchen oder einem Junioren-Vergleich in einem unserer 17 Fußballkreise: Wir bekennen uns zu einer Kultur der Anerkennung, Partizipation und Demokratie. Sportlicher Ehrgeiz und gegenseitiger Respekt sind für uns keine Gegensätze, sondern bedingen einander - auf dem Platz wie auch auf den Zuschauerrängen.

In dem Bewusstsein, dass das Engagement für Menschlichkeit und Toleranz kein einmaliger symbolischer Akt ist, sehen wir unsere Verantwortung, dauerhaft und kontinuierlich darauf hinzuwirken. Der völkerverbindende Charakter des Fußballs hilft uns dabei, Freundschaften zu schließen und Grenzen zu überwinden.

Aktive, Schiedsrichter, Offizielle und Freunde des Fußballs reichen sich gemeinsam die Hände gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit - für ein „Tolerantes Brandenburg“.

## Anlage 4: Übersicht der Lokalen Aktionspläne im Land Brandenburg und Kontaktpersonen

### Lokale Aktionspläne seit 2007:

#### 1. Landkreis Barnim

Koordination: Frau Yvonne Dankert  
Jugendamt SB Jugendförderung  
Am Markt 1  
16225 Eberswalde

#### 2. Landkreis Dahme - Spreewald

Koordination: Frau Silvia Enders – Ordnungsamtsleiterin  
Reutergasse 12  
15907 Lübben

#### 3. Landkreis Elbe-Elster

Koordination: Frau Ute Miething - Gleichstellungsbeauftragte und externe Koordinierung LAP  
F.-Ludwig – Jahn - Straße 2  
049916 Herzberg

#### 4. Stadt Frankfurt (Oder)

Koordination: Frau Ina Grahl – Gruppenleiterin Jugendförderung, Kita, ambulante soziale Dienste  
Amt für Jugend und Soziales,  
Logenstraße 08  
15230 Frankfurt/Oder

#### 5. Stadt Fürstenwalde/Spree

Koordination: N.N.  
Am Markt 4-6  
15517 Brandenburg

#### 6. Hoher Fläming – Stadt Bad Belzig

Koordination: Frau Petra Isa Tersch Leiterin - Äußere Verwaltung  
Wiesenburger Str. 6  
14806 Bad Belzig

#### 7. Landkreis Märkisch-Oderland

Koordination: Herr Thomas Böduel Leiter Jugendamt  
Puschkinplatz 12  
15306 Seelow

#### 8. Landkreis Oberspreewald- Lausitz

Koordination: Frau Bärbel Wehmann – SGL Wirtschaft und Wirtschaftsförderung  
Dubinaweg 1  
01968 Senftenberg

#### 9. Landkreis Ostprignitz – Ruppín

Koordination: Frau Andrea Horn



Virchowstr. 14 – 16  
16816 Neuruppin

**10. Landkreis Uckermark**

Koordination: Herr Matthias Genschow  
Karl – Marx - Str. 1  
17291 Prenzlau

**Lokale Aktionspläne seit 2010/2011**

**11. Landkreis Oberhavel:**

Koordination: Frau Katja Reher  
A.- Dechert - Str. 1  
16515 Oranienburg

**12. Stadt Cottbus**

Koordination: Frau Ramona Sibrover  
Stadtverwaltung Cottbus  
Neumarkt 5  
03046 Cottbus

**13. Stadt Rathenow**

Koordination: Herr Jörg Zietemann – Pressesprecher  
Berliner Str. 15  
14712 Rathenow

**14. Landkreis Spree- Neiße**

Koordination: Frau Monika Wagschal  
Heinrich – Heine – Straße 1  
03149 Forst/Lausitz

**15. Landkreis Teltow - Fläming**

Koordination: Frau Christiane Witt - Integrations- u. Gleichstellungsbeauftragte  
Am Nuthefließ 2  
14943 Luckenwalde

**16. Stadt Wittenberge (Regionaler Wachstumskern)**

Koordination: Frau Marina Hebes – Stadtjugendpflegerin  
August -Bebel- Str. 10  
19322 Wittenberge

Anlage 5: Übersicht der durch das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“  
geförderten Projekte

Träger	Projekttitel	Projekt- laufzeit	Bewilligte Summe 2011 in EUR
<b>Förderschwerpunkt 1 (Vereine, Verbände, Kommunen)</b>			
Brandenburgische Sportjugend im LSB e. V.	Tore für Demokratie- Entwicklung demokratischer Strukturen mit Straßenfußball	01.12.2010-31.12.2012	181.000,00 (davon 43.000,00 KoFi durch MBJS/Ref. 23)
LAG Streetwork e. V.	„Mobile Netzwerker“	01.01.2011-31.12.2012	118.076,02
Arbeitslosenverband Brandenburg e.V.	DEM-TRA-BE – Demokratie verstehen, Transparenz zeigen, Beteiligung eröffnen	01.01.2011-31.12.2012	126.800,00
Stadt Königs Wusterhausen	KomPakT Entwicklung neuer Kooperationsformen zwischen Kommune, Polizei und Zivilgesellschaft	01.01.2011-31.12.2012	122.144,40 (davon 12.771,60 KoFi durch MI/LPR und MBJS/ToIBB)
Kreis- Kinder und Jugendring MOL e. V.	HIER sind WIR	01.01.2011-31.12.2012	141.090,90
Landesfeuerwehrverband Brandenburg e. V.	„Ohne Blaulicht“ - Feuerwehren des ländlichen Raums in demokratischen Prozessen	01.03.2011-31.12.2012	173.434,00 (davon 13.083,14 KoFi durch MI/LPR und MBJS/ToIBB)
Gemeinde Rüdersdorf	Wir in Rüdersdorf	01.05.2011-31.12.2012	59.361,55
THW-Jugend e.V. Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt	Junge Helden	01.07.2011-30.06.2013	39.954,55
Paritätische Sozial- und Beratungszentrum gGmbH (PSBZ gGmbH)	ANSCHWUNG – die Beteiligungsagentur	01.07.2011-30.06.2013	60.809,62 (davon 7.000,00 KoFi durch MBJS/ToIBB)
Brandenburger Landfrauenverband e. V.	PEELA - Initiative für politisches & ehrenamtliches Engagement des Brandenburger Landfrauen e. V.	01.07.2011-30.06.2013	46.281,00 (davon 4.979,00 KoFi durch MBJS/ToIBB)
Stadtverwaltung Lauchhammer	Lauchhammer ist EINS mit der Lausitz	01.07.2011-30.06.2013	62.315,00

Manne e.V. Potsdam	Präventive Jugendarbeit-Kommunale Arbeitsstrukturen und Handlungsansätze	01.08.2011- 30.06.2013	92.667,00
--------------------	---	---------------------------	-----------

Träger	Projekttitel	Projekt- laufzeit	Bewilligte Summe 2011 in EUR
<b>Förderschwerpunkt 2 (Bürgerbündnisse)</b>			
Neues Volkstheater Fläming e. V.	Gründung einer Jugendvertretung	01.02.2011- 31.12.2011	2.240,00
ESTAruppin	Zukunft Südstadt	01.02.2011- 31.03.2012	13.900,00
Dorfentwicklungsverband südliche Niederlausitz e.	Engagement im Dorf – EiD	15.08.2011- 14.08.2012	4.850,00
Ponderosa e.V.	Wissenschmiede - Ein offenes Bildungsmodell für die Region Britz- Chorin-Oderberg	01.08.2011- 30.04.2012	7.750,00
„Diamant“ Sozialer Integrationsverein für Zuwanderer des Landkreises Barnim e.V.	Gemeinsam neue Wege beschreiten - demokratische Praxis und Integration vor Ort stärken!	01.08.2011- 01.05.2012	8.050,00
Dorfclub Bohsdorf e.V.	Bohsdorfer Bündnis für unsere Zukunft in der Region	01.07.2011- 30.06.2012	7.700,00
Amt Britz-Chorin-Oderberg für die Stadt Oderberg	Perspektive Oderberg	01.09.2011- 31.08.2012	5.500,00
Evang. Kirchenkreis Fürstenwalde-Strausberg- Ev. Erwachsenenbildung	Soziale Kooperationen stärken	01.11.2011- 31.10.2012	2.800,00
Volkssolidarität LV Brandenburg e.V KV Uckermark	Wir für Angermünde - Lebensqualität für Jung und Alt	01.07.2011- 30.06.2012	7.250,00
Gemeinde Woltersdorf	Leitbildentwicklung in Woltersdorf an der Schleuse	01.04.2012- 31.03.2013	-
Amt Plessa, Gemeinde Gorden-Staupitz	"Heideleben"	01.10.2011- 30.09.2012	3.170,00
Mikado e.V.	Frauen stärken - Teilhabe ermöglichen	01.01.2012- 31.12.2012	-

Pan-African Women's Empowerment & Liberation Organisation (PAWLO-Germany) e.V.	"Kreuzwege-Perspektive / Mankan mangea-Jenene": Empowerment für MigrantInnen - Kooperationen vor Ort entwickeln und stärken"	20.08.2011-19.08.2012	8.050,00
Aussicht Uckermark e.V.	Aussicht Uckermark	01.01.2012-31.12.2012	-
LandKunstLeben e.V.	W.I.R. in Aktion - Weiterbildung durch Information und Reflektion mündet in aktive Teilhabe	01.10.2011-30.09.2012	4.800,00
Schloß Trebnitz Bildungs- und Begegnungszentrum e.V.	Dorfhelden in Ostbrandenburg	01.10.2011-30.09.2012	7.784,00